Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr. 48 – 1. Dezember 2012
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell
Per Stimmrecht in Brüssel kaltgestellt
Schuldenstaaten majorisieren weiterhin Deutschland 2

Preußen / Berlin
Verleumdeter Lehrer setzt zum Gegenangriff an
Karl-Heinz Schmick wehrt sich gegen linke Attacken 3

Hintergrund
Versendete Milliarden
Neue Haushaltsabgabe sichert ab Januar ARD und ZDF prunkvolle Ausstattung 4

Deutschland
Freie Wähler knicken ein
Bundesvorsitzender attackiert vermeintliche Parteirechte und droht mit Ausschluss 5

Ausland
Sägen am eigenen Ast
US-Schulen entlassen massenhaft Lehrer 6

Kultur
Singsang boxt sich durch
„Rocky“ – das Musical zum Film in Hamburg 9

Geschichte
Honecker wollte Leiche Friedrichs des Großen
Geheimverhandlungen 10





In Hellas wird nun noch mehr Geld verbrannt: Unruhen vor dem griechischen Parlament

Bild: pa

Griechisches Märchen

Es ist Betrug: Die »Euro-Retter« glauben längst nicht mehr, was sie selbst sagen

Was als „vorläufige Lösung“ der Griechenland-Krise verkauft wird, ist eine Verhöhnung der Intelligenz europäischer Steuerzahler.

„Erleichtert“ gaben sich die Politiker der Euro-Zone, dass sie eine „vorläufige Lösung“ für das bankrotte Griechenland gefunden hätten. Um diese „Lösung“ zu beurteilen, genügt ein Blick auf die Zielvorgaben: Bis 2020 soll Athens Staatsverschuldung auf 124 Prozent des griechischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesenkt werden, und schon zwei Jahre später auf „weniger als 110 Prozent“.

Dafür soll sich ein Land ohne nennenswerte Industrie, ohne funktionierende Verwaltung, durchseucht von Korruption und Vetternwirtschaft binnen weniger Jahre in ein blitzblankes Gemeinwesen mit global wettbewerbsfähiger Wirtschaft, einer straffen Steuerbehörde und einer vorbildlichen Staatsverwaltung verwandeln. Nicht weniger als das haben die Granden der Euro-Zone „beschlossen“.

Dabei sehen Volkswirtschaftler die Obergrenze der Schuldentragfähigkeit selbst vorbildlicher Industrieländer bei höchstens 90 Prozent des BIP. Also sogar dann, wenn Griechenland diese märchenhafte Verwandlung hinbekäme, wäre es noch überschuldet.

> Bis 2020 soll sich Hellas praktisch neu erfinden – absurd

Mit anderen Worten: Die Politik, getragen von allen Parteien des Bundestages, bewegt sich derart weit abseits der Realität, dass ihre eigenen Wunschträume schon in sich nicht mehr schlüssig sind. Diese Realität sieht so aus: Noch nie seit Beginn seiner Unabhängigkeit vor rund 180 Jahren hatte Griechenland eine funktionierende Steuerverwaltung. In der Mehrzahl der vielen Jahren war es bankrott. Und wenn es, wie zu Zeiten der „Lateinischen Münzunion“ schon einmal, die Chance bekam, Schulden auf Kosten anderer Länder zu machen, hat es die Chance weidlich genutzt. Dass sich dieses Land innerhalb von acht bis zehn Jahren völlig umkrempeln ließe, können selbst die verwegensten Planbarkeits-Fanatiker und Eurokraten nicht ernsthaft glauben.

Und sie tun es auch nicht. Was nach dem Griechenland-Gipfel am frühen Dienstagmorgen vorgelegt wurde, ist eine Verhöhnung der Intelligenz europäischer Sparer und Steuerzahler, der deutschen zumal. Man ist offensichtlich der Überzeugung, selbst die durchsichtigste Lüge sei noch gut genug, um die Menschen hinters Licht zu führen.

Das Schlimme daran ist, dass jedes weitere und entsetzlich teure Aufschieben des großen Knalls dessen Zerstörungskraft nur noch erhöht. Die Weltbank warnt, dass eine „Schuldenwand“ auf Europa zukomme, wenn die zur letzten Jahreswende gewährten Kredite der Europäischen Zentralbank (EZB) an den Finanzsektor etlicher Krisenländer 2014 und 2015 auslaufen. Es geht um gut 1000 Milliarden Euro, die dann zur Rückzahlung anstehen. Auch hier wurden die Probleme nur aufgeschoben, wie jetzt erneut im Falle Griechenlands. Doch die Stunde der Wahrheit wird kommen. Und sie wird, raunen die Experten, furchtbar sein. *Hans Heckel*

(siehe Kommentar Seite 8)

Jan Heitmann:

Solidarität

Solidarität ist eine gute Sache. Der Starke gibt etwas ab und steht so für den Schwachen ein. Dass die Deutschen solidarisch sind, haben sie hinlänglich bewiesen. Nach dem Krieg halfen die Besitzenden über einen Lastenausgleich denjenigen, die alles verloren hatten. Das Land lag in Trümmern, Millionen Ausgebombte, Flüchtlinge und Vertriebene benötigten ein Dach über dem Kopf. Es herrschte ein nationaler Notstand, der, für jeden ersichtlich, auch unpopuläre fiskalische Maßnahmen rechtfertigte. In den Jahrzehnten der Teilung hielten die Deutschen über den Eisernen Vorhang hinweg zusammen und „Westpakete“ halfen, das Los der Landsleute in der von den russischen „Freunden“ ausgebeuteten SBZ/DDR zu bessern. Und schließlich trägt der finanzielle Beitrag zum „Aufbau Ost“ die Solidarität sogar im Namen.

Solidarität bedeutet immer ein Opfer seitens der Gebenden. Deren Opferbereitschaft schwindet jedoch, wenn es darum geht, unvorstellbare Milliardensummen an Steuergeldern in Länder zu pumpen, die ausschließlich durch selbstverschuldete Misswirtschaft in die Bredouille geraten sind. Das gilt besonders, wenn der Staat die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten verbucht. Von einem nationalen Notstand kann keine Rede sein. Vor diesem Hintergrund sind die Pläne von SPD und Grünen, im Fall eines Regierungswechsels sogar rückwirkend Vermögensabgaben zu erheben, eine fiskalische Ungeheuerlichkeit. Trittins Rat, „abhauen“ bringe nichts, ist sicherlich nicht wohlmeinend, gleichwohl aber nützlich. Zumindest für den, der meint, dass man angesichts der Misere nur noch auswandern könne. Er weiß jetzt wenigstens, dass es höchste Zeit ist, die Koffer zu packen.

Kirche verstößt Ermländer

Deutsches Bistum Ermland soll zum Verein degradiert werden

Das katholische Bistum Ermland, die einzige Vertretung aller Katholiken Ostpreußens, soll noch in diesem Jahr aufgelöst und in einen eingetragenen Verein umgewandelt werden. So hat es die Deutsche Bischofskonferenz beschlossen. Um der Forderung des Zusammenschlusses aller Bischöfe in Deutschland Nachdruck zu verleihen, wurden dem Bistum Ermland seit Anfang des Jahres die Gelder gesperrt. Die Ermländervertretung, ein Gremium von 27 Vertretern aller Ermländer in Deutschland, musste sich dem Druck schließlich beugen. Am 17. November hat sie – wenn auch zähneknirschend – die Vereinsgründung eingeleitet.

Damit wird ein weiterer Schritt zur Verbannung der Vertriebenen aus der Gesellschaft und dem Gedächtnis Deutschlands vorangetrieben. Diesmal trägt nicht eine linksgerichtete politische Partei dazu bei, sondern die katholische Kirche ist es, die einen Teil ihrer Schäfchen verstößt.

> 67 Jahre lang gute Beziehungen gepflegt

Dabei war die katholische Vertretung der Ermländer in Münster eine wichtige Anlaufstelle für Ermländer aus aller Welt. Der Ermländerrat, der von der Ermländervertretung berufen wird, pflegte seit 67 Jahren gute Beziehungen zum Bistum Warmia und zu Bischof Wojciech Ziemba in Allenstein. Seit 1992 war ein deutscher Priester als Visitator im Ermland für die deutsche Volksgruppe tätig. Als Angehöriger eines Vereins verliere der kirchliche Amtsträger an Ansehen, so die Befürchtung der Ermländer.

Das Bestreben der katholischen Kirche, das Bistum Ermland aufzulösen, war bereits im vergangenen Jahr zu spüren. Der bisherige Visitator Lothar Schlegel wurde mit Druck in den Ruhestand versetzt. Augenblicklich äußerte die Kirche ihre Forderung nach der Vereinsgründung. *MRK*

(siehe Bericht Seite 13)

Unruhe bei Freien Wählern

Interner Streit schmälert Chancen bei kommenden Wahlen

Auf den Freien Wählern (FW) ruhen große Hoffnungen. Angesichts zunehmender Profillosigkeit und verschwommener Programmatik bei den etablierten Parteien sehen viele in ihnen eine echte Wahlalternative. Ihre Chancen, bei kommenden Wahlen in die Parlamente einzuziehen, stehen daher nicht schlecht. Diese Chancen haben sie jedoch nur bei einer Positionierung abseits des Zeitgeistes und innerer Geschlossenheit. Die Erfahrung zeigt, dass bei jungen Kleinparteien interne Konflikte politische Erfolge schnell zunichtemachen und zentrifugale Zerstörungskräfte freisetzen, die die Partei binnen kurzer Zeit wieder in der Versenkung verschwinden lassen.

Nun ist es ausgerechnet der FW-Bundesvorsitzende Hubert Aiwanger, der für Unruhe in den eigenen Reihen sorgt. Während einer Veranstaltung zu Einwanderung, Integration und Willkommenskultur ging er auf die Frage, wie sich die FW „gegen rechtspopulistische, insbesondere islamfeindliche Strömungen“ abgrenzten, von sich aus auf die Freien Wähler in der Mainmonopole und den dortigen Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Hübner ein. Er versprach, „hier zu tun, was ich kann“, wenn diese sich auf ihr Recht zur freien Meinungsäußerung in Fragen der Einwanderungspolitik beriefen.

> Vorsitzender attackiert Parteifreunde

Konkreter Anlass für diese Attacke dürfte Aiwangers Verärgerung über eine Äußerung Hübners zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ gewesen sein. Dabei hatte Hübner lediglich eine politische Instrumentalisierung der diesem angelasteten Mordserie ausgemacht. Die tieferen Motive Aiwangers bleiben im Dunkeln. Hier kann es sich um ein lediglich politisch korrektes Bekenntnis, aber auch um einen Schachzug im Kampf um die künftige Machtverteilung bei den Freien Wählern handeln. Schaden wird der Streit ihnen in jedem Fall. *Jan Heitmann*

(siehe Bericht Seite 5)

MELDUNGEN

EU-Milliarden für Ägypten

Kairo/Brüssel – Als vollen finanziellen Erfolg kann Ägyptens Präsident Mohamed Mursi den Besuch der Außenbeauftragten der Europäischen Union, Catherine Ashton, betrachten, kann er sich doch über einen kommenden Geldsegen aus europäischen Steuermitteln freuen. Insgesamt hat Ägypten Zusagen über fünf Milliarden Euro von der EU erhalten. Die Europäische Investitionsbank (EIB) wird Kredite über zwei Milliarden Euro bereitstellen, von denen allein 600 Millionen Euro in die Erweiterung des U-Bahnnetzes der ägyptischen Hauptstadt Kairo fließen sollen. Weitere zwei Milliarden Euro wird die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) dem politisch immer noch instabilen Land an Krediten einräumen. EU-Länder haben insgesamt zusätzlich noch einmal eine Milliarde Euro für Ägypten zugesagt. Bereits im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung dem nordafrikanischen Land Schulden in Höhe von 240 Millionen Euro erlassen. *N.H.*

PAZ: Neue Preise ab 2013

Hamburg – Volle drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin zur Anpassung der Bezugspreise. Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2013 von neun auf zehn Euro im Monat, also 120 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 12,50 Euro monatlich (16,50 Euro bei Versand per Luftpost). Die *Preußische Allgemeine* bleibt damit auch in Zukunft die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot. Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen. *PAZ*

Per Stimmrecht in Brüssel kaltgestellt

Abweichung vom Prinzip »Ein Land – eine Stimme« bringt für Deutschland keine echten Vorteile

Ähnlich wie schon beim Euro-Rettungsfonds ESM bahnt sich auch bei der EZB-Bankenaufsicht eine Stimmverteilung nach Höhe des eingebrachten Kapitals an. Was auf den ersten Blick wie eine Aufwertung Deutschlands aussieht, entpuppt sich allerdings schnell als Mogelpackung.



Selbst im Vergleich zu Berlin ein Winzling: Malta mit nur 400 000 Einwohnern hat gleiches Stimmrecht wie Deutschland

Wenig Zeit ist verblieben, fast noch weniger ist geregelt. Dennoch soll bereits zum 1. Januar 2013 unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) eine gemeinsame Bankenaufsicht die Arbeit aufnehmen. Der Zeitdruck – aufgebaut vor allem von Italien, Frankreich und Spanien – kommt nicht von ungefähr: Die Bankenaufsicht ist die vereinbarte Vorbedingung, damit der Euro-Rettungsfonds ESM künftig auch maroden Banken mit Milliardenspritzen unter die Arme greifen kann. Um die Bankenkapitalisierung auf Kosten fremder Steuerzahler so schnell wie möglich Realität werden zu lassen, scheinen inzwischen an Deutschland Zugeständnisse möglich, die noch vor wenigen Jahren in Brüssel als Tabubruch gegolten hätten.

Abweichend von dem einst ehernen EU-Prinzip „Ein Land, eine Stimme“, soll laut dem jüngsten Planungsentwurf im Verwaltungsrat der Bankenaufsicht eine Gewichtung der Stimmen erfolgen, so die „Financial Times“. Kommt die Regelung tatsächlich zustande, dann scheint dies auf den ersten Blick erst einmal ein Entgegenkommen gegenüber Deutschland zu sein: Im EZB-Rat stimmen die 23 Mitglieder – 17 Vertreter der nationalen Zentralbanken plus sechs Vertreter des EZB-Direktoriums – zumindest bei geldpolitischen Entscheidungen bisher alle mit gleichem Stimmgewicht ab.

Deutschland, mit einem Anteil von fast einem Drittel größter Kapitalgeber der EZB, hat dabei das gleiche Stimmgewicht wie Malta, Zypern oder Estland mit ihren Mini-Einlagen. Resultat dieser scheinbaren Gleichbehandlung: Die Bundesbank trägt zwar das höchste Risiko, bei den Entscheidungen zur gemeinsamen Währungspolitik sind die Deutschen aber regelrecht kaltgestellt. Bei wichtigen Beschlüssen wird die Bundesbank von einer breiten Allianz von Problemländern überstimmt, die zwar mit geringen Kapitaleinlagen kaum ein Risiko tragen, aber ein gleiches Stimmgewicht haben.

Ähnlich, wie dies bei der Bankenaufsicht anscheinend geplant ist, wird immer wieder auch für den EZB-Rat eine Berücksichtigung der Kapitalanteile und damit des Verlustrisikos bei der Stimmverteilung gefordert. Ein Erfolg in der Frage könnte sich allerdings schnell als Pyrrhussieg herausstellen. „Das bringt Deutschland gar nichts“, lautet etwa die Warnung vom ehemaligen EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark. Der Hintergrund der Skepsis: Mehrheiten gegen die Bundesbank werden sich so leicht wie in der Vergangenheit zusammenbringen lassen. Länder wie Frankreich, Italien und Spanien kommen zusammen wegen ihres EZB-Kapitalanteils schon auf knapp 50 Prozent der Stimmen. Noch fehlende Stimmen werden sich mit Aussicht auf deutsche Blankoschecks per EZB-Beschluss wie bisher leicht organisieren lassen. Da die Zentralbanken der Niederlande und Finnlands, die geldpolitisch eher als Verbündete der Bundesbank gelten, mit der Stimmgewichtung an Bedeutung verlieren würden, stände die Bundesbank als größter Kapitalgeber der EZB mit der Neuregelung so machtlos wie bisher da – zumindest, wenn es nur bei der Stimmgewichtung bleibt.

Der größte Kapitalgeber bleibt weiter ausgebootet

Noch als ein regelrechtes Tabu gilt eine Lösung, mit der man in Privatunternehmen verhindert, dass große Kapitalgeber bei der Entscheidungsfindung ausgebootet werden: ein Vetorecht, etwa ab einem Kapitalanteil von 25 Prozent. Ein Vorteil des Instruments wäre es, dass es erfahrungsgemäß selten angewendet werden muss. Bereits im Vorfeld von Entscheidungen wird meist nach solchen Lösungen gesucht, bei denen die Gefahr gering ist, dass ein Veto eingelegt wird. Tatsächlich ist aber noch nicht einmal klar, ob dies im nun vorliegenden Entwurf zur Stimmgewichtung bei der Bankenaufsicht überhaupt Realität wird.

Die Mobilmachung zum Beibehalten des EU-üblichen „Ein Land – eine Stimme“-Prinzips ist längst angelaufen, etwa von italienischer Seite. Für den EZB-Rat selbst liegen indessen ganz andere Pläne in der Schublade. Bereits im Jahr 2009 hat man Vorausplanungen für den Fall gemacht, dass weitere Länder der Euro-Zone beitreten sollten. So soll ab dem 19. Mitgliedsland eine Zweiteilung vorgenommen werden. In einer Gruppe der fünf größten Volkswirtschaften sollen sich im monatlichen Wechsel die jeweiligen Notenbanker vier Stimmrechte teilen. Das heißt, monatlich würde jeweils eine Notenbank nicht stimmberechtigt sein. In der zweiten Gruppe würden sich 14 Notenbanker im Wechsel elf Stimmrechte teilen. Das Resultat der Regelung ist leicht vorhersehbar: Umstrittene Endscheidung werden in den Monaten auf der Tagesordnung stehen, in denen die Bundesbank turnusgemäß nicht stimmberechtigt ist. Weiter Absinken würde damit freilich auch die Akzeptanz von Entscheidungen bei der Bevölkerung des größten EU-Mitgliedslandes.

Norman Hanert

Die Schulden-Uhr: Von wegen demokratisch

Wenn Bundesregierung und Bundestag nun neue Hilfen für den griechischen Staat beschließen und damit in der Konsequenz den deutschen Schuldenberg ein weiteres Stück erhöhen, dann entspricht das zwar dem Willen einer relativen Mehrheit der Anhänger der Grünen von 45 Prozent, widerspricht aber dem Willen des Volkes. 59 Prozent der Deutschen sind der Ansicht, dass die Griechen für neue Hilfen nicht genug getan hätten. Am größten ist die Ablehnung bei den Unionsanhängern mit 68 Prozent. Es folgen die Anhänger der Linkspartei mit 64, der Piraten mit 63, der Sozialdemokraten mit 58, der Freidemokraten mit 53 und der Grünen mit 38 Prozent. Das ist das Ergebnis einer Forsa-Umfrage. *M.R.*

2.059.298.564.552 €

Vorwoche: 2.058.491.333.162 €
Verschuldung pro Kopf: 25.175 €
Vorwoche: 25.165 €

(Dienstag, 27. November 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Burschentag schafft Klarheit

Korporierte ziehen scharfen Strich gegen extremistische Tendenzen

Im Vorfeld des Sonder-Burschentages am 23. und 24. November in Stuttgart hatte es – wieder einmal – zahlreiche Medienberichte über eine Spaltung des Verbandes „Deutsche Burschenschaft“ (DB) wegen angeblicher Rechtsradikaler in der DB gehagelt. Die Medienschelte zog offenbar auch linksextreme Gewalttäter an. So kam es zu einem terroristischen Anschlag. Unbekannte hatten das Tagungslokal der DB vor dem Burschentag mit kopfgroßen Feldsteinen bombardiert, Fensterscheiben gingen zu Bruch. Ein Burschenschafter wurde vor dem Verbindungshaus von vier Vermummten angegriffen. Die Gewalttaten kommentierten Journalisten mit flapsigen Bemerkungen: „Alle Kaninchen starren gerade auf die Schlange“, lautete die verniedlichende Unterschrift des „Spiegel“ unter den Fotos der eingeworfenen Fensterscheiben.

Tatsächlich gelang es dem Burschentag, den Streit beizulegen. So hatte der amtierende Sprecher der DB, Christoph Basedow, im Verbandsorgan „Burschenschaftliche Blätter“ gemahnt: „Lassen Sie sich nicht von denjenigen anstecken, die den Verband bereits aufgegeben haben! Lassen Sie sich aber auch nicht von denen anstecken, die meinen, die derzeitige Krise aussitzen zu können. Gehen Sie aufeinander zu und tauschen Sie sich über kritische Fragen aus.“ Die Worte verfehlten ihre Wirkung nicht.

Die eher als liberal eingestuften Bünde konnten zwei bedeutende Erfolge verbuchen. Zum einen wurde fast einstimmig beschlossen, dass sich die Mitgliedschaft in der DB und solchen Organisationen, die nationalsozialistische Ziele verfolgen, ausschließt. Zum anderen wurde der Chefredakteur des Verbandsorgans, Orbert Weinder, abgesetzt.

Zur Gegen-Demo kamen gerade 100 Linksradikale

Vor Beginn des Burschentages hatte DB-Pressesprecher Walter Tributsch auf Anfrage noch Zweifel geäußert, ob sich eine Mehrheit für die Abwahl Weidner finden lassen würde. Weidner hatte in einer internen Schrift seines Bundes den Widerstandkämpfer und Theologen Dietrich Bonhoeffer als „Landesverräter im juristischen Sinne“ bezeichnet. Noch beim vorangegangenen Burschentag in Eisenach im Juni war Weidners Abwahl knapp gescheitert. Die Delegierten bestanden in ihrer Mehrheit auf dem Postulat der Meinungsfreiheit auch für abwegige Vorstellungen. Weidners Nachfolger Michael Paulwitz ist Journalist bei der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und Träger des „Gerhard-Löwenthal-Preises“ 2011. Weidners Absetzung und der Unvereinbarkeitsbeschluss wurden in der DB weithin mit Erleichterung quittiert.

Zu der mit großem Aufwand angekündigten Gegendemonstration erschienen dann lediglich rund 100 Teilnehmer, die es sich aber nicht nehmen ließen, Gewalt gegen Polizeibeamte auszuüben. Einige wurden deswegen verhaftet. Im Internet ist die skurrile Begründung für die Gegendemonstration einer linksextremen „Stuttgarter Frauengruppe“ nachzulesen: „Burschenschafter gehen von einem biologisierenden Naturverständnis der Geschlechter aus, das heißt sie schreiben den zwei für sie existierenden Geschlechtern Merkmale aufgrund des Körpers zu.“ *Theo Maass*

Milliarden zu viel

Ungerechtfertigt hohe Strompreise ab 2013

Die Stromkonzerne nutzen die Energiewende zu ihren Gunsten aus. Berechnungen des Bundes der Energieverbraucher zufolge ist die Hälfte der kommenden Zusatzkosten nicht erforderlich. Das bekommt der deutsche Energieverbraucher schon sehr bald zu spüren. Die Stromversorger missbrauchen den Begriff „Energiewende“ als Vorwand für den auffällig starken Energiekostenanstieg von etwa zwölf Prozent ab Januar 2013. Nun sei aber laut Aribert Peters, Chef des Bundes der Energieverbraucher, gerade einmal die Hälfte der durchschnittlich zusätzlich hinzukommenden 140 Euro pro Vier-Personen-Haushalt mit den einhergehenden steigenden Kosten der Energiewende zu rechtfertigen. Damit blieben deutschlandweit über zwei Milliarden Euro in den Händen der Stromversorger, anstatt den Preis ohne Aufschlag an die Kunden weiterzugeben. Eine derartige Geldmenge kann aber nicht unbegründet verschwinden, weshalb die Konzerne sich auf Steuererhöhungen oder die Befreiung energieintensiver Unternehmen von Netzentgelten berufen. Absolute Zahlen zur Rechtfertigung einer Verdopplung der Erhöhung werden jedoch keine genannt. Um dabei die angebliche Transparenz der Versorger gegenüber den Kunden zu beweisen, schrieb beispielsweise Vattenfall jeden Kunden persönlich an und informierte ihn über die kommenden Preiserhöhungen. Ob die Werte den Angaben des „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ (EEG) entsprechen, wird allerdings nicht erwähnt. Der Stromanbieter Prokon schlüsselt in einem Schreiben auf, woher die Zahlen kommen. So betrage die Erhöhung durch das EEG etwa zwei Cent pro Kilowattstunde. Vattenfall berechnet über 3,5 Cent Aufschlag. Kritik der Bürger richtet sich gegen das EEG, weil es große Unternehmen den kleinen gegenüber mit Netzentgelten bevorzugt, aber auch gegen die Stromversorger und nicht zuletzt gegen die ursprünglich von der breiten Masse stark befürwortete Energiewende im Allgemeinen.

Vorgebliche Transparenz

Melinda Heitmann

(siehe Kommentar Seite 8)

Widerstand gegen linken Heldenkult

Von Theo Maass

Alle Jahre wieder: Silvio Meier, der gewalttätige Hausbesetzer wird als Opferikone „rechter“ Gewalt gefeiert. Meier hatte im November 1992 zusammen mit Gesinnungsgenossen eine Gruppe Jugendlicher tätlich angegriffen, weil einer von ihnen den Aufnäher „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ trug. Kurz darauf griffen die zuvor attackierten Jugendlichen Meier an, der damals 16-jährige Sandro S. erstach Meier hierbei. Meier ist so zum tragischen Beispiel dafür geworden, wie sich rechtsextreme und linksextreme Gewalt gegenseitig befeuern. Als Vorbild jedoch ist er, der offenkundig selbst zur politisch motivierten Gewalt neigte, wohl kaum geeignet.

Das grün dominierte Bezirksamt Kreuzberg-Friedrichshain will Silvio Meier dennoch durch eine Straßenumbenennung ehren. Ein Kläger aus der zur Umbenennung vorgesehenen Gabelsbergerstraße hatte den Mut, zum Verwaltungsgericht zu gehen und Klage einzureichen. In einem Milieu, in dem linksextrem motivierte politische Gewalt keine Seltenheit ist, ist so etwas eher ungewöhnlich. „Das ist sehr ärgerlich, aber nun müssen wir die Entscheidung des Verwaltungsgerichts abwarten“, macht Bezirksstadtrat Hans Panhoff (Grüne) seinem Ärger über die Klage des aufmüpfigen Bürgers Luft.

Doch der Widerstand der Anwohner wächst. Das Bezirksamt musste zähneknirschend einräumen, dass nun schon 20 Anrainer ihren Unmut über die geplante Umbenennung kundgetan hätten. Meier sei selbst Straftäter gewesen und hätte zudem eine aktive Rolle in der Auseinandersetzung gespielt, bei der er ums Leben kam, argumentieren sie Kritiker des linken Heldenkults. Die Berücksichtigung der Anwohnerinteressen spielt für das Bezirksamt aber keine Rolle. Das Verwaltungsgericht wird erst 2013 eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Straßenumbenennung treffen.

Seit Jahren marschieren Linke zum Gedenken an Meier auf. Wie in der Vergangenheit artete auch die diesjährige Silvio-Meier-Demonstration mit etwa 2500 linksextremen Demonstranten in Gewalt aus. Von Hausdächern wurden Feuerwerkkörper abgebrannt, Steine und Böller flogen gegen die Polizei, es gab Verhaftungen. Silvio Meiers frühere Freundin Christiane Schidek freut sich angesichts der Gewalt-Aktionen der Linken in der „taz“: „Wenn ich mir die Leute hier ansehe und die Ziele, für die sie kämpfen, kann ich sagen: Diese Demo ist ganz im Sinne Silvios.“ Damit hat sie vermutlich recht – es ist fast wie in einer Satire von Ephraim Kishon.

Verleumdeter Lehrer wehrt sich

Linke attackierten Karl-Heinz Schmick jahrelang ohne Grund – nun setzt er zum Gegenangriff an



Seit etlichen Jahren Ziel linker Kampagnen: Karl-Heinz Schmick

Bild: laif

Seit Jahren sieht sich der Berliner Lehrer Karl-Heinz Schmick öffentlichen Anfeindungen von links ausgesetzt. Gerichte gaben dem Angefeindeten stets Recht. Nun geht der Pädagoge zur Gegenoffensive über.

Bereits Ende Oktober wurde das Strafverfahren gegen den Lehrer Karl-Heinz Schmick eingestellt. An der Integrierten Sekundarschule „Friedrich Bayer“ in Berlin Steglitz hatte eine aus Kamerun stammende Schülerin mehrfach den Unterricht des Pädagogen gestört. Sie hatte mitten im Unterricht den Klassenraum betreten und wollte dort für ihre Wahl als Schulsprecherin werben. Später überzog sie Schmick mit dem Vorwurf, er habe sie als „Nigger“ tituliert. Nachdem die Schülerin zunächst den Biologieunterricht Schmicks unterbrochen hatte, tauchte sie später in einer anderen Klasse während des Musikunterrichts auf und störte auch dort. Anfang Oktober stellte sie dann Strafanzeige gegen Schmick und behauptete zudem, beleidigt worden zu sein.

Nachdem allerdings keiner der dem Unterricht beiwohnenden Schüler ihre Darstellungen bestätigt hatte, wurde das Verfahren eingestellt. Damit endete der vorläufig letzte Versuch, den als konservativ geltenden Lehrer aus dem Schuldienst zu entfernen. Schmick war zuvor schon zweimal Ziel politischer Attacken. Er widersetzte sich der Umbenennung des „Tannenbergymnasiums“ in Steglitz und wurde deswegen verbal angegriffen. Als er ein kritisches Buch über die von Jan Philipp Reemtsma finanzierte sogenannte „Wehrmachtsausstellung“ veröffentlichte, reagierten seine Gegner massiv. Schmick wurde vom Dienst suspendiert. Er klagte durch mehrere Instanzen und obsiegte. 2007 urteilte das Oberverwaltungsgericht, dass er wieder im Schuldienst einzusetzen sei.

Diesmal will Schmick den Vorgang aber nicht auf sich beruhen lassen. Gegen die drei Tageszeitungen „B.Z.“, „Berliner Morgenpost“ und „Welt“ laufen bereits presserechtliche Verfahren. Alle drei hatten nach Schmicks Auffassung die Behauptungen der Schülersprecher-Kandidatin wie eine Tatsachenfeststellung abgedruckt. So schrieb die B.Z nach ihren Informationen stehe „fest, dass der Studienrat, gegen den auch die Polizei ermittelt, nie wieder unterrichten darf“. Das Blatt beklagte im gleichen Atemzug, dass der Lehrer weiter Gehalt bezieht. Der Grünen-Politiker Özcan Mutlu protestierte gegen die Gehaltszahlungen. Er verlangte vom Senat, das Disziplinarrecht dahingehend zu ändern, dass Lehrern wie Karl-Heinz Schmick künftig das Gehalt gestrichen werden könne.

> Medien beteiligten sich eifrig an den Kampagnen

Aus ähnlichen Gründen wird wohl auch die stellvertretende Berliner Polizeipräsidentin Margarete Koppers juristischen Auseinandersetzungen entgegensehen. Die Pressestelle der Polizei hatte laut Schmick gleichfalls Ermittlungsgegenstände als Tatsachen dargestellt. In einer Erklärung der Polizei habe es geheißen: „Schülerin von Lehrer rassistisch beleidigt.“ Der Lehrer will zudem wissen, wie sein Name in die Öffentlichkeit gelangen konnte. Koppers lehnt eine von Schmick angebotene gütliche Einigung ab. Nun will der zu Unrecht beschuldigte Lehrer das Verhalten der Polizeipressestelle juristisch würdigen lassen. Koppers, die von den linken Blättern „taz“ und „Tagesspiegel“ wegen ihrer „fachlichen Eignung“ gelobt wird, wurde dieser Tag nicht als Polizeipräsidentin berufen. Innensenator Frank Henkel (CDU) bevorzugt stattdessen den bisherigen Leiter der Bundespolizei, Klaus Kant.

Auch die Schülerin wird nicht so ohne Weiteres davon kommen. Schmick will hier zunächst von einer Strafanzeige („Ich will ihr ja nicht die bürgerliche Zukunft durch eine Verurteilung verbauen.“) absehen und ihr anbieten, es mit einer öffentlichen Entschuldigung bei ihm und der Zusage einer finanziellen Wiedergutmachung bewenden zu lassen.

Weiterhin will der Lehrer alle anderen, die mit der Verbreitung von Unwahrheiten an der Treibjagd beteiligt gewesen seien, zur Verantwortung ziehen. Schmick erwartet, dass die zuständige Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) gegen verschiedene Elternvertreter vorgehe, die unwahre Behauptungen gegen ihn geäußert hätten und anschließend damit in der Presse zitiert worden seien. So war des Öfteren zu lesen, Schmick hätte nur Militärgeschichte gelehrt und den Holocaust geleugnet. Das Berliner Kammergericht urteilte hingegen, dass Schmick nicht als Auschwitz-Leugner bezeichnet werden darf.

Immer wieder mischt sich auch Grünen-Bildungsexperte Özcan Mutlu in die Causa Schmick ein. „Die Verwaltung ist offenbar nicht willens, den Vorgang zu klären“, ließ er sich 2005 in einer Zeitung beim ersten Verfahren zitieren. Tatsächlich zog sich das Verfahren damals mehrere Jahre hin. In der Folge wurden die Landesdisziplinarordnung geändert, das Vorverfahren abgeschafft und die Rechte Beschuldigter beschnitten. Unter Lehrern wird die Änderung als „Lex Schmick“ bezeichnet. Mutlu hatte damals von einer „Never ending story“ gesprochen und eine sofortige Entlassung des Lehrers gefordert. Schmick warnt: „Beschuldigungen reichen dann künftig aus, um die bürgerliche Existenz zu vernichten.“ Irgendwie scheint Mutlu aber immer wieder Auseinandersetzungen magisch anzuziehen. Schon 2000 geriet er wegen angeblicher Beleidigung von Polizeibeamten mit der Justiz in Kontakt. 2011 stritt er sich an einem Currywurststand, der von einem Türken betrieben wurde, weil ihm der geforderte Preis zu hoch erschien. Zeugen beobachteten nach Feststellungen der Polizei, dass der Streit von Mutlu ausging. *Hans Lody*

»Nur wenn Opfer Türke ist«

Gewalt: Deutschtürken werfen Migrantenvereinen Einäugigkeit vor

Nach dem tödlich verlaufenen Angriff auf Jonny K. (20) am Berliner Alexanderplatz am 14. Oktober ist dort am vergangenen Freitag wieder ein Jugendlicher (18) von drei bis vier jungen Tätern aus einer Gruppe heraus angegriffen und mit aller Brutalität zusammengeschlagen worden. Er überlebte vermutlich nur, weil ein mutiger Passant dazwischen ging. Die Täter hatten von dem 18-Jährigen auch nicht abgelassen, als er schon am Boden lag. Nach dem beherzten Eingreifen des Passanten flüchteten die Angreifer unerkannt, das Opfer kann sich nicht an die Tat erinnern.

Während der Alexanderplatz somit weiter Brennpunkt der überproportional von Ausländern verübten Jugendgewalt bleibt, geht die Aufklärung im Fall Jonny K. nur schleppend voran.

Ein zweiter Tatverdächtiger hat sich der Polizei gestellt. Der 21-Jährige stellte zuvor Bedingungen, wollte, bevor er sich stellt, über seinen Anwalt die Zusicherung, dass er von der Untersuchungshaft verschont bleibt. Darauf ließen sich die Behörden jedoch nicht ein. Ihm wird zur Last gelegt, einen Helfer angegriffen zu haben.

> Zum Tod von Jonny K. gab es kaum Aufregung

Zwei der insgesamt drei bereits verhafteten Verdächtigen sitzen in Untersuchungshaft. Einer der zwei legte dagegen Beschwerde ein, der Antrag wurde aber abgewiesen. Doch ein Verdächtiger ist nach seiner Verhaftung bereits wieder auf freiem Fuß. Der 19-jährige mutmaßliche Haupttäter Onur U. wird noch in der Türkei vermutet. Ob er ausgeliefert wird, bleibt fraglich. U. ist nur einer der beiden laut Staatsanwaltschaft derzeit noch flüchtigen Verdächtigen. Der andere könnte sich Medien zufolge in Griechenland aufhalten.

Angesichts fehlender Maßnahmen seitens der Politik kritisieren inzwischen auch Richter und Immigranten den Umgang mit der Gewalt. Immigrantenverbände hätten auf den tödlichen Angriff gegen Jonny K. kaum reagiert, kritisieren Deutschtürken. „Migrantenvereine betreiben separatistische Politik. Erst wenn ein Türke einem Verbrechen zum Opfer fällt, ist der Aufstand groß“, beklagen die Autorin Gülcin Wilhelm und der Sozialarbeiter Ercan Yasaroglu. Der gesuchte Hauptverdächtige Onur U. renoviert derweil in aller Ruhe das Haus seiner Eltern in der Türkei. U. gab einer deutschen Boulevard-Zeitung sogar ein Interview: „Ja, ich war dabei, aber ich habe nur den anderen geschlagen. Mit den Fäusten!“ *SV*

Kein Stasi-Stein

Makabres Ehrenmal verhindert

Ex-Angehörige des DDR-Geheimdienstes Stasi wollten mit einem Gedenkstein vor einem Hotel in Massow (Brandenburg) den Gründer des berüchtigten sowjetischen Geheimdienstes „Tscheka“, Felix Dserschinskij, und das nach ihm benannte Wachregiment der Stasi ehren.

Der Findling mit der Inschrift „Wachregiment F. E. Dzierzinsky 1960–1990“ stand bereits vor dem Hotel, das einst Teil des DDR-Truppenübungsplatzes Teupitz und Sitz einer Stasi-Stabsstelle war. Aufgrund zahlreicher Proteste von Opferverbänden ist der Stein des Anstoßes jedoch wenige Tage nach Aufstellung und kurz vor der geplanten Einweihung vom Hotel abtransportiert worden. Ein 1,5 mal 1,2 Meter großes Stasi-Denkmal, ausgerechnet nahe Halbe, einst Schlachtfeld im Zweiten Weltkrieg, sollte nach dem Willen mehrerer Stasi-Verharmloservereine und der Hotelmanagerin ein Zeichen setzen.

Nach Berichten der „Märkischen Allgemeinen“ stehen der Berliner Heimatforscher Lothar Tyb'l sowie der einstige Stasi-Oberst Wolfgang Born hinter dem Projekt. Sie sammelten demnach Spenden, um „der Verfälschung und Instrumentalisierung der DDR-Geschichte entgegentreten“ zu können. Opferverbände protestierten gegen das Denkmal. Auch die Landtagsparteien äußerten Ablehnung, darunter sogar die Linkspartei. Die Hotelkette Leonardo, die das Haus betreibt, reagierte „mit großer Bestürzung“ und bat um Entschuldigung. Die Unternehmensleitung war nach eigenen Angaben nicht informiert und hat die Verantwortlichen bis zur vollständigen Aufklärung von ihren Aufgaben entbunden. *SV*

> Opferverbände haben mit Erfolg protestiert

Lehrer-»Streik« in Brandenburg

Brandenburgs Lehrer probten Donnerstag vergangener Woche erstmals in der Landesgeschichte den Aufstand. Er traf die rot-rote Bildungspolitik in Form eines flächendeckenden „Warnstreiks“, auch wenn verbeamtete Lehrer eigentlich nicht streiken dürfen. Gut 12 000 der 16 800 Lehrer kamen in den sechs Schulämtern der Mark zu zeitgleichen Personalversammlungen zusammen. Die abgestimmte Aktion sollte bewusst die Wirkung eines Warnstreiks erzielen. Mit Erfolg: Rund 60 Prozent der Schulen waren am Donnerstag nach der dritten Stunde leer. Die Lehrer wollen mit dieser und weiteren Aktionen gegen Unterfinanzierung protestieren. Sie fordern 200 Millionen Euro mehr für den derzeit 1,5 Milliarden Euro umfassenden Bildungsetat des Landes. Die rot-rote Schulpolitik sorgt sich unterdessen um anderes: Die brandenburgische Linkspartei beschloss die Einführung einer Einheitsschule von der ersten bis zur zwölften Klasse ab 2014. *SV*

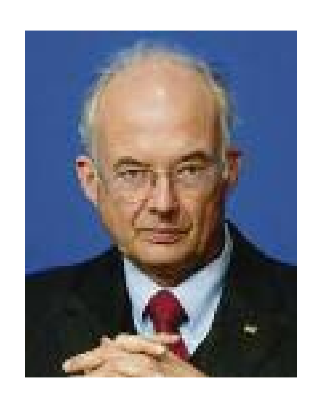
Zeitzeugen



Lutz Marmor – Der in Köln geborene frühere Intendant des NDR ist seit 2008 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands, kurz: ARD. Er steht damit neun Rundfunkanstalten mit 16 Orchestern, acht Chören und 23 000 festangestellten Mitarbeitern vor. Das Gesamtbudget beträgt rund 5,5 Milliarden Euro.



Thomas Bellut – Nachdem sich ZDF-Intendant Markus Schächter im März mit einer rauschenden Party verabschiedet hatte – die Kosten von 28 000 Euro entnahm man der GEZ-Portokasse –, übernahm Programmdirektor Bellut das Amt. Zuvor war er Initiator einer der wenigen Sendungen des ZDF, die bis heute erfolgreich laufen: der „heute show". Am Mainzer Lerchenberg ist er jetzt Chef von 3600 festangestellten Mitarbeitern und verfügt über ein Budget von fast zwei Milliarden Euro.



Paul Kirchhof – Als Angela Merkel den Steuerrechtler zur Bundestagswahl 2005 in ihr Kompetenzteam holte, sprach Kanzler Schröder über ihn nur verächtlich als den „Professor von Heidelberg". Sein professorales Gehabe brachte ihn zwar nicht ins erhoffte Ministeramt, dafür durfte er aber 2010 ein neues Gebührenmodell für die öffentlich-rechtlichen Sender erstellen. Sein Gutachten über eine Haushaltspauschale ist die Grundlage des neuen GEZ-Modells ab Januar 2013.



Martin Stadelmaier – Der Chef der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei ist wohl einer der einflussreichsten Medienpolitiker Deutschlands. Als rechte Hand des noch bis Ende des Jahres amtierenden Ministerpräsidenten Kurt Beck, der seit 1994 der Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder ist und seit 1999 außerdem im ZDF-Verwaltungsrat sitzt, koordiniert Stadelmaier die Medien- und Gebührenpolitik im Schatten seines Chefs.

Versendete Milliarden

Neue Haushaltsabgabe sichert ab Januar der ARD und dem ZDF prunkvolle Ausgaben

Vom 1. Januar nächsten Jahres an müssen sich die Bürger auf eine neue Gebührenordnung für Rundfunkgeräte einstellen. Dann wird die sogenannte Haushaltspauschale eingeführt, die den öffentlich-rechtlichen Sendern bis in die ferne Zukunft hinein Milliardeneinnahmen garantiert.

Die gute Nachricht zuerst: Für die meisten Gebührenzahler ändert sich ab Januar nichts. Sie zahlen wie schon seit 2009 jeden Monat 17,98 Euro für den TV-Empfang, egal wie viele Personen dort leben und wie viele Endgeräte vorhanden sind. Doch andere, die bislang nur über Radio und Internet verfügt haben, sowie Besitzer von Zweit- oder Ferienwohnungen werden jetzt zusätzlich voll zur Kasse gebeten. Bei über 40 Millionen Haushalten bringt das rein rechnerisch 8,6 Milliarden Euro ein und damit rund eine Milliarde Euro mehr als bisher.

Hintergrund des neuen Gebührenmodells war, dass ARD und ZDF mit Sparmaßnahmen Druck auf Politiker machten, nachdem sich durch die Neuen Medien das Fernsehverhalten verändert hatte. Über ein Smartphone oder einen internetfähigen Computer kann jetzt jeder TV-Programme auch außer Haus abrufen, was die Gebührenkontrolle erschwerte.

Die neue Haushaltsabgabe erleichtert also der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) die Arbeit und sorgt bei ARD und ZDF für Aufatmen. Dank dieser Zwangsabgabe, von manchen auch „Mediensteuer" genannt, darf man zukünftig weiter prassen. „Deutschland leistet sich das teuerste öffentliche-rechtliche Fernsehen der Welt", stellt der Medien-Autor Hans-Peter Siebenhaar fest, der in seinem neuen Buch „Die Nimmersatten" die Verschwendungssucht von ARD und ZDF geißelt.

> Deutschland leistet sich das teuerste Fernsehen der Welt

22 Fernsehsender und 67 Radioprogramme gönnen sich die Öffentlich-Rechtlichen, dazu ein Heer von 26 000 Festangestellten, die intern wegen ihrer nahezu unkündbaren Stellung „Rundfunkbeamte" genannt werden. Hinzu kommt eine riesige Anzahl von zum Teil so gut honorierten und mit üppigen Spesengeldern ausgestatteten freien Mitarbeitern, dass sie feste Redakteurs- oder Moderationsstellen dankend ablehnen, da sie dann weniger verdienen. Die Elite wie Thomas Gottschalk oder Günther Jauch sind dank der GEZ-Gelder zu Millionären geworden. Allein für seine sonntägliche Talkrunde soll Jauch pro jährlicher Staffel 10,5 Millionen Euro für Produktion und Moderation bekommen.

Moderatoren wie Reinhold Beckmann oder Jörg Pilawa, die früher bei den Privatsendern waren, kehrten zu den Öffentlichen zurück, weil hier das Geld lockt. In dieser Saison hat das ZDF den Privaten auch die Übertragungsrechte der Fußball-Champions-League entrissen, angeblich für eine Summe von über 50 Millionen Euro. Wie sehr man an den Luxus teurer Sportübertragungen gewöhnt ist, wurde jetzt bei den Olympischen Spielen deutlich. Das Team, das ARD und ZDF nach London schickten, war mit 480 Mitarbeitern größer als die Zahl der deutschen Olympiaathleten.

Die Londoner BBC hatte in dieser Zeit mit weniger Mitarbeitern mehr Sendeminuten gebracht. Überhaupt beweist die BBC, dass man mit einem geringeren Budget als ARD und ZDF zusammen ein international konkurrenzfähiges Programm aufbieten kann. Denn dass ein teures Programm nicht gleich gute Qualität garantiert, stellen bei ARD und ZDF viele der von den eintönigen Nachrichten-, Talk- und Kochsendungen gelangweilten Zuschauer fest.

Vor allem jugendliche Zuschauer schalten ab. Schon seit Jahren liegt der Altersschnitt der Klientel von ARD und ZDF bei 60 Jahren. Trotz Geldsegens gelingt es ihnen nicht, die Zuschauer der Zukunft zu binden. Arm, aber attraktiv – damit schlagen die Privaten die Sender-Milliardäre. *Harald Tews*

Wer kontrolliert die Finanzen des Staats-TVs?

Vor zwei Jahren wurde beim Kinderkanal KiKA von ARD und ZDF ein schwerer Betrugsfall bekannt. Ein Mitarbeiter soll über Jahre hinweg mit gefälschten Rechnungen etwa 4,6 Millionen Euro in die eigene Tasche gewirtschaftet haben. Zeitgleich wurde beim NDR die Fernsehspielchefin dabei enttarnt, wie sie bei sich und ihrem Mann unter Verwendung gefälschter Namen eigene Drehbücher in Auftrag gab und dann produzierte.

Wenn zwei solche finanziellen Missbrauchsfälle innerhalb kurzer Zeit an die Öffentlichkeit gelangen, wie viel unaufgedeckte Betrugsfälle schlummern dann noch bei ARD und ZDF? Klar ist: Wo einem Milliardensummen in den Rachen geschoben werden, da ist der Hang zur Korruption nicht weit. Über die GEZ-Gebühren bezahlen wir 143 Millionen Euro an die 14 Landesmedienanstalten zur Kontrolle der privaten Medien. Klar, es gibt auch eine politische Kontrolle über die Inhalte der Öffentlich-Rechtlichen. Aber wo ist die Finanzkontrolle? Die Sender kontrollieren sich selbst mit vereinzelten Anti-Korruptionsbeauftragten, was aber wohl eher zur Beruhigung des eigenen Gewissens dient.

> Die Milliarden laden zur Korruption ein

Der Bund der Steuerzahler klagt regelmäßig die Steuerverschwendung von Bund und Ländern an. Wo aber ist der Bund der „Mediensteuer", der die Verschwendung von GEZ-Gebühren anprangert? Würde die ARD einen echten Sparwillen an den Tag legen, hätte sie die kleinen Rundfunkanstalten im Saarland oder in Bremen längst mit dem SWR beziehungsweise dem NDR vereint. Unter Berufung auf Bewahrung der regionalen Vielfalt passiert nichts. Hauptsache, die Intendanten bleiben auf Kosten der Gebührenzahler auf ihren Stühlen kleben. *tws*



Keine Mühen gescheut: Für Sport-Übertragungen blättern die Öffentlich-Rechtlichen horrende Millionensummen hin Bild: imago sport

Neue TV-Ideen gesucht

Programm-Casting: Die Privaten agieren, ARD und ZDF reagieren

Für viele klang es wie ein schlechter Scherz, als Pro-Sieben-Moderator Stefan Raab eine politische Talkshow ankündigte. Eine solche Sendung des politisch unerfahrenen Showmasters in einem Spielfilm- und Comedysender – das passte irgendwie nicht. Und doch schlug sich die erste Ausgabe von „Absolute Mehrheit" achtbar, auch wenn kein Politiker die 100 000 Euro einstreichen konnte für den Fall, wenn er von über 50 Prozent der Studiozuschauer zum beliebtesten Talkgast gewählt wird.

Die Sendung war Raabs Kampfansage an ARD und ZDF, die mit ihrem Talkwahn auf der Stelle treten. Raabs Anspruch ist es daher, „die jungen Zielgruppen mit solchen Formaten wieder für Politik zu interessieren". Ihm wäre das zuzutrauen, scheint doch alles zu Gold zu werden, was er anfasst. Nachdem die ARD es über Jahrzehnte nicht fertiggebracht hatte, einen konkurrenzfähigen Teilnehmer ins Rennen für den Eurovision Song Contest zu schicken, schaffte es Raab, als er 2010 von der ARD mit ins Boot geholt wurde, mit Sängerin Lena auf Anhieb, die Siegerin zu stellen.

Schon zuvor hatte er mit seiner Samstagabend-Show „Schlag den Raab" bewiesen, dass er den Öffentlich-Rechtlichen immer eine Nasenlänge voraus ist. Während ARD und ZDF mit Volksmusikshows beziehungsweise „Wetten, dass ...?" alte Sehgewohnheiten bedienen, schafft es Raab, stets einen hohen Marktanteil jüngerer Zuschauer an sich zu binden.

> »Junge Wilde« sorgen für frischen Wind nur bei Privatsendern

Überhaupt ist er der Daniel Düsentrieb des Privatfernsehens. „Wok-Weltmeisterschaft", „Stock-car-Rennen", „TV total Turmspringen", „Poker-Nacht" oder „Autoball-Europameisterschaft" heißen seine zum Teil skurrilen Show-Erfindungen, die oft bis in die Nacht hinein den gesamten ProSieben-Abendsendeplatz ausfüllen.

Auch wenn sein Humor nicht jedermanns Geschmack ist, so beweist Raab, dass sich bei den Privaten mehr tut als bei den Öffentlich-Rechtlichen. Die starren Programmstrukturen bei ARD und ZDF lassen keinen Platz für neue Ideen oder Formate. Während dort Carmen Nebel oder Florian Silbereisen ihre von vielen despektierlich „Rentnerprogramme" genannten Shows präsentieren, sorgen bei den Privaten die „jungen Wilden" für frischen Wind. Unstrittig ist das dümmliche Niveau von „Deutschland sucht den Superstar", „Voice of Germany", „Germany's Next Topmodel" oder vieler Comedyshows, aber es sind wenigstens innovative Formate. Sie schaffen es, die vom früheren RTL-Programmchef Helmut Thoma sprachlich eingeführte „werberelevante Zielgruppe" der 14- bis 49-Jährigen zu erreichen.

Da ARD und ZDF trotz Gebühreneinnahmen an Werbung und Sponsoring festhalten, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sie das Konzept kopieren. Günther Jauchs aus England importierte Quizshow „Wer wird Millionär?", die seit 1999 der Quotenhit bei RTL ist, fand in der ARD ihren Abklatsch mit Jörg Pilawas „Quiz" und Kai Pflaumes „Star Quiz". Bei innovativen Shows sind die rein werbefinanzierten Sender eben oft schneller und origineller. *tws*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6412**

Freie Wähler knicken ein

Bundesvorsitzender attackiert vermeintliche Parteirechte und droht mit Ausschluss

„Sachbezogen, unabhängig, bürgernah“ treten die Freien Wählern (FW) als Gegenpart etablierter Parteien auf. Während der geplanten Ausweitung der bisher vor allem in Bayern starken Anti-Partei auf die Bundesebene entzweien sich nun Bundesvorsitz und erfolgreiche regionale Gruppen zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt.



Nimmt die Integrationspolitik zum Anlass für Kritik an Parteifreunden: Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger Bild: Michael Gottschalk/dapd

Die „Nymphenburger Gespräche“ im Künstlerhaus München am Mittwoch vergangener Woche gaben dank der Anwesenheit von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und lokaler Größen von Grünen und SPD eine größere Kulisse für Bürgerfragen rund um das Thema „Bayern bunt – na und?“ ab. Es ging laut Programm um „politische Positionen zu Einwanderung, Integration und Willkommenskultur“. Auch der FW-Bundesvorsitzende Hubert Aiwanger stellte sich den Fragen der mehrfach vorgefilterten Bürgerrunde. Auf die allgemeine Frage: „Auf welche Weise grenzen Sie sich gegen rechtspopulistische, insbesonders islamfeindliche Strömungen ab?“ startete der 41-Jährige eine Attacke gegen die eigene Partei: „Ich kann mir vorstellen, die Frage zielt auf die Freien Wähler in Frankfurt ab.“ Die dortige Gruppe, allen voran deren Fraktionsvorsitzender Wolfgang Hübner, ist Aiwanger seit einem kritischen Zwischenruf Hübners zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ ein Dorn im Auge. Nun war nicht mehr dieser Zwischenruf, sondern die Integrationspolitik der Frankfurter Grund für Aiwanger, gegen die dortige Lokalgliederung vorzugehen, wie das Internet-Nachrichtenportal „Blu-News.org“ berichtete. Demnach sagte Aiwanger: „Ich versuche, diese Leute loszuwerden, das sage ich ganz offen.“ Sein Kurs zielt damit auf einen Parteiausschluss Hübners und anderer Mitglieder. Die grundsätzliche Problematik einer solchen Attacke auf gewählte Politiker und deren Meinungsäußerung war Aiwanger laut „Blu-News“ bewusst: „Die SPD hat es nicht geschafft, den Sarrazin auszuschließen.“ Aiwanger kündigte demnach den überwiegend linksliberalen Zuhörern der „Nymphenburger Gespräche“ an: „Ich muss schauen, wie weit ich komme, wenn die sagen: ‚Das werde ich wohl sagen dürfen, dass wir hier Probleme mit Einwanderern haben.‘ Ich versuche hier zu tun, was ich kann.“

Hübner sagte gegenüber der *PAZ*: „Das ist bereits die zweite öffentliche Androhung von Herrn Aiwanger. Der Konflikt dauert schon länger an und bezieht sich auf Aiwangers Rolle in der Partei, die Art, wie er einsame Entscheidungen trifft. So täuscht er bisher darüber hinweg, dass bei der Bundespartei nur sehr wenige wirkliche Freie Wähler sind.“ Dennoch habe er Aiwanger „immer für ein Talent gehalten“. Mit Blick auf die Lokalpolitik in Frankfurt sagte Hübner: „Wir haben klare Positionen, die auch bei Wahlen erfolgreich sind, nur werden diese Positionen bei linken Gruppen als rechtspopulistisch

Kniefall vor dem Zeitgeist oder Teil eines Machtkampfes?

verurteilt: Wir sind die einzigen, die in Frankfurt noch das Konzept Integration verteidigen.“ Die besondere Oppositionsstellung der Freien Wähler im dortigen SPD-regierten Rathaus ist Aiwanger demnach entweder nicht bekannt oder sie spielt keine Rolle.

Und so spricht manches für einen Kampf um die künftige Machtverteilung bei den Freien Wählern: Die aus Bayern hervorgetretene Bundesführung um Aiwanger will die in anderen Bundesländern lokal weitaus länger erfolgreichen Gruppierungen zum Kniefall zwingen und schürt so neues Misstrauen. „Wir haben in Frankfurt über Jahre eigenständig gehandelt, das stand auch nie zur Debatte“, so Hübner. Die Mitgliedschaft in der Bundespartei sei hingegen „eine persönliche Sache jedes Einzelnen“, aber Aiwanger habe in Frankfurt kaum Rückhalt.

Aiwanger, einstiger Stipendiat der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, gelang binnen weniger Jahre ein steiler Aufstieg bei den Freien Wählern. Manchen Parteimitgliedern außerhalb Bayerns ist diese Karriere ebenso suspekt wie die Tatsache, dass Aiwanger sein politisches Handwerk ausgerechnet beim Gegner CSU lernte. Die Frau an seiner Seite, Tanja Schweiger, ist ebenfalls bei den Freien Wählern. Sie leitet den Parteibezirk Oberpfalz und sitzt für die Partei im Bayerischen Landtag. Zeitweise übte sie in der Fraktion das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers aus. Ihr werden parteiintern eher linke Positionen nachgesagt. So bleibt von der politisch-korrekten Vorleistung Aiwangers unabhängig von deren Motiven nur neue Enttäuschung beim Wähler. „Viele verbinden die Freien Wähler mit einer Hoffnung – umso bedauerlicher ist es, wenn so eine Hoffnung wieder zerstört wird“, so Hübner. Bei der anstehenden Niedersachsenwahl befürchtet er „ein Desaster“. Eine Stellungnahme Aiwangers war bis Redaktionsschluss nicht zu bekommen.

Sverre Gutschmidt

MELDUNGEN

Hilfsflugzeug in die Türkei

Frankfurt – Die Hilfsorganisation „Luftfahrt ohne Grenzen“ (LOG) organisierte am 26. November einen Hilfsflug in die südöstliche Türkei, wo syrische Flüchtlinge in provisorischen Lagern bald den Strapazen des kommenden Winters ausgeliefert sein werden. An Bord des Flugzeugs, das in Frankfurt am Main startete, waren Hilfsgüter wie Wolldecken, Bekleidung, Kochgeschirr, Bildungsmaterial und Kinderzubehör wie Windeln. Vertreter der Hilfsorganisation „Türkischer Roter Halbmond“ übernahmen die Güterverteilung vor Ort. Der Dank galt den Hauptinitiatoren der LOG, Präsident Frank Franke und dessen Stellvertreterin Marie-Luise Thüne. 120 000 Syrier flüchteten in den letzten Monaten vor dem Bürgerkrieg in die Türkei und viele in andere Nachbarländer. W.T./M.H.

EU will den Hahn abdrehen

Brüssel – Die EU-Kommission plant nach Informationen des „Focus“, Wasserhähne bisheriger Bauart zu verbieten. Wie aus einer „Blaupause“ von EU-Umweltschutz-Kommissar Janez Potocnik hervorgehe, sollen nur noch Wasserhähne in den Handel gelangen, die Wasser sparen. Kritiker fürchten ein ähnliches Desaster wie beim Glühbirnenverbot. Die EU-Richtlinie zum „Öko-Design“ gibt Brüssel vollkommen freie Hand, bei welchen Produkten es sich „ökologisch“ einmischt. Für Deutschland könnte übertriebenes Wassersparen schlimme Folgen haben. Schon jetzt schädigt zu geringer Verbrauch durch Wassersparen und Bevölkerungsrückgang die Leitungsrohre in Teilen des Landes. Wasserwerke müssen massenhaft Wasser durch das System jagen, nur damit die Rohre nicht anfangen zu verrotten. Das könnte mit der neuen Richtlinie noch schlimmer werden. *H.H.*

»Uns bleibt nur der Austritt«

Berliner Souveränitätskonferenz fand großen Zuspruch

Da kam in Berlin Schadenfreude auf: Die Leitung der Freien Universität wollte einer Expertenkonferenz über Souveränität harsche Zensurauflagen machen, während in Moskau Angela Merkel dem russischen Präsidenten Wladimir Putin mangelnde Meinungsfreiheit vorwarf. Die Berliner Auflagen wurden „souverän ignoriert“, die Moskauer Vorwürfe von russischen Medien hohnvoll verlacht. Beim Konflikt Merkel-Putin war Alexander Rahr zugegen, Deutschlands wohl bester Russlandkenner, der anschließend in Berlin sagte, was russisch-deutsche Sache ist: Die Beziehungen sind brillant, der Außenhandel nähert sich 80 Milliarden Euro, aber deutsche Politiker sind bei Russen langsam Lachnummern.

Die Berliner Konferenz am vergangenen Wochenende war von der Zeitschrift „Compact“ ausgerichtet und dem Thema „Souveränität“ gewidmet. Dazu war eine beeindruckende Referentenriege aufgeboten: Peter Scholl-Latour („bester Kenner der Kriege in der Welt“), Ex-Botschafter Valentin Falin („Architekt des deutsch-russischen Ausgleichs“), Willy Wimmer (Ex-Bundestagsabgeordneter und scharfer Kritiker deutscher Außenpolitik) und weitere, unter denen der Jurist Karl Albrecht Schachtschneider („Sturmgeschütz der Demokratie“) zum Publikumsliebling avancierte, gerade wenn er radikal postulierte: „Uns bleibt nur der EU-Austritt“.

Auslöser der Konferenz war eine Äußerung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, dass Deutschland seit Kriegsende „nie souverän“ gewesen sei. Das wurde von Schachtschneider bestritten:

Zensurversuche der Freien Universität wurden abgewehrt

„Die Alliierten haben Deutschland nicht annektiert, also seine Souveränität nicht berührt.“ Andere Referenten dagegen stimmten Schäuble zu, indem sie die „Entstaatlichung“ Deutschlands, den Verlust der deutschen Währung und den Wegfall der Grenzkontrollen anführten.

Die Konferenz fiel mit dem 200. Jahrestag der „Konvention von Tauroggen“ zusammen, durch die 1812 preußische Generale im Verein mit Russen die Deutschen aus der Botmäßigkeit Napoleons lösten. Damit begann „ein Jahrhundert freundschaftlichen Umgangs zwischen Russen und Preußen oder Deutschen“, sagte der Historiker Jan von Flocken, der damit den anwesenden Russen eine Steilvorlage lieferte. Natalija Narotchnitskaja, frühere Duma-Abgeordnete, traf den willkommenen Ton: „Je mehr Europa von Russland getrennt ist, desto bedeutungsloser wird Europa für die Weltgeschichte sein.“ Derzeit gehört Narotchnitskaja zur Leitung des Pariser „Institute de la Démocratie et de la Coopération“, dritter Träger der Berliner Konferenz. Daran dachte Gastgeber und „Compact“-Chefredakteur Jürgen Elsässer, als er konstatierte: „Immer wenn es zwischen Deutschland, Frankreich und Russland gestimmt hat, nutzte das ganz Europa.“ Das klang gut, hatte aber kaum Realitätsbezug, was Russen nicht erwähnten, Deutsche und Franzosen nicht wussten: Putins Reich steckt in einer tiefen Krise.

Was bleibt von der Konferenz, die über 700 begeisterte Teilnehmer hatte? Eine Fülle beherzigenswerter Denkanstöße zu Souveränität, Freiheit, Staatsraison, Machtmissbrauch und anderes, das nur noch wenig bedeutet. Europa hätte sich, wie oft betont wurde, de Gaulles Vision der „vereinten Vaterländer“ zu eigen machen sollen, vor allem seine Warnung: „Souveränität ist Verantwortung“ – wie kommt man aus gefährlichen Unionen wieder heraus?

Wolf Oschlies

Böses Spiel mit dem Vertrauen

Falschmeldungen im Internet verunsichern viele Menschen

Rumänische Banden von Kriminellen sollen auf Parkplätzen und Tankstellen kleine Accessoires verschenken, in denen ein Chip eingebaut ist, mit dessen Hilfe die Opfer verfolgt und ausspioniert werden. Und ehe man sich versieht, wird eingebrochen. Diese Warnung wurde während der letzten Wochen durch E-Mails verbreitet und sorgte für Panik und Unsicherheit bei den Empfängern. Alamiert schickten sie die Nachricht an viele Kontakte weiter mit dem Gedanken, etwas Gutes zu tun. Jetzt stellte sich die Warnung als „Hoax“, also eine über das Internet verbreitete Falschmeldung heraus. Die Technsiche Universität in Berlin (TU Berlin) gab die Entwarnung. Begründet wird diese Aussage mit Berechnungen, denen zufolge die Herstellung eines solchen Chips mit Sender und großer Reichweite nicht für kriminelle Zwecke rentabel sei. Die Technik sei vergleichbar mit der GPS-Funktion eines neuen Handys, was sich preislich nicht lohne. Außerdem gibt es laut der Kölner Polizei keinen einzigen verzeichneten Fall. Damit wurde die Meldung als „Hoax“ deklariert und wird nicht weiter verfolgt.

Man fragt sich aber, woher solche Aufrufe stammen. Die angeblichen rumänischen Chip-Einbrecher sind nämlich nicht die einzigen Fiktionen, die Panik verbreiteten. In der Vergangenheit gab es immer wieder Fälle von Falschmeldungen, aus denen niemand wirklichen Schaden oder Gewinn zog. Genau dieser Umstand stellt nämlich das Mysterium der „Hoaxes“ dar; Beweg-

Verbreitung von Massenpanik und Skepsis aus Spaß

gründe richtiger Betrüger sind dem gegenüber wenigstens noch offensichtlich.

Laut TU Berlin sei aber genau diese Verwirrung das Ziel der Veröffentlicher. Sie verbreiten Falschmeldungen aus Jux mit der allgemeinen Verunsicherung als Zweck. Damit erreichen sie weiter nichts, nur dass das Vertrauen ihrer Mitmenschen in alles Mögliche sinkt. Würde man nach Empfangen dieser E-Mail – selbst, wenn man weiß, dass sie falsch war – ohne Bedenken etwas annehmen, das einem kurz darauf wirklich nur als Werbegeschenk an einer Tankstelle überreicht wird? Besonders skeptisch sind Internetnutzer geworden, da in sozialen Netzwerken eine beinah unüberschaubare Anzahl von Kettenmails kursiert, die alle vor bestimmten Nutzerprofilen warnen, hinter denen angeblich Viren lauern. Beliebt ist außerdem die Behauptung, eine Kettennachricht sei von den Plattform-Gründern gestartet worden und müsse weitergeleitet werden, um die Aktivität des Profils zu bestätigen, um so der angeblichen künftigen Kostenpflicht zu entgehen. Leicht zu enttarnen sind die meisten solcher Bluffs allerdings an mangelhafter Rechtschreibung und fehlender Seriösität, da solche Nachrichten über offizielle Meldungen verbreitet würden. Die TU Berlin führt derzeit auf ihrer Internetseite eine Liste der meist verbreiteten „Hoaxes“, die aktuell und während der letzten Jahre im Umlauf waren.

Problematisch sind die „Hoaxes“ per Netzwerknachricht, da sich einige echte Viren unter ihnen bewegen. So versenden die Viren der „infizierten“ Kontakte automatsiche Nachrichten, die Links enthalten, mit denen man sich selbst einen Virus holt. Wer soll denn bei solch einem Durcheinander noch zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden können?

Melinda Heitmann

MELDUNGEN

Neufarmer überfordert

Windhuk – Der Umverteilungsprozess von Agrarland in Namibia ist zwar in Gang gebracht, die Resultate erweisen sich indes als eher bescheiden. Mangelnde Fachkenntnisse und wenig Erfahrung lassen die Produktivität der Landwirtschaft sinken, stellte die polytechnische Fachhochschule in Windhuk fest. Es fehle an Infrastruktur wie Einzäunungen und Wasser sowie an rentablen Größen der zugewiesenen Parzellen. Die Umsiedlung habe viele materiell ärmer gemacht. Ihnen fehle der Finanzfluss für notwenige Reparaturen oder Anschaffungen. Um diese Aufgabe zu bewältigen, seien sie gezwungen, Vieh zu verkaufen, die Fleischproduktion gehe deutlich zurück. Die Regierung hält dessen ungeachtet an ihrer Politik fest, wonach bis 2020 rund 15 Millionen Hektar umverteilt werden sollen. Im Jahr 1990 waren 38 Millionen Hektar in freiem Besitz, in der Regel von weißen Farmern. *J.F.*

Jagd auf Sextouristen

Kiew – Bislang machte vor allem die Frauengruppe „Femen" mit öffentlichen Auftritten auf zunehmenden Sextourismus aufmerksam. Nun tritt eine Gruppe Ukrainer mit radikaleren Methoden zur Prostitutionsbekämpfung in Erscheinung. Ein Lockvogel verabredet sich mit vermutlichen Sextouristen in einem Hotelzimmer. Dann stürmen drei Männer das Zimmer und verprügeln den „Übeltäter" vor laufender Kamera. Das Video eines türkischen Touristen wurde im Internet veröffentlicht. Nachdem die Bande das Opfer verprügelt und gefesselt hatte, entführte sie es und setze es auf einer viel befahrenen Straße aus. Den nackten Mann bedeckte lediglich ein Schild mit der Aufschrift „Gegen Sextourismus". *MRK*

Sägen am eigenen Ast

Dramatische Folge der US-Haushaltslage: Schulen entlassen massenhaft Lehrer und streichen wichtige Fächer

Schulen und andere Bildungseinrichtungen in den USA haben als Folge der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen miserablen Haushaltslage der meisten Bundesstaaten und Kommunen mit die folgenschwersten und schmerzhaftesten finanziellen Einschnitte durchleben müssen. Als Folge dürften den USA in den nächsten Jahren die qualifizierten Fachkräfte ausgehen.

„In diesem Jahr werden in ganz Amerika zehntausende Lehrer weniger ihre Klassen betreten", warnte Präsident Barack Obama im August vor Beginn des neuen Schuljahres. „Allein in Pennsylvania haben wir 9000 Lehrer weniger in den Schulen als vor einem Jahr. In Ohio sind es fast 7000. Und landesweit haben die Schuldistrikte in den letzten drei Jahren über 250 000 Lehrer entlassen müssen. Man muss darüber nachdenken, was das für unser Land bedeutet", so der Präsident weiter. Zu einer Zeit, in welcher der Rest der Welt versuche, die Vereinigten Staaten in Erziehung und Bildung zu übertrumpfen, würden die USA ihre Kinder in überfüllte Klassen stecken, wichtige Fächer wie Kunst und Musik sowie sogar Physik und Mathematik reduzieren oder ganz vom Stundenplan streichen. Zudem würden Vorschulen und Kindergärten geschlossen und das Schuljahr würde verkürzt. „Das ist das Gegenteil von dem, was wir als Nation tun sollten", meinte Obama.

Der Präsident, der am eigenen Beispiel den Wert einer exzellenten Ausbildung für Erfolg im Leben erfahren hat, legte im Frühjahr dem Kongress einen Plan vor, der Mittel für eine weitgehende Reform des Schulsystems vorsieht. Nach dem Plan würde Washington den klammen Bundesstaaten 25 Milliarden US-Dollar bereitstellen, um vor allem die Entlassung von

Kunst, Musik, Physik, Mathematik stehen auf der Streichliste

Lehrern und anderem Schulpersonal landesweit zu stoppen, entlassenen Lehrern die Chance einer Wiedereinstellung zu geben und die Reduzierung wichtigster Lehrfächer zu verhindern. Der Kongress lehnte mit republikanischer Mehrheit ab und nahm stattdessen einen eigenen Budget-Plan an, in dem sogar weitgehende Kürzungen bei der Ausbildung enthalten sind. „Das ist falsch", so der Präsident. „Das ist ein Rückschritt. Das investiert nicht in unsere Zukunft, das untergräbt sie." Jetzt, nach seiner Wiederwahl, hat Obama die Möglichkeit, seinen Worten Taten folgen zu lassen.

In Kalifornien, das heute 31 000 Lehrer weniger beschäftigt als vor drei Jahren, hat Obamas Wiederwahl den Schulen und Universitäten Hoffnung gegeben. Im März hatten die Schuldistrikte noch 20 000 „Pink Slips" verschickt: Ankündigungen einer möglichen Entlassung, um die betroffenen Lehrer vorzubereiten. 9500 davon allein in Los Angeles. Mike Newman, 54 Jahre, ist einer von ihnen. „Aha, da ist es wieder", hatte er geseufzt, als er zum dritten Mal die rosa Notiz in seinem Briefkasten fand. Er legte wie zuvor Widerspruch ein und behielt seinen Job. Denn über die endgültige Zahl der Entlassungen entscheidet das jährliche Haushalts-Budget. Kalifornien entlässt nach Dienstalter zuerst die jungen Lehrer. Dramatische Situationen

Kalifornier akzeptieren eine Steuererhöhung

erleben auch die Studenten der Community Colleges (zweijährige statt der staatlichen vierjährigen Unis). Nach Millionen-Kürzungen wurden ganze Studienfächer wie Mathematik gestrichen. Viele Studenten müssen mit Bussen oder Autos täglich bis zu 70 Kilometer in verschiedene Colleges fahren, um ihre Fächer zu studieren.

Um die katastrophale Situation in seinem Staat zu beenden, hatte der kalifornische Gouverneur Jerry Brown seine Initiative „Proposition 30" den Wählern zur Entscheidung vorgelegt. Danach sollen geringe Erhöhungen der Verkaufssteuer (ein Viertel Cent je Dollar) sowie der Einkommensteuer von Einzelpersonen mit über 250 000 US-Dollar Einkommen im Jahr und Familien mit über 500 000 US-Dollar dem Staat Kalifornien pro Jahr sechs Milliarden einbringen. Diese sollen zum größten Teil in die Schulen und Universitäten fließen. Die „Prop 30" wurde angenommen – mit entscheidender Hilfe der jungen Wähler! Daraufhin zogen die Universitäten jetzt die erneut geplante Erhöhung der Studiengebühren zurück, gegen die die Studenten leidenschaftlich protestiert hatten (um 20 Prozent im Jahr, im Durchschnitt 2400 US-Dollar). Die Schließung einiger Schulen wurde erst einmal ebenso gestoppt wie die geplanten Zusammenlegungen von Klassen auf bis zu 60 Schüler. Entlassene Lehrer hoffen auf Wiedereinstellung. Jeder wartet ab und hofft. „Es ist für die Lehrer unglaublich schwer, in dieser Zeit der Unsicherheit noch die Energie aufzubringen, die wir in den Klassen brauchen", sagt Veronica Melvin, Direktorin von „LA's Promise", dem drei Schulen unterstehen. „Und dabei ist es, wie der Präsident sagt: Wenn wir wollen, dass die USA die Führungsmacht im 21. Jahrhundert bleibt, dann ist nichts wichtiger als jedem Bürger die bestmögliche Erziehung und Ausbildung zu geben – vom ersten Tag in der Vorschule bis zum Start seiner Karriere." *Liselotte Millauer*



250 000 Lehrer in drei Jahren entlassen: Als Folge werden Klassen zusammengelegt Bild: imago

Streit um Gaslieferungen

Gazprom fühlt sich von Drittem Energiepaket der EU benachteiligt

Die Energiewende und damit verbunden die sinkende Nachfrage aus Ländern der Europäischen Union nach russischem Gas stellen Russland vor das Problem, neue Absatzmärkte zu erschließen, denn immer noch ist die russische Wirtschaft extrem abhängig vom Energieexport. Stagniert der Absatz oder sinken die Preise, hat dies negative Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt.

Kein Wunder, dass Wladimir Putin beim Besuch der deutschen Kanzlerin Angela Merkel Mitte November in Moskau das Dritte Energiepaket der Europäischen Union als „unzivilisierte Methode" geißelte. Mit dem 2009 beschlossenen Dritten Energiepaket wollte die EU die Marktmacht von Lieferanten begrenzen. Es wird darin die Trennung von Rohstoffproduzenten und Transporteuren gefordert.

Genau dagegen richtet sich Putins Kritik. „Wir sind dagegen, dass übernommene Gesetze eine gegenteilige Kraft bekommen. Das ist meiner Meinung nach völlig unzulässig ... Wenn wir, unsere Unternehmen und auch deutsche Unternehmen Geld investieren in Millionenprojekte nach gültigen Regeln und Gesetzen, wie können wir sicher sein, was mit diesen Investitionen geschieht, wenn dann zu einem bestimmten Datum neue Regeln auf die alten Investitionen angewendet werden." Die Russen glauben, das Dritte Energiepaket sei gezielt gegen Gazprom gerichtet. Dabei hat der Gasriese, dessen langjähriges Ziel der Zugang zum westeuropäischen Endkundenmarkt ist, vor kurzem mit einem breit angelegten Anteilstausch mit

Russlands Konzernen droht Konkurrenz aus Übersee

dem Ludwigshafener Chemiekonzern BASF seine Position in Westeuropa gefestigt. Auch das Staatsunternehmen Rosneft ist auf dem Vormarsch und mit dem Milliardenkauf des russisch-britischen Ölförderers TNK-BP in die Riege der Megakonzerne eingebrochen. Der Ölriese betreibt Projekte in Größenordnung von 504 Milliarden Euro.

Diesen Monat werden die Rohstoffexporte 85 Prozent der russischen Ausfuhren ausmachen. Eine Größe, die Gefahren birgt. Mit den Einnahmen aus Öl und Gas finanziert Putin unter anderem seine Wahlversprechen.

Die Zeiten, in denen russische Energiekonzerne den Europäern den Preis diktierten, sind vorbei. Die Verträge, auf die Putin sich bezog, laufen bis zum Jahr 2020. Bis dahin könnten nach Meinung von Experten die USA, Kanada und Australien so weit sein, Europa mit 50 Prozent seines Gasbedarfs zu beliefern. Gazprom wird deshalb weitere Zugeständnisse machen müssen, so ein Analyst.

Die Eile bei der Umsetzung des Projekts „South Stream", dessen Bau kommenden Freitag startet, wird den Russen zwar einen Zugriff auf den südeuropäischen Gasmarkt bringen, sie aber nicht davor bewahren, geänderten Bedingungen zuzustimmen.

Dass der europäische Markt sich für russisches Gas allmählich erschöpft, obwohl der Absatz zunächst durch langfristige Verträge bis 2020 gesichert ist, wurde auf dem Internationalen Gasforum Ende November in Moskau deutlich. Laut Energieminister Alexander Nowak ist es für Russland wichtig, sich schon heute neue Absatzmärkte zu erschließen. Das Augenmerk liegt auf Japan, China und Südkorea. Kein Leichtes, denn die Krise der Jahre 2008 und 2009 hat sich auch auf Asien ausgewirkt. China zum Beispiel setzt auf Kohle, statt in neue Gasleitungen zu investieren. In Zukunft werden die Konzerne aus Übersee mit Russland um den Zugang zu den asiatischen Märkten konkurrieren. *MRK*

Manhattans 1000 Augen

Wirbelsturm legte geheimes Überwachungszentrum frei

Hurrikan „Sandy" könnte sich als zweitteuerste Naturkatastrophe in der Geschichte der USA entpuppen. Die inzwischen auf 25 Milliarden Dollar geschätzten Schäden dürften bisher nur durch den Wirbelsturm „Katrina" übertroffen worden sein, der 2005 New Orleans verwüstete. „Sandy" könnte allerdings noch Folgen haben, die sich nicht unmittelbar in Dollar und Cent messen lassen – vor allem mit Blick auf die Stadt New York steckt in „Sandy" einiges an politischer Brisanz. Meterhoch mit Schlamm gefüllt und nun sanierungsreif, ist dort nach dem Abklingen des Sturms ein im Geheimen betriebenes Überwachungszentrum für das Manhattaner Bankenviertel in den Blick der Öffentlichkeit geraten.

Der Wirbelsturm hat nicht nur den Schleier jahrelanger Geheimhaltung über ein Projekt hinweggefegt, sondern gleichzeitig auch den Blick auf eine bedenkliche Verquickung freigemacht. Öffentliche Behörden haben mit den Sicherheitsabteilungen von Banken und Immobilienunternehmen über Jahre im Geheimen ein Überwachungszentrum für das Bankenviertel rund um die Wall Street betrieben. Konkret scheinen Polizeibeamte mit Vertretern von Goldman Sachs, der Citigroup, der Federal Reserve Bank (FED) und der New York Stock Exchange (NYSE) bei der Überwachung von Passanten im südlichen Manhatten zusammengearbeitet zu haben. Im Klartext: eine weitgehende Verschmelzung von hoheitlichen Polizeiaufgaben mit den Sicherheitskonzepten von

Hoheitliche Aufgaben vermischt mit privaten Sicherheitskonzepten

Privatunternehmen, weitgehend im Geheimen und auf Kosten der Steuerzahler betrieben.

Die Einrichtung des Überwachungszentrums soll auf eine Vereinbarung zurückgehen, die der New Yorker Polizeichef Raymond Kelly im Zusammenhang mit einem Immobiliengeschäft bereits im Jahr 2005 mit Goldman Sachs getroffen hatte. Laut veröffentlichten Dokumenten hatte sich der Polizeichef verpflichtet, für das südliche Manhattan, „ein umfassendes Sicherheitskonzept zu entwickeln und einzuführen". Eine Komponente der Verabredung ist ein zentrales Sicherheitszentrum der Polizei, das auch von Vollzeit-Repräsentanten von Goldman Sachs und anderen Unternehmen der Wall Street genutzt werden kann.

Wie dicht mittlerweile das Überwachungsnetz in New York gesponnen ist, wird an der Zahl der Überwachungskameras deutlich, deren Daten zum großen Teil im Überwachungszentrum zusammenflossen. Privatunternehmen wie Banken und Immobilienverwalter betreiben inzwischen mehr als 2000 Kameras, die New Yorker Polizei noch einmal rund 1000 eigene Kameras. Wozu derartige Mengen an Kameras dienen, wird an zwei Details des Überwachungszentrums deutlich, die inzwischen an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Bis der Wirbelsturm „Sandy" eine Zwangspause verordnet hatte, wurde unter anderem ein automatisches Analyseprogramm zur Überprüfung von Kfz-Kennzeichen im Straßenverkehr betrieben – mit Hilfe der Videokameras. Ebenso war ein Überwachungssystem im Einsatz, mit dem sich ein Bewegungsbild einzelner Passanten in den Straßen erstellen lässt. Allein für derartige Programme sollen in den letzten fünf Jahren 50 Millionen Dollar geflossen sein. Aufgekommen ist dafür der Steuerzahler, der bei der Sanierung des Überwachungszentrums nun wahrscheinlich nochmals zur Kasse gebeten wird. *N.H.*

Noch mehr bluten für Europa

Für den Fall ihres Wahlsieges planen Steinbrück und Trittin sogar eine rückwirkende Vermögensabgabe

Während die Regierungskoalition immer noch den Eindruck erwekken will, die Rettungsversuche für die Pleite-Währung Euro würden nichts kosten, schmieden SPD und Grüne für den Fall ihres Sieges bei der Bundestagswahl im Herbst 2013 schon Pläne für kräftige Steuererhöhungen.

Es waren starke Vorwürfe, die sich Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem Scheitern der Verhandlungen zum EU-Haushalt anhören musste. „Aus populistischen Gründen bremst die Kanzlerin mitten in der Krise Investitionen für Wachstum in Europa und subventioniert lieber die Agrarindustrie“, so Jürgen Trittin (Grüne). Wohin stattdessen die Reise gehen soll, macht SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück klar: Die Deutschen müssten bereit sein, für den Zusammenhalt Europas „Opfer“ zu bringen. Während auf der Regierungsbank mit Blick auf die Bundestagswahlen noch immer die Devise lautet, jede Diskussion um Kosten für EU und Euro-Rettung zu vermeiden, machen SPD und Grüne mit erstaunlicher Offenheit klar, was kommt, wenn sie das Ruder übernehmen, nämlich Steuererhöhungen für tatsächlich oder vermeintlich Reiche.

Im Rennen um das Steuerkonzept, mit dem bei Bürgern und Unternehmen am meisten Kasse gemacht werden kann, scheinen momentan die Grünen vorne zu liegen. Neben der Körperschaftsteuer sollen die Erbschaftsteuer und die Einkommensteuer zum Teil kräftig steigen. Ebenfalls im Programm ist eine Vermögensabgabe unter dem Etikett „Schuldenabbau“ – innerhalb von zehn Jahren sollen so 100 Milliarden Euro in die Kasse kommen. Von der „Welt am Sonntag“ auf die Gefahr angesprochen, dass durch seine Steuerpläne Unternehmer das Land verlassen würden, spricht Trittin ähnlich ungeniert offen wie über seine

> »Es nützt nichts, dann ins Ausland abzuhauen«

Steuererhöhungspläne: „Die werden alle hierbleiben. Wir werden den Stichtag für die Steuer nämlich rückwirkend festlegen“, so Trittin. Es nütze dann nichts, „abzuhauen“. Trittin – dem im Falle eines rot-grünen Wahlsieges im Herbst 2013 ernsthafte Chancen eingeräumt werden, Finanzminister zu werden – will also nicht nur kräftig Steuern erhöhen, er will diese sogar rückwirkend eintreiben. So fragwürdig das Vorhaben auf den ersten Blick auch aussieht, die Chancen Trittins, für ein derartiges Vorhaben selbst vor dem Bundesverfassungsgericht auch noch den juristischen Segen zu bekommen, sind nicht einmal schlecht. Zwar gilt im Rechtsstaat ein Rückwirkungsverbot, allerdings wurden einige Hintertüren offengelassen, etwa für den Fall „zwingender Gründe des Gemeinwohls“.

Wahrscheinlicher ist ein Scheitern des potenziellen Bundesfinanzministers Trittin bei einem anderen Vorhaben, nämlich beim Versuch, in Europa einen einheitlichen Körperschaftsteuersatz für Unternehmen durchzusetzten. Dafür, dass die Pläne der Grünen für eine europaweite Regelung nicht Realität werden, dürfte nicht zuletzt der „Vorzeigeeuropäer“ Jean-Claude Juncker sorgen. Es war EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta, der im Interview mit der „Wirtschaftswoche“ ein wenig aus dem Nähkästchen des Steuerdumpings innerhalb der EU plauderte: „Luxemburg und Österreich blockieren leider seit Jahren unsere Bemühungen für mehr steuerliche Transparenz und Kontrollen“, so Semeta. Was dem litauischen EU-Kommissar

> Euro-Gruppenchef Juncker spielt ein falsches Spiel

besonders aufstößt ist die Doppelhaltung des Luxemburgers Juncker. Als Ministerpräsident des Herzogtums setzt er auf Steuerdumping zu Lasten der übrigen EU-Länder, als Euro-Gruppenchef wiederum gibt er den Vorzeigeeuropäer, der nicht müde wird, vor allem von Deutschland europäische Solidarität etwa in Form von Euro-Bonds einzufordern. „Das ist etwas, was ich nicht verstehen kann. Jede Verbesserung der Steuereinnahmen in den Krisenländern würde deren wirtschaftliche Lage entspannen. Deshalb denke ich, dass der Vorsitzende der Euro-Gruppe, zusammen mit allen Finanzministern, helfen sollte, unsere Politik für mehr Steuerehrlichkeit und -gerechtigkeit zu fördern“, so Steuerkommissar Semeta. Einen Hinweis, warum sich ausgerechnet Juncker so vehement für immer neue Rettungsversuche beim Euro einsetzt, lieferte Werner Sinn vom Münchner Ifo-Institut: „Luxemburg ist wie ein Containerschiff bis zum Himmel mit Containern beladen. Bei der kleinsten Welle kippt es um“, so der anschauliche Vergleich Sinns mit Blick auf die Staats- und Bankenschulden Luxemburgs. Nicht zuletzt durch die zahlreichen Banken, die mit Niedrigsteuern ins kleine Herzogtum geholt wurden, entfielen Ende 2011 auf jeden Luxemburger durchschnittlich 1,9 Millionen Euro an Kreditverbindlichkeiten durch Staats- und Bankenschulden – ein Rekordwert in der EU.

Sollte es nicht gelingen, den Zusammenbruch von Banken und Krisen-Staaten innerhalb der Euro-Zone weiter zu verhindern, steht insbesondere Luxemburg mit seinem überproportional großen Bankensektor eine schwarze Zukunft bevor. Noch pikanter wird die Rolle Junckers, der als Chef der Euro-Gruppe gern Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau einfordert, mit Blick auf die versteckten Staatsschulden, die Luxemburg inzwischen angehäuft hat. Nach einer Untersuchungen der „Stiftung Marktwirtschaft“ lastet auf Luxemburg – etwa durch künftigen Rentenverpflichtungen – ein impliziter Schuldenberg von 1100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – unter den zwölf Gründungsmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft liegt Luxemburg damit an vorletzter Stelle.

Hermann Müller



Sind sich einig, mit offenen Händen vom Steuerzahler zu nehmen: Peer Steinbrück und Jürgen Trittin Bild: ddp

KURZ NOTIERT

Euro-Zone immer unwichtiger: Die Länder der Euro-Zone verlieren immer mehr an Bedeutung für den deutschen Export. In den ersten neun Monaten dieses Jahres gingen nur noch 37,6 Prozent der deutschen Ausfuhren in andere Euro-Länder. Im Vorjahr lag deren Anteil noch bei 39,7 und vor Ausbruch der Schuldenkrise bei 42,8 Prozent. Mitte der 90er Jahre, also vor Einführung der Einheitswährung, gingen gar rund 46 Prozent der deutschen Ausfuhren in Länder, die später den Euro einführten. *H.H.*

Fast ein Drittel Schattenwirtschaft: Im EU-Mitglied Bulgarien werden dieses Jahr 32,3 Prozent des Bruttosozialproduktes in der Schattenwirtschaft erwirtschaftet. Mindestens ein Viertel macht die Schattenwirtschaft in manchen EU-Ländern aus: in Rumänien (29,6 Prozent), Litauen (29), Estland (28,6), Lettland (26,5) Zypern (26), Malta (25,8) und in Polen mit 25 Prozent. Griechenland liegt mit 24,3 Prozent knapp darunter. In Deutschland beträgt der Anteil 13,5 Prozent. *M.R.*

Neues Verfahren zur Kohlendioxid-Abscheidung: In einer Versuchsanlage erforscht das Institut für Energiesysteme und Energietechnik der TU Darmstadt neuartige Verfahren zur CO2-Abscheidung. Sie sollen bei äußerst geringem Energieaufwand und geringen Kosten CO2-Emissionen fast vollständig vermeiden. Bei der Verbrennung fossiler Energieträger entstehen große Mengen an Kohlendioxid. Eine Schlüsseltechnologie für emissionsärmere und umweltfreundlichere Kraftwerke ist daher die Abscheidung und Weiterverwendung des Kohlendioxids aus Kraftwerksabgasen. Bei dem Versuchsverfahren, das man in mittlerweile über 1000 Betriebsstunden untersucht hat, wurden über 90 Prozent des Kohlendioxids abgeschieden. Gleichzeitig konnten die bisher zur CO2-Abscheidung nötige Energie sowie die Kosten auf weniger als die Hälfte reduziert werden. *J.H.*

Chance für deutsche Unternehmen

Der Wachstumsmarkt Brasilien bietet Industrie vielfältige Möglichkeiten

Brasilien gilt als wichtiger Wachstumsmarkt für die deutsche Industrie, mit Potenzial zum Ausbau, auch wenn deutsche Politiker einen Bogen um das Land machen. Gegenwärtig arbeiten laut dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) bereits 1200 deutsche Unternehmen in Brasilien. Ihr Beitrag an der industriellen Wertschöpfung in der größten Volkswirtschaft Lateinamerikas liegt bei über zehn Prozent.

Bei allen Ungleichgewichten, die in einem so riesigen Schwellenland normal sind, ist Brasilien eine stabile Demokratie, ein Rechtsstaat und hat einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung hinter sich, der sich mit Wachstumsraten von vier bis fünf Prozent fortsetzen wird. Grund hierfür ist ein Binnenmarkt, der auf Grund steigender Beschäftigungsraten und von Sozialprogrammen langfristig wachsen wird. Für eine kontinuierliche Steigerung durch Konjunkturprogramme sorgt nach wie vor die Regierung. Die Entwicklung der letzten 20 Jahre hat in Brasilien die sechstgrößte Wirtschaft der Welt, und eine dynamische, friedliche Sozialentwicklung geschaffen. Alles spricht dafür, dass dies so weiter geht. Die brasilianische Wirtschaft hat, als sie sich von der Finanzkrise 2008/2009 erholte, ein starkes Wachstum erlebt. Dieses hat sich 2011 auf 2,7 Prozent deutlich verlangsamt.

Mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie zu steigern, hat die Regierung Maßnahmen ergriffen – von steuerlichen Anreizen bis hin zu einem größeren Angebot subventionierter Kredite. Außerdem griff sie begleitend zu protektionistischen Maßnahmen wie der Erhöhung der Steuer auf Importprodukte sowie zu größeren Interventionen auf dem Währungsmarkt, um die Attraktivität von Importprodukten zu drosseln. Verbunden mit der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Tatsache, dass die realen Arbeitseinkommen hoch bleiben, tragen die Regierungsmaßnahmen dazu bei, im Gesamtjahr 2012 den Binnenkonsum auf hohem Niveau zu halten. „Mit großer Sorge sehen wir den zunehmenden Protektionismus in Südamerika – auch in Brasilien. Handelshemmnisse sind ein Irrweg“, sagte BDI-Präsident Hans-Peter Keitel zur Eröffnung der 30. Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage im Juli. „Wir wollen eine starke Industrie in Brasilien“, unterstrich Keitel. Dabei wird sich Deutschland als Partner engagieren. „Unsere Unternehmen werden ihr Engagement in Brasilien in den kommenden Jahren stark ausbauen“, kündigte der BDI-Präsident an. Gefragt ist deutsches Know-how laut BDI vor allem beim dringend benötigten Ausbau der Infrastruktur für den Verkehr und die Energieversorgung sowie im Gesundheitssektor. Trotz des niedrigen Wirtschaftswachstums im Vorjahr gehörte Brasilien zu den Haupt-Zielländern für ausländische Direktinvestitionen.

> Das Land ist Demokratie und Rechtsstaat

Vor allem der brasilianische IT-Markt birgt Chancen und Herausforderungen. Es ist ein riesiger Markt voller neuer Möglichkeiten mit acht bis zehn Prozent Wachstum pro Jahr. Im IT-Bereich sind ungefähr 30000 Positionen unbesetzt. Universitäten kommen kaum mit der steigenden Anfrage nach. Der IT-Sektor benötigt bis 2020 rund 750000 neue Mitarbeiter und wird zunehmend auch für ausländische Arbeitnehmer interessant. Neue Technologien und Trends erleben eine hohe Akzeptanz in Brasilien. Es gibt günstige Rahmenbedingungen für weitere deutsch-brasilianische Kooperationen der IT-Wirtschaft. Dazu gehören der Ausbau der brasilianischen Infrastruktur im Telekommunikations-, Verkehrs- und Energiesektor sowie die starken wirtschaftlichen Impulse durch die sportlichen Großveranstaltungen, wie der Fußball-WM 2014 und der Olympischen Spiele 2016.

War die deutsche Wirtschaft bislang vor allem in Sao Paulo und im Süden Brasiliens stark vertreten, geraten jetzt auch andere Landesteile in den Blickpunkt. Voraussichtlich Anfang November eröffnet die IHK São Paulo ein Büro in Recife im Nordosten Brasilien. Südlich von Recife, in Suape, entsteht der effizienteste Hafen des Landes mit einer neuen Großraffinerie und einer boomenden Industrieregion. Interessant ist Suape besonders für Unternehmen der Metallverarbeitung, weil Zulieferer der Werften, der Wind- und Solarenergiefirmen, des Petrochemieparks sowie der Raffinerie fehlen.

Bodo Bost

Geplatzter Traum

Weniger Schiefergas in Polen als behauptet

Polen als das „Kuwait Europas“ und „Erdgasreserven für Jahrzehnte“. So sehen die Schlagzeilen aus, die angesichts der Vermutung riesiger Mengen an Erdgas in Schiefergestein in Polen schon seit längerem durch die Presse geistern. Doch die Rohstoff-Euphorie erhält inzwischen erste Dämpfer. Bereits im Sommer gab der US-Energiekonzern Exxon seinen Rückzug aus dem Schiefergas-Geschäft in Polen bekannt. Man habe zwar Erdgas gefunden, allerdings nicht in kommerziell interessanten Mengen, so die Begründung. Deutlich runtergeschraubt sind inzwischen auch die Erwartungen beim Staatlichen Geologische Institut (PIG) Polens. Wurden bisher die polnischen Vorkommen von der amerikanischen Energy Information Administration (EIA) auf 5,3 Billionen Kubikmetern geschätzt, so geht das polnische Institut nur noch von zwei Billionen Kubikmetern aus. Förderbar sollen obendrein auch nur 350 bis 770 Milliarden Kubikmeter Erdgas sein. Sollte der frühere polnische Ministerpräsident Wlodzimierz Cimoszewicz mit seiner Vermutung recht behalten, dann ist allerdings selbst diese abgespeckte Prognose noch zu hoch gegriffen: „Ich fürchte, es könnte eine gigantische Sensation, einen Skandal geben“, so Cimoszewicz. Es könne sein, dass es fast gar kein Schiefergas in Polen gebe.

> Schuld ist ein simpler Kommafehler

Verblüffend ist die Begründung, die Cimoszewicz für seine pessimistische Einschätzung liefert: Ein simpler Kommafehler könnte Ursache dafür sein, dass sich Polen über Jahre als kommender Erdgas-Gigant Europas gesehen hat. Der Ex-Ministerpräsident beruft sich auf Erkenntnisse des Geologieprofessors Krzysztof Szamalek von der Universität Warschau. Ihm zufolge basieren die Schätzungen zu den Schiefergasvorkommen noch auf Probebohrungen aus der Zeit der Volksrepublik Polen. Bei der Dokumentation der damaligen Ergebnisse sei schlicht und ergreifend ein Schreibfehler passiert, so dass die Ressourcen in Polen wohl nur ein Zehntel des bisher geschätzten Wertes betrügen, so der Warschauer Professor. *N.H.*

Dreiste Folgen

Von Melinda Heitmann

Dank unermüdlichen Einsatzes und scheinbar nie enden wollender Diskussionsbegeisterung haben uns die Klimaschützer mit den Grünen an der Spitze ein schlechtes Gewissen beschert, was letztendlich zum Atomausstieg, dem Boom von unverhältnismäßig teuren Bioprodukten und Energiesparmaßnahmen führte. Ob man sein Geld für Bioprodukte ausgeben will, ist natürlich die private Entscheidung des Einzelnen. Vor der Energiewende hingegen kommt jetzt niemand davon, ob man sich nun dafür oder dagegen ausgesprochen hat. Die Stromkonzerne haben ihre durch die Privatisierung ohnehin schon gefährlich große Macht walten lassen und kurzerhand den Elan der Bevölkerung für sich genutzt. Und sobald es jetzt ans Praktische geht beim Klimaschutz und wir die teuren Folgen des lang umstrittenen Atomausstiegs bekommen, sind die Überzeugung und das Gutmenschgetue plötzlich etwas verflogen. Wer nämlich blechen muss, ist der Bürger. Denn Strom braucht jeder. Auch hartgesottene Klimaschützer. So hinterlistig und dreist solch eine Preiserhöhung sein mag – haben wir wirklich geglaubt, von einer Energiewende profitierten bloß das Klima und die Umwelt?

Wait and see?

Von Manuel Ruoff

Zumindest wenn wir unseren westlichen Medien folgen, scheint einiges dafür zu sprechen, dass Mohammed Mursis Verfassungserklärung, mit der er sich der Kontrolle anderer Staatsorgane entzieht, der Beginn einer Diktatur ist oder zumindest der Versuch dazu.

Andererseits sollte man vor einem vorschnellen Urteil bedenken, dass der ägyptische Präsident demokratisch legitimiert ist, was man von den Staatsorganen, auf dessen Kosten er jetzt seine Macht erweitert hat, nicht so ohne Weiteres behaupten kann. Doch kann man nach einer Revolution erwarten, dass ein aus diesem Umbruch hervorgegangenes Staatsorgan sich Fesseln von Staatsorganen anlegen lässt, die noch aus der überwundenen Diktatur stammen? Das wird man wohl von keinem Revolutionär erwarten können, nicht einmal von dem demokratischsten.

Mursis Legitimation für seine Machterweiterung endet in dem Moment, wo auch die anderen, nun entmachteten Staatsorgane demokratisch legitimiert sind. Und in der Tat hat Mursi seine Sonderrechte ja auch bis zum Inkrafttreten einer neuen, aus der Revolution hervorgegangenen Verfassung befristet. Dann wird sich zeigen, ob Mursi nur die Reste der Mubarak-Diktatur überwinden oder sich wirklich zum Alleinherrscher aufschwingen will. Insofern könnte man sagen: Wait and see – Abwarten und Tee trinken.

Sollte sich dann aber tatsächlich herausstellen, dass Mursi sich grundsätzlich keiner Kontrolle unterwerfen will, könnte es andererseits für Widerstand vielleicht schon zu spät sein.

Der Lüge keine Chance

Von Jan Heitmann

Was den deutschen Steuerzahlern von der Politik in Sachen „Euro-Rettung“ vorgesetzt wird, spottet mittlerweile jeder Beschreibung. Nicht nur, dass ungeniert gegen Verfassung, Gesetze und europäisches Recht verstoßen wird, wir werden auch noch für dumm verkauft. Frei nach dem von Euro-Gruppenchef Jean Claude Juncker ausgegebenen Motto: „Wenn es ernst wird, muss man eben lügen“. Und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sekundiert ihm bei dieser Ungeheuerlichkeit auch noch.

Die Lüge darf jedoch nicht gleichberechtigt neben der Wahrheit stehen. Es ist die Aufgabe seriöser Medien, das eine vom anderen zu unterscheiden und deutlich zu benennen. Denn nur dort, wo öffentliche Kritik und Kontrolle möglich sind und geübt werden, wo gegensätzliche Überzeugungen, Meinungen und Interessen sich öffentlich äußern, ist Demokratie möglich. Kritik und Kontrolle setzen jedoch Kenntnis der Personen und Tatsachen voraus. Demokratie kann somit nur dort herrschen, wo die Quellen der Information jedermann uneingeschränkt und unverfälscht zugänglich sind, wo es dem Staatsbürger möglich ist, sich zwischen verschiedenen Meinungen und Überzeugungen frei zu entscheiden. Die Publizistik, die diesen Grundsätzen dient, garantiert das Funktionieren der Demokratie, wie diese wiederum das Funktionieren der Publizistik als „Gewissen der Macht“ garantiert. In den Pressegesetzen der Bundesländer heißt es dazu: „Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe insbesondere dadurch, dass sie Nachrichten beschafft, verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt und in anderer Weise an der Meinungsbildung mitwirkt oder der Bildung dient.“

Medien müssen wahrheitsgemäß und kritisch berichten

Somit liegt die – allerdings nur sehr selten – an der *PAZ* geübte Kritik, sie berichte zu kritisch und sehe nur das Negative, neben der Sache. Als unabhängige Zeitung, die für sich in Anspruch nimmt, „Klartext für Deutschland“ zu schreiben, fühlt sich die *PAZ* den genannten journalistischen Grundsätzen in besonderer Weise verpflichtet. Wir machen keine Politik, sondern wir berichten darüber. So, wie sie ist. Dabei nehmen wir unseren Auftrag ernst, unsere Leser kompetent und unverfälscht über die Geschehnisse zu informieren. Die Verbreitung der Lüge, das Verschweigen, die Bagatellisierung von Missständen und das Schönreden dürfen dabei keinen Platz haben. Alles andere wäre eine Manipulation der Wahrheit, der sich andere Medien schon zur Genüge schuldig machen.

Die Medien spielen in der modernen Informationsgesellschaft eine zentralere Rolle denn je. Nachrichten erreichen uns heute in Echtzeit an jedem Ort der Welt. Durch die stark zunehmende Vernetzung von Informationsinhalten im Internet stellt sich der Nutzer sein eigenes Informationsportfolio zusammen. Leitmedien verlieren damit an Bedeutung. Umso mehr hat die *PAZ* als Wochenzeitung keine Chronistenpflicht zu erfüllen, sondern die Dinge gewissenhaft zu wägen, zu hinterfragen, zu analysieren und zu kommentieren. Wer etwas anderes von ihr erwartet, hat ihre Rolle und Bedeutung in der deutschen Medienlandschaft nicht verstanden.



So muss es sein: Nur eine Zeitung, die wahrheitsgemäß und kritisch berichtet, zieht die Leser in ihren Bann und hat ihre Existenzberechtigung

Bild: getty

Moment mal!



Was nun, Israel? – Gaza und kein Ende!

Von Klaus Rainer Röhl

Die Bombenangriffe auf Gaza und die Raketenangriffe auf israelische Siedlungen sind vorerst eingestellt. Die Waffenruhe, für die der ägyptische Präsident Mohammed Mursi in Verhandlungen mit den Amerikanern gesorgt hat, hält. Solange Mursi es will. Nichts wird nach dem kurzen, unerklärten Krieg mehr so sein wie vorher. Auch das Vorher war so schon schlimm genug für Israel, diesen hochindustrialisierten Streifen Land zwischen Meer und arabischen Nachbarstaaten, am Leben erhalten nur durch massive Hilfe der USA und mehr oder weniger halbherziger Unterstützung durch die Länder der Europäischen Union.

Aber nun? Was nun, Israel? Was nun, nachdem der neue ägyptische Präsident Mursi, der ideologisch und auch tatsächlich von den gleichen Muslimbrüdern herkommt wie die den Gazastreifen beherrschende Hamas – beide übrigens durch freie Wahlen an die Macht gekommen – in der letzten Woche mit einem Bündel neuer Dekrete und Verordnungen überraschte, die darauf hinausliefen, sich zum Alleinherrscher Ägyptens, zu einer Art neuem Pharao auszurufen: „Alle Verfassungserklärungen, Entscheidungen und Gesetze, die der Präsident erlässt, sind abschließend und können nicht angefochten werden.“ Deutlicher geht es nicht. Allerdings soll dieses Sonderrecht nur bis Mitte 2013 gelten, bis eine neue Verfassung verabschiedet ist und ein neues Parlament gewählt wird. Ein Staatsstreich auf Zeit? Welches Ermächtigungsgesetz kam nicht als vorläufig daher? Was es mit der Verfassungsänderung auf sich hat, wissen die Vertreter praktisch aller säkularer Parteien, der Gewerkschaften und Kirchen in der verfassunggebenden Versammlung ziemlich genau.

Mursi ruft sich zum Alleinherrscher, zum neuen Pharao aus

Sie protestieren vor allem gegen den Artikel 2 der neuen Verfassung, in der die Scharia als Grundlage des ägyptischen Rechtssystems festgeschrieben werden soll. Das von Islamisten dominierte Plenum bekommt jetzt endgültig freie Hand durch Mursis Dekrete, die vor allem das Verfassungsgericht ausgeschaltet haben, das allein die endgültige Machtübernahme der Muslimbrüder verhindern könnte. Mit Mursi zur Herrschaft der Scharia.

Mit ihm, dessen Sympathien klar auf Seiten seiner muslimischen Brüder im Gazastreifen sind, muss Israel in Zukunft leben. Es wird eng für Israel nach dem kurzen Krieg der letzten Woche. Kriegszustand herrscht seit vielen Jahren im Nahen Osten. Krieg heißt dort immer Krieg gegen Frauen und Kinder. Palästinensische Qassam-Raketen, von westlichen Nachrichtenagenturen der Einfachheit halber meistens Kassam-Raketen genannt (nach einem Partisanenführer der ersten Stunde), die jahrelang in versteckten Werkstätten in Heimarbeit mit primitiven Mitteln hergestellt, aber weder in großer Anzahl produziert werden konnten noch in der Lage waren, Ziele in Israel zu treffen. In der letzten Woche wurden sie zum ersten Mal massenhaft auf Israel abgeschossen – als Reaktion auf die Tötung eines Militärbefehlshabers der Hamas durch israelische Drohnen. Zwar wurden fast alle Raketen in Israel von dem vorzüglichen Boden-Luft-Abwehrsystem „Eiserne Kuppel“ in der Luft zerstört, aber einige Geschosse schlugen sogar in der Nähe von Tel Aviv und Jerusalem ein. Jedenfalls gab es eine Woche lang Fliegeralarm und einen Toten. Die Reaktion: Am selben Abend starten israelische Kampfflugzeuge nach Gaza (die Entfernung dorthin beträgt nur Minuten, die meiste Zeit geht für die Vorbereitung der Luft-Boden-Raketen drauf), zerstören einen verdächtigen Wohnblock, den Fernsehsender von Gaza, das Haus der Presse, legen andere sorgfältig ausgewählte militärische Ziele in Schutt und Asche. Die betroffenen Teile der Stadt sehen aus wie Köln oder Hamburg nach einem alliierten Terrorangriff im Zweiten Weltkrieg. 1500 Tote und entsprechend viele Schwerverletzte, darunter, wie immer, Frauen und Kinder. Dutzende Tote, Kinderleichen, Blutlachen, in Großaufnahme gefilmt, Trauerklagen, geballte Fäuste. Von einer bestimmten Zahl von Toten an bringen die westlichen Fernsehsender alles. Wenn es nur Verletzte gibt, nicht unbedingt.

Seit eine der islamistischen Parteien der Palästinenser, die Hamas, selber als Sieger in Gaza regiert, weiß niemand mehr, wie es weitergehen soll. Auch die Europäische Union muss passen, jedenfalls bis zur nächsten israelischen Wahl. Die aber ist im Januar 2013.

Unsere stets dauerengagierten Journalisten, die linksliberalen von der „Süddeutschen“ und der „Zeit“, die linken Chaoten von der „taz“ und die ganz linken vom „Neuen Deutschland“ und der „Jungen Welt“ und die eher ein bisschen Rechten von der „FAZ“, wollen sich hier im Nahen Osten ungern engagieren, keiner möchte sich da die Finger verbrennen – Partei ergreifen. Das hat Gründe. Alle betonen (mit besonderem Nachdruck „gerade wir als Deutsche“) das Existenzrecht Israels. Aber wie ist es mit dem Existenzrecht der Palästinenser? Wer will die gezielten Zerstörungen in Gaza-Stadt, die 1500 Toten rechtfertigen? Also redet man um den heißen Brei herum, redet von Tragödien und furchtbarem Schicksal, statt von der Sache zu reden.

Beide Völker müssen das Recht haben, in zwei Staaten zu leben

Das fängt damit an, dass niemand offen ausspricht, dass die Palästinenser Heimatvertriebene sind, die nach drei großen, von der arabischen Seite angefangenen und verlorenen Kriegen gegen Israel fast ihr ganzes Land an den Staat der Juden verloren haben. Das, was sie jetzt noch ihr Land nennen, sind mehr oder weniger unfruchtbare Landstriche und Flüchtlingslager, die zu großen Betonstädten ausgewuchert sind. Kleine Ortschaften und Städtchen, die noch die alten biblischen Namen tragen, sind oft genug durch israelische Siedlungen, Industrieanlagen, moderne Tierfarmen und Gewächshäuser unterbrochen. Die Palästinenser, immerhin die früheren Bewohner des Landes, haben nie Gelegenheit bekommen, sich wie unsere Ostpreußen, Pommern oder Sudetendeutschen irgendwo zu integrieren. Warum spricht niemand in unserer so „vielfältigen“ Presselandschaft darüber? Die acht Meter hohe Sperr-Mauer um sämtliche der 36 großen und unzähligen kleinen Siedlungen herumzuführen, bedeutet, dass das geplante selbstständige Palästina in unzählige kleine und kleinste Einzelteile zerstückelt wird, ein von allen Ländern der EU und mehrheitlich von der Uno bereits als unerträglich bezeichneter Zustand.

Angesichts der Änderung des Kräfteverhältnisses im Nahen Osten wird es Zeit, das Verhältnis zwischen Deutschen und Israelis gründlich zu überdenken. Bauen wir den Schutz-Zaun um Israel ab, den wir alle nach 1945 aus achtenswerten Gründen, erschüttert über die jüdischen Opfer der Hitlerdiktatur, errichtet haben und der heute oft nur noch aus gedankenlosem Prosemitismus aufrechterhalten wird. Behandeln wir Israel endlich als das, was es am liebsten sein möchte, als ein normales Land. Einen der wichtigsten Partner Europas. Und als Partner sagen wir ihnen ganz unverblümt die Wahrheit: Israel ist die offene Flanke des Westens gegen den militanten Islamismus, unserem gemeinsamen Gegner. Und ihm nützt die israelische Besatzungspolitik in dem eroberten Land. Sagen wir es rundheraus, dass es auf dem Boden des biblischen Landes heute zwei Völker gibt, die das Recht haben müssen, in zwei Staaten zu leben. Wie es die Vollversammlung der Vereinten Nationen 1947 beschlossen hat.

Singsang boxt sich durch

Erst Film, jetzt Musical: Die Aufführung von »Rocky« zeigt, dass die boomende Musicalindustrie vor nichts haltmacht

Bevor eine Musical-Großproduktion nach Deutschland kommt, muss sie entweder in New York oder London erfolgreich gelaufen sein. Das war so bei „Cats“, „Evita“ oder „Starlight Express“. Mit dem elf Millionen Euro teuren Boxerdrama „Rocky“ ist es andersherum: Es soll sich von Hamburg aus weltweit durchboxen.

Die beiden Boxweltmeister Vitali und Wladimir Klitschko streckten die Hände wie zum Sieg in die Höhe, als hätten sie gerade einen Kampf gewonnen. Dabei waren sie nur Zuschauer eines Bühnenkampfes, an dem sie gemeinsam mit Filmstar Sylvester Stallone als Koproduzenten beteiligt sind. Das Musical „Rocky“, das auf Stallones Oscar-prämiertem Kinofilm von 1976 basiert, landete im Hamburger Operettenhaus einen Punktsieg. Dem stimmten hinterher selbst die vielen Musical-müden Kritiker zu.

Die fabrikmäßig geplanten Musicals, die ein breitgefächertes Publikum ansprechen sollen, sind nicht jedermanns Geschmack. Der Markt scheint gesättigt. Vor „Rocky“ quälte sich „Sister Act“ zwei Jahre lang durchs Operettenhaus. Aktuell laufen in der Hansestadt mit „König der Löwen“ und „Tarzan“ zwei weitere Mega-Produktionen schon seit Jahren.

„Rocky“ will das übertreffen. Und die Vorzeichen stehen gut. Mit den Klitschko-Brüdern und Stallone hat die federführende „Stage Entertainment“ im Vorfeld drei prominente Zugpferde vor den Werbekarren gespannt. Bei einem WM-Kampf Wladimir Klitschkos stieg Stallone mit in den Boxring und konnte so vor einem Millionen-Fernseh-Publikum kostenlose Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Bislang ging die Rechnung auf, sind doch bis Januar alle Vorstellungen ausverkauft.

Damit sich die Herstellungskosten von elf Millionen Euro einspielen, muss das Musical aber mindestens 13 Monate lang vor ausverkauften Rängen laufen. Die Gefahr, dass die Zuschauer von einem schwitzenden und mit Kunstblut befleckten Boxer abgeschreckt sein könnten, entschärften die Macher mit dem Hinweis, dass es sich in erster Linie um eine Liebesgeschichte handele. Der Mix aus brutaler Aufsteiger-Saga und seichter Romanze hat ja auch Stallone mit seinem Kinofilm, dem fünf Fortsetzungen folgten, aus dem Nichts heraus zum vielfachen Millionär gemacht.

Und noch ein anderes Erfolg anziehendes Pfund hat man in der Tasche: Hamburg selbst. Denn nach New York und London ist die Hansestadt die drittgrößte Musicalmetropole weltweit. Jährlich schauen sich hier zwei Millionen Menschen ein Musical an, mindestens 1,7 Millionen kommen von auswärts angereist und übernachten in der Stadt. Wenn jeder rund 250 Euro allein für Ticket und Hotelkosten ausgibt, kommen dabei insgesamt eine halbe Milliarde Euro heraus. Ein Riesengeschäft für Musicalbetreiber und Hotellerie. Und nebenbei profitieren auch andere Theater, Museen und Geschäftsinhaber von diesem Ansturm auf die Shows. Denn oft kommt man gruppenweise aus allen Ecken Deutschlands angereist und nutzt den Aufenthalt in der Stadt zu weiteren kulturellen Besuchen. Laut einer Studie der Hamburg Touristik wird das Bild der Kulturstadt Hamburg bei 30 Prozent der Befragten von den Musicals geprägt, erst dann folgt der Hafen mit 22 Prozent.



Liebesaffäre im Ring: Im Hamburger „Rocky“-Musical gibt Wietske van Tongeren als Mauerblümchen Adrian ihrem Boxhelden (Drew Sarich) entscheidende Motivationshilfe Bild: Philipp Guelland/dapd

Das Afrika-Epos „König der Löwen“, das seit genau elf Jahren in einem zeltähnlichen Theater an der Elbe läuft und inzwischen mehr als acht Millionen Besucher angezogen hat, verbindet beide Attraktionen: Musical und Hafen. Denn wer sich das Stück ansehen will, muss sich mit einer Hafenfähre ans gegenüberliegende Ufer übersetzen lassen. 2014 soll direkt daneben eine neue Bühne entstehen. Und mit einem weiteren Theater, das an den Großmarkthallen am Hafen geplant ist, bietet die Stadt zukünftig fünf große Musicalhäuser auf.

Daneben locken auch die kleineren Bühnen wie der Delphi-Showpalast, das St. Pauli-Theater, das Schmidts sowie Schmidts Tivoli das Publikum mit seichtem Musiktheater an. Bei Hamburgern ein Hit ist „Heiße Ecke“, ein ironisch-verkitschtes Stück über die Reeperbahn, das seit 2003 als Repertoire-Stück im Wechsel mit anderen Werken im Schmidt-Theater zu sehen ist.

Mit der Zielgruppe eines vorwiegend auswärtigen Publikums läuft „Rocky“ wie auch „König der Löwen“ im Hafen oder „Tarzan“ im Theater Neue Flora en suite, das heißt ununterbrochen mit bis zu sieben Tagen in der Woche und zusätzlichen Nachmittagsvorstellungen zur Weihnachtszeit. Eine unglaubliche Belastung für die gesamte Crew, die nur durch knallhartes Unternehmensmanagement möglich ist, bei dem das Künstlerische meistens auf der Strecke bleibt.

Wer sich heute „Rocky“ ansieht, erlebt eigentlich nur einen Premieren-Klon mit anderen Darstellern. In dieser Musical-Industrie muss pro Abend für jede Rolle eine Zweitbesetzung verfügbar sein. Für Hauptrollen werden regelmäßig neue Darsteller angelernt. Wer einen Vertrag erhält, hat das große Los gezogen und bezieht über längere Zeit ein regelmäßiges Einkommen, was bei Schauspielern selten der Fall ist. Doch kein Sänger ist in der Lage, über Jahre hinweg dieselbe Partie zu mimen. Es wäre zu strapaziös. Ständig werden weltweit neue Sänger gecastet, die meisten kommen aus den USA, nur wenige sind Deutsche. Der gegenwärtige „Rocky“-Darsteller Drew Sarich stammt aus dem US-Staat Missouri, seine Partnerin Wietske van Tongeren ist Holländerin.

In einem Crash-Kurs müssen die internationalen Darsteller Deutsch lernen. Entsprechend akzentbelastet klingen die deutschen Lied- und Sprechtexte, und nur wenn man sich wie bei der originalen Filmmusik „Eye of the Tiger“ auf Englisch austoben darf, reißt es alle aus den Sitzen.

Dass ein Musical meist nur um einen Ohrwurm herum zum Erfolg wird, hat Tradition. Bei dem britischen Komponisten Andrew Lloyd Webber, der mit „Cats“ 1986 in Hamburg den Musicalboom auslöste, war es nicht anders. Seine Stücke „Cats“ („Memory“), „Evita“ („Don't Cry for Me Argentina“) oder „Phantom der Oper“ (gleichnamiges Lied) haben oft nicht mehr als einen Hit zu bieten.

Wie anders war es zu Zeiten, als das Operettenhaus, in dem jetzt „Rocky“ boxt und davor schon fast 15 Jahre lang die „Cats“ miauten, seinem Namen gerecht wurde. Die Operetten von Strauß, Lehár oder Kálmán strotzten vor Melodien. Doch der Krieg unterbrach diese Tradition und Operetten wurden in den 50er Jahren durch die damals vom Jazz beeinflussten US-Musicals verdrängt. So boxt sich jetzt „Rocky“ durch und nicht Max Schmeling. Ein Musikstück über ihn – das wäre doch mal was. *Harald Tews*

Mit Bibel und Pinsel gemalt

Ungläubig und doch religiös: Münster zeigt Werke von Marc Chagall zum 125. Geburtstag des Maler-Poeten

Gleich drei große Ausstellungen erinnern an den 1887 als Mojscha Segal im weißrussischen Witebsk geborenen expressionistischen Maler Marc Chagall. Die Moskauer Tretjakow-Galerie beschäftigt sich mit seiner „künstlerischen Sprache“, will eigentlich aber den Russen, ihren genialen Landsmann, den sie nur dem Hörensagen nach kennen, erst einmal nahe bringen. Im französischen Roubaix beschäftigt man sich mit Chagalls Träumen, und im Picasso-Museum Münster geht es bis zum 13. Januar 2013 um „Chagall und die Bibel“, was laut Münsteraner Lokalpresse „verspricht, eine der erfolgreichsten Ausstellungen der Museumsgeschichte zu werden“.

„Marc Chagall hat sich mit theologischen Inhalten beschäftigt, war aber kein Theologe, der auch malte“, besagt Münsters gescheites Konzept. Mehr noch: Chagall bezeichnete sich selber als areligiös: „Ich gehe nicht in die Kirche, ich spreche keine Gebete. Meine Arbeit ist mein Gebet!“ Die Bibel war ihm „reine, engagierte Poesie“, auf die ihn in Paris 1911 Ambroise Vollard, der große Förderer der künstlerischen Moderne, verwiesen hatte und die ihn über vier Jahrzehnte nicht mehr losließ. Nicht wenige Kunsthistoriker sprechen hier von seiner „eingeborenen jüdischen Mystik“, was immer das bei dem russisch-französisch-amerikanischen Juden Chagall, der 1978 Ehrenbürger Israels wurde, bedeuten mochte. Die amerikanische Tänzerin Isadora Duncan, die bis zu ihrem Tod 1927 in Russland lebte, zeichnete ein spöttisches Porträt Chagalls, das aber dessen inspiratorisches Zentrum eher im Blick hatte:

„Chagall sieht aus wie ein Barbier aus einem jüdischen Marktkaff. Die Farben seiner Kleidung und seine jüdische ‚Schtetl‘-Romantik überträgt er auf seine Bilder. Er ist in den Bildern kein Europäer, sondern ein Witebsker. Marc Chagall gehört nicht zur ‚kultivierten Welt‘. Er hat es fertiggebracht, in Paris und Petersburg ein Witebsker zu bleiben.“



Chagalls König David von 1951 Bild: VG Bild-Kunst, Bonn 2012

Details kann man in Münster bewundern: Im alten Witebsk „arbeiteten“ über 120 christliche, orthodoxe und jüdische Kirchen, so dass der Witebsker Chagall alltäglich eine „ökumenische Bilderschau“ erlebte und die Symbole und Darstellungen aller Konfessionen in sich aufnahm. Chagalls Judentum war seine Anhänglichkeit an die Witebsker Heimat – seine künstlerische Bildersprache lebte dauerhaft von den Eindrücken seiner Kindheit und Jugend in Witebsk, bis hin zu typischen Witebsker Gauklern, welche die Jakobsleiter empor klettern.

In Münster sind rund 180 Werke Chagalls zu sehen, in Roubaix sogar über 200. Chagall zeichnete eine immense technisch-handwerkliche Vielfalt aus und verwendete viele künstlerische Hilfsmittel: Pinsel, Stift, Tusche, Gouache, Aquarell, Kaltnadel, Ätzplatten, Farblithographie, Keramik und viele weitere. Hinzu kamen die „Eigenheiten“ des Künstlers: keine Bleistiftskizzen vorab, sondern gleich in Farbe ans Werk, Nachkolorierung ungezählter Blätter, eigene Benennung der eigenen Bilder, was damals höchst ungewöhnlich war, in diesem Falle aber Chagalls poetische „Quellen“ verrät. „Le poète“ hieß der Maler-Poet schließlich nicht zufällig bei seinen Pariser Freunden.

Diesem technischen Aspekt widmet Münster viele erklärende Hinweise, noch mehr jedoch Chagalls Kosmos der Themen und Sujets. Ausgenommen Kains Brudermord und den Turmbau zu Babel fehlen kaum ein biblisches Thema und eine Gestalt der Bibel, wobei jüdische und christliche Elemente eine oft kühne Koexistenz offenbaren: Moses, Jesaja, David, die Propheten, Hiob, Kreuzigung und Kreuzesabnahme von Jesus, Exodus samt Anspielung auf das Schiff „Exodus“ von 1948.

> Chagall starb im biblischen Alter

Wenn, wie in Münster betont wurde, Chagall von seinen „theologischen Vorlieben geleitet“ wurde, dann waren diese wahrhaft enzyklopädisch, und wenn er – eigener Einschätzung zufolge – ein „bewusst unbewusster Maler“ war, dann doch ein ungemein sympathischer. Der 1985 im Alter von 97 Jahren an der Côte d'Azur gestorbene Chagall markiert den „Triumph des Herzens“, der anders als Picasso um Selbstinszenierung und Kunstmarkt völlig unbekümmert war. *Wolf Oschlies*

Viel Theater um »Anna Karenina«

Passend zu Weihnachten kommt am 6. Dezember ein Film in die Kinos, der zu Herzen geht. Tolstois Roman-Evergreen „Anna Karenina“ sorgt in der englischen Filmfassung mit Keira Knightley und Jude Law als durchgestylte Theaterinszenierung für reichlich Kulissenprunk und Gefühlschwankungen. Tatsächlich lässt Regisseur Joe Wright, der mit Keira Knightley schon die Film-Hits „Stolz und Vorurteil“ und „Abbitte“ gedreht hatte, das Ehebruchsdrama größtenteils in allen Räumen eines Theaters spielen. Das Konzept funktioniert. Der Makrokosmos der russischen Gesellschaft spiegelt sich in den Theaterrängen wieder: Oben das Adels-, unten das Bauernvolk. Einfallsreich ist es auch, wenn sich plötzlich eine Tür öffnet und eine ballettartig choreographierte Ballszene ohne Kameraschnitt in eine Winterlandschaft überleitet, in der ein Zug durch die Schnee-Kulisse prescht. Für Tempo ist gesorgt.

Das Zugmotiv spielt ja eine tragische Rolle bei „Anna Karenina“ wird hier aber unspektakulärer gelöst, als in der wohl bekanntesten Romanverfilmung von 1935, als sich Greta Garbo auf die Gleise stürzte. Dieser detailversessene Kostümfilm schwankt geschickt zwischen Pomp und Komik und trägt die ideenreiche Handschrift des Regisseurs, die ähnlich aufwendige Hollywood-Epen meist vermissen lassen. *tws*

Flugzeugbau in Warnemünde

Vor 90 Jahren, am 1. Dezember 1922, gründete Ernst Heinkel mit den Ernst Heinkel Flugzeugwerken in Warnemünde eines der größten Flugzeugbauunternehmen des Deutschen Reiches. Noch im Jahr ihrer Gründung wurden sie zum größten Industriebetrieb Mecklenburgs und bauten mit der He 70 „Blitz" das damals schnellste Verkehrsflugzeug der Welt und das erste deutsche Flugzeug mit einziehbarem Fahrwerk zur Verringerung des Luftwiderstandes. Die eigentlich im Auftrag der Lufthansa als schnelles Verkehrsflugzeug gebaute He 111 wurde zum Standardbomber der Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg. Bereits kurz vor dem Krieg, am 27. August 1939, absolvierte die He 178 als weltweit erstes Flugzeug mit Turbinenluftstrahltriebwerk ihren Erstflug. Der Vorsprung in dieser Technologie blieb über den Krieg insofern erhalten, als bei Kriegsende mit dem Turbotriebwerk HeS 011 das weltweit leistungsstärkste von Heinkel stammte.

Nach dem Krieg wurden die Produktionsanlagen in Mecklenburg von den Sowjets demontiert. Ernst Heinkel versuchte in Stuttgart einen Neubeginn. Statt mit Flugzeugturbinen beschäftigte er sich nun mit Zweitaktmotoren. Arm an Kapital begann der Ingenieur mit dem Verkauf von Konstruktionsleistungen beispielsweise für den Saab 93. Der *Konstruktion* von Motoren folgte deren *Bau* und dem *Motoren*bau schließlich die Fertigung ganzer *Fahrzeuge* wie dem Moped „Heinkel-Perle", dem Motorroller „Tourist" und dem Kabinenroller „Heinkel Kabine".

Nach dem Tod Ernst Heinkels im Jahre 1958 kehrte das Unternehmen wieder zu seinen Wurzeln zurück, der Entwicklung und dem Bau von Flugzeugen. Nach dem 1959 begonnenen vergeblichen Versuch, mit Messerschmitt und Bölkow Senkrechtstarter für die Bundeswehr zu bauen, ging das Unternehmen 1964 in den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW) auf. *Manuel Ruoff*

Honecker wollte Leiche Friedrichs II.

Geheimverhandlungen zwischen DDR und Haus Hohenzollern um Umbettung nach Sanssouci

Als im August 1991 Friedrich der Große unweit seines Lieblingsschlosses Sanssouci beigesetzt wurde, schien die deutsche Wiedervereinigung die Möglichkeit geschaffen zu haben, den Monarchen an dem Platz zu beerdigen, den er sich im Testament selbst ausgesucht hatte. Tatsächlich gab es aber bereits seit dem Jahr 1986 geheime Gespräche über die Rückführung des Königssarges zwischen der DDR-Führung und dem Haus Hohenzollern

Details dieser Geheimverhandlungen hat der Historiker Martin Sabrow, Direktor des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF), bei einem Vortrag an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften offengelegt: Angeregt wurden die die Geheimverhandlungen vom DDR-Kulturminister von 1961 bis 1965, Hans Bentzien.

Für ein Vorhaben wie die Rückführung Friedrichs des Großen nach Sanssouci war auf DDR-Seite kaum jemand geeigneter als der Kulturfunktionär Bentzien – ein Sozialist mit einem Faible für Preußen. Bereits im ersten Jahr seiner Amtszeit hatte der DDR-Kulturminister trickreich das Reiterstand Friedrichs des Großens auf dem Berliner Prachtboulevard Unter den Linden vor dem Einschmelzen gerettet. Mit einem gefälschten Schrottschein – so die überlieferte Legende – schnappte er dem damaligen Berliner SED-Chef Paul Verner das Denkmal weg und ließ es nach Potsdam schaffen. Es „überwinterte" dort an einem abgelegenen Standort, bis es im Jahr 1980 wieder an seinen ursprünglichen Standort zurückkehren konnte.


Was nach der kleinen Wiedervereinigung Realität wurde, war zu DDR-Zeiten bereits geplant gewesen: Umbettung Friedrichs des Großen von West- nach Mitteldeutschland auf die Terrasse von Sanssouci Bild: pa

1986 regte Bentzien dann bei DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker die Rückholung der Königssärge nach Potsdam an. Um Honecker das Vorhaben schmackhaft zu machen, nutzte Bentzien nicht nur die inzwischen etwas unverkrampftere Einstellung der DDR-Führung gegenüber Preußen, sondern er agierte auch rhetorisch geschickt. Die Überführung der Särge nach Marburg im Jahr 1945 sei ein Willkürakt der US-Besatzer gewesen, der sich nun revidieren lasse. Honecker biss an: Bentzien erhielt ein Mandat für Verhandlungen mit dem damaligen Chef des Hauses Hohenzollern, Prinz Louis Ferdinand. Bereits hier hätte das Vorhaben allerdings scheitern können. Prinz Louis Ferdinand lehnte zunächst einmal ab. Als die Särge Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms I. im Jahr 1952 auf der Familien-Stammburg in Hechingen bestattet worden waren, hatte der Chef des Hauses Hohenzollern eine klare Vorbedingung für eine Rückführung der Särge nach Potsdam genannt: die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Vorangegangen war eine Odyssee der Königssärge in den Wirren der letzten Kriegsjahre und der Nachkriegszeit. 1943 waren sie aus Angst vor Bombenangriffen zunächst von der Garnisonkirche in einen Bunker der Wehrmacht unweit Potsdams gebracht worden. Beim Herannahen der Roten Armee wurden die Särge dann im März 1945 in ein Kalibergwerk nach Thüringen gebracht, wo sie von der US-Armee erbeutet und nach Marburg gebracht wurden. Erst 1952 wurde die Erlaubnis zur Überführung der Särge zur Hohenzollern-Stammburg erteilt.

Dass die Verhandlungen mit Prinz Louis Ferdinand trotz der 1952 genannten Bedingung überhaupt in Gang kamen, dürfte wiederum dem Gespür Bentziens geschuldet sein. Er appelierte an die Hohenzollernsche Familienehre. Die Überführung würde die Möglichkeit schaffen, den testamentarisch verfügten letzten Willen Friedrichs des Großen zu erfüllen. Schwung in die weiteren Verhandlungen brachte allerdings erst ein Besuch Prinz Louis Ferdinands in Potsdam im Jahr 1987. Der zweitgeborene Sohn des letzten deutschen und preußischen Kronprinzen besuchte unter anderem das Marmorpalais, in dem er am 9. November 1907 geboren wurde. Noch größeren Eindruck hinterlassen zu haben scheint aber der Besuch der Terrasse von Sanssouci. Prinz Louis Ferdinand schien seit diesem Zeitpunkt die Überführung seiner Ahnherren als eine Möglichkeit anzusehen. Wie weit inzwischen Parteichef Honecker Gefallen an der Idee einer Rückführung des Sarges Friedrichs des Großens nach Potsdam gefunden hatte, lässt sich daran sehen, dass ernsthaft überlegt wurde, wie man das in der Weimarer Verfassung der Familie Hohenzollern eingeräumte Wohnrecht auf dem Schloss Cecilienhof in Einklang mit den DDR-Gesetzen bringen könnte. Wie Honeckers Lösung für die vom Chef des Hauses Hohenzollern gemachte Bedingung ausgesehen hätte, ist nicht mehr bekannt. Die Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa fegten nicht nur Honecker hinweg, sondern sie machten auch den Weg für die Rückführung der Königssärge frei. *Norman Hanert*

Wie das Zeitalter der Kernenergie begann

Vor 70 Jahren löste der Physiker Enrico Fermi im Rahmen des Manhattan-Projekts die erste kontrollierte Kettenreaktion aus

Sie gehörte und gehört zu den umstrittensten Themen in der Bundesrepublik Deutschland: die Atomkraft. Heftige Proteste, Demonstrationen und politische Streitereien zur Nachhaltigkeit und der Gefahr eines Atomkrieges ziehen sich durch die Geschichte der Republik. Inzwischen ist die Geburtsstunde der Atomkraft schon 70 Jahre her.

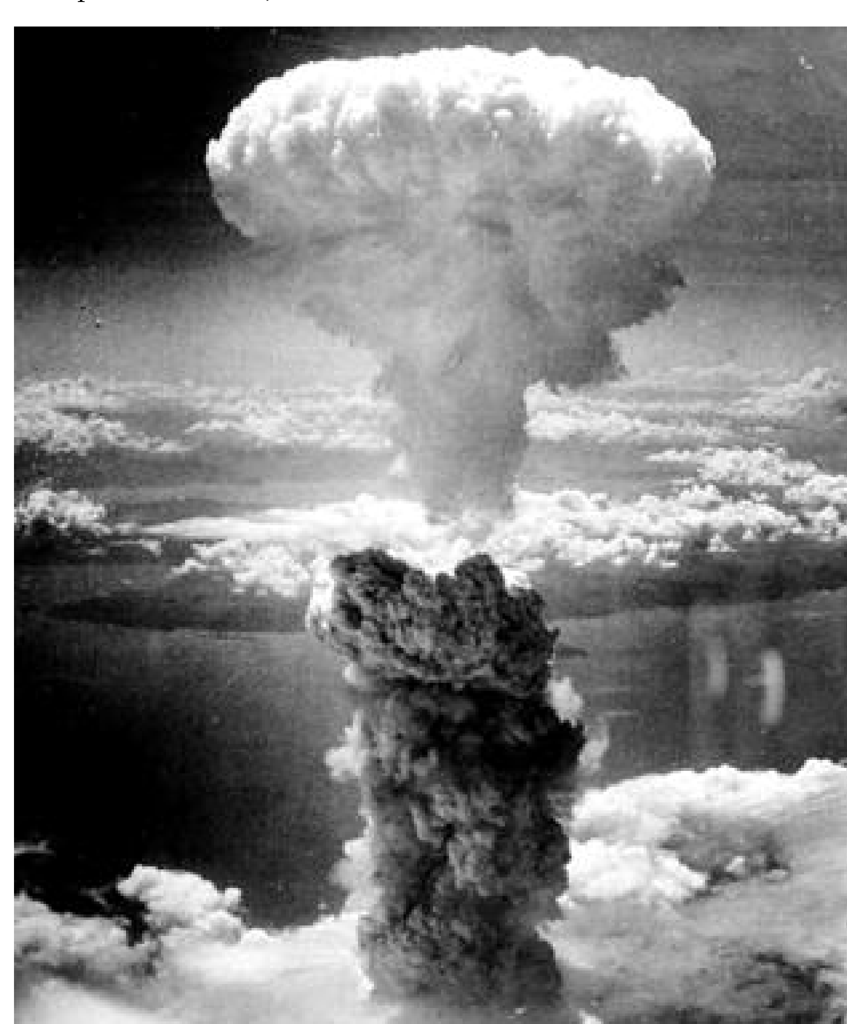
Bei der Entdeckung hat man jedoch nicht unbedingt an die weltweiten Folgen gedacht. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg hatten sich US-amerikanische Wissenschaftler mit dem Gebiet der Kernenergie beschäftigt. Während des Krieges kam dann die Angst auf, das Dritte Reich könne größere Fortschritte machen und gewonnene Erkenntnisse über die Kernenergie für kriegsentscheidende Waffen verwenden. Die eigene Forschung wurde also unter dem Namen „Manhatten-Projekt" intensiviert.

Bereits 1938 war die Kernspaltung von Uran durch Otto Hahn nachgewiesen worden. Auf dieser Feststellung basierend kamen die Wissenschaftler zunächst theoretisch voran. Der Nachweis blieb jedoch der einzige praktische Fortschritt für mehrere Jahre, bis im Sommer 1941 die sehr hohe Explosionskraft des Uranisotops U-235 festgestellt wurde. Die Idee der kontrollierten Kernspaltung und damit einhergehend der Bau einer Atombombe kamen der Realität immer näher. Ein Jahr später rief der Leiter des Manhatten-Projekts, Robert Oppenheimer, den „Forschungssommer" an der University of California in Berkely ins Leben, in dem sich die wichtigsten Wissenschaftler auf über Wochen andauernden Konferenzen mit den jüngsten Erkenntnissen befassten und das manuelle Starten einer Kettenreaktion zur Basis für die Kontrolle über die Kernspaltung erklärten. Diese war zu jenem Zeitpunkt noch nicht gelungen.

Kurz zuvor fand im Juni 1942 eine formelle Änderung des Atomenergieprojekts in ein Nuklearwaffenprojekt unter der militärischen Leitung Leslie Graves' statt. Damit dienten die Arbeiten der Wissenschaftler seit diesem Zeitpunkt explizit dem militärischen Zweck. Aus dieser Zeit stammt auch der Name „Manhatten Projekt" nach dem damaligen Hauptquartier George C. Marshalls als Generalstabschef der US Army.

Nach monatelangen Überlegungen gelang es dem aus Italien stammenden Enrico Fermi am 2. Dezember 1942, an der University of Chicago einen Kernreaktor herzustellen und die erste gesteuerte Kettenreaktion auszulösen, als er einen von Leo Szilard theoretisch verfassten Versuch durchführte. Dies war der letzte wichtige Schritt zum Bau einer Atombombe.

Der Beginn der Atombombenherstellung erfolgte kurz darauf geheim in der Wüste von New Mexico bei Los Alamos. Drei Jahre später fand am 6. Juni 1945 die erste erfolgreiche Zündung einer solchen Atombombe unter dem Namen „Trinity-Test" auf unbewohntem Übungsgelände in New Mexico statt. Dabei entstand eine Sprengkraft, die vergleichbar ist mit der von vielen tausend Tonnen des Sprengstoffs Trinitrotoluol (TNT).


Folge des Manhattan-Projekts: Atompilz nach einer Sprengung

Schon damals war den Forschern also das Vernichtungsausmaß der neuen Nuklearwaffe bekannt. Bei der Art des Einsetzens der Atombombe waren die Meinungen der Physiker gespalten. Es wurde vorgeschlagen, auf unbewohntem Territorium öffentlich zu zünden, um Gegner mit dieser Veranschaulichung der Zerstörungsmacht zur Kapitulation zu zwingen. Der Atombombenabwurf führe außerdem zu einem weltweiten Wettrüsten, hieß es im Franck-Report, dem offiziellen Schreiben der Wissenschaftler, die gegen den Einsatz waren. Trotzdem ordnete der damalige US-Präsident Franklin D. Roosevelt eine Bombardierung Deutschlands an, sobald die nächste Atombombe fertig sein würde. Da Deutschland aber bereits im Mai 1945 kapitulierte, kam es als Ziel nicht mehr infrage. Die beiden Bomben „Little Boy" und „Fat Man" trafen wenig später am 6. und 9. August die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki mit der zweifelhaften Begründung, keine weiteren US-Soldaten opfern zu wollen. Sie richteten unvergleichlichen Schaden mit Tausenden von Toten an. Japan kapitulierte daraufhin am 2. September.

Seitdem gab es keine kriegerischen Einsätze von Atombomben mehr, das Wettrüsten begann jedoch wie prophezeit. Albert Einstein äußerte sich kritisch: „Der Mensch erfand die Atombombe, doch keine Maus der Welt würde eine Mausefalle konstruieren."

Nach dem Krieg wurde die Atomforschung auf die günstige Stromgewinnung fokussiert, Atomkraftwerke wurden reihenweise aus dem Boden gestampft. Auch wenn seit beinahe 70 Jahren weltweit keine nuklearen Angriffe erfolgten, so kostete die Kernenergie dennoch Tausende Leben und Gesundheit durch die Explosion von Atomkraftwerken wie jenen in Tschernobyl 1986 oder in Fukushima erst vergangenes Jahr. Atomkraftgegner werden nicht müde zu protestieren, aber eine ähnlich effektive Stromversorgung allein durch erneuerbare Energien ist nicht abzusehen.

Mit der Nutzung der Kernenergie wurde viel Zerstörung über die Welt gebracht, andererseits die Stromversorgung weltweit vereinfacht. Vor allen Dingen wurde ein Streitthema ins Leben gerufen, das jetzt seit 70 Jahren besteht und uns wohl noch weiterhin jahrzehntelang beschäftigen wird. Dass sich die Physiker des Manhatten-Projektes darüber im Klaren waren, bleibt zweifelhaft. *Melinda Heitmann*

Friedrichs des Großen größter Schlachtensieg

Bei Leuthen suchte der Preußenkönig die Entscheidung über den Besitz Schlesiens im Allgemeinen und Breslaus im Besonderen

Zu Beginn des Siebenjährigen Krieges eroberten die Österreicher unter Prinz Karl von Lothringen große Teile Schlesiens, am 25. November 1757 fiel Breslau ohne Gegenwehr. Obwohl ihm der Gegner zahlenmäßig um fast das Doppelte überlegen war, beschloss Friedrich der Große, die Entscheidung zu suchen. In Eilmärschen zog er den Österreichern entgegen, die bei Breslau gut gesichert standen. Er handelte wie ein Hasardeur, der alles auf eine Karte setzte.

Auf der Gegenseite vertraute Prinz Karl seiner Übermacht, denn er verfügte über 65000 Mann gegenüber nur 35000 Mann auf preußischer Seite. Obwohl sein Stellvertreter Feldmarschall Leopold Joseph von Daun ihm riet, die sichere Stellung vor Breslau nicht aufzugeben, rückte er dem König entgegen. Er wollte ihn daran hindern, sich hinter dem Lauf der Katzbach festzusetzen und dort Winterquartiere zu beziehen. Doch Friedrich kam ihm zuvor. Als der König an der Spitze der Vorhut am 4. Dezember vom Anmarsch der Österreicher erfuhr, erkannte er sofort seinen Vorteil. Prinz Karl wurde vom Vormarsch der Preußen überrascht und bezog bei dem an der Straße nach Breslau gelegenen Dorf Leuthen eine mit etwa neun Kilometern Breite überdehnte Stellung. Er betrieb kaum Gefechtsaufklärung, ein weiterer Fehler. Hätte der erfahrene Daun den Oberbefehl geführt, hätte es Friedrich viel schwerer gehabt.

Am Abend des 4. Dezember machte der König sein Testament, dem er anvertraute, dass er eine verlorene Schlacht nicht überleben werde. Die Devise lautete: Alles oder nichts. Dann rief er die Generäle und höhere Offiziere herbei und hielt eine temperamentvolle Rede. Er flößte ihnen Mut ein und betonte, dass er in der Schlacht von den Truppen größte Tapferkeit erwarte. Er endete mit den Worten: „Nun leben Sie wohl, meine Herren! Morgen haben wir den Feind geschlagen, oder wir sehen uns nie wieder!“ Hierauf ritt der König durchs Lager und verbreitete Zuversicht.

Wie ein Hasardeur setzte Friedrich alles auf eine Karte

Am Morgen des 5. Dezember herrschte rund um Leuthen Nebel, der den Aufmarsch von Friedrichs Armee begünstigte. Es lag eine dünne Schneedecke, und der Boden war hart gefroren, was die Bewegungen erleichterte. Friedrich marschierte in vier Kolonnen auf die Österreicher zu und inspizierte von einem Hügel aus ihre Stellungen. Ihre ziemlich breite Ausdehnung kam ihm entgegen. Er fasste den Entschluss, einen Angriff gegen ihren rechten Flügel vorzutäuschen, mit der Masse seiner Armee jedoch nach Süden zu schwenken und ihren linken Flügel bei Sagschütz in „schiefer Schlachtordnung“ flankierend anzugreifen. Auf diese Schlachtordnung setzte er seine Hoffnungen. Offenbar folgte er einer Taktik, die er aus dem Studium der antiken Schriftsteller kannte und die den Thebanern den Sieg über die Spartaner bei Leuktra 371 vor Christus beschert hatte.

Der König beginnt mit dem Aufmarsch parallel zum Gegner, Prinz Karl lässt sich vom Scheinangriff täuschen und verlegt sein Reservekorps auf den vermeintlich bedrohten rechten Flügel – noch ein Fehler. Doch der König schwenkt plötzlich nach rechts ab, formiert die Armee in zwei Kolonnen und führt sie, gedeckt durch eine Hügelkette, nach Süden. Dem vordersten Teil des Infanterietreffens folgt dichtauf die schwere Artillerie, um im Schwerpunkt wirken zu können, und auf dem äußersten Flügel konzentriert General Hans Joachim von Zieten seine Reiterei, um die Umfassung einzuleiten. Die übrige Kavallerie unter General Georg Wilhelm von Driesen bleibt auf dem linken Flügel hinter einem Hügel in Reserve.

Im österreichischen Hauptquartier kann man sich nicht erklären, wohin die Preußen verschwunden sind. Die fehlende Aufklärung rächt sich. Man rechnet bereits mit dem Abzug des Gegners. Doch General Franz Leopold von Nádasdy, der den Südflügel kommandiert, ersucht um die Mittagsstunde Prinz Karl dringend um Verstärkung, da er mit einem Flankenangriff der Preußen rechnet. Die Reserven sind aber bereits auf dem „falschen“ Flügel eingesetzt, so dass Nádasdy auf sich allein gestellt bleibt. Er kann nicht mehr tun, als seinen äußersten linken Flügel hastig zu verlängern. Als die Umgehung durch die Preußen offenbar wird, ist es zu spät.

Bild: BpK

Ansprache Friedrichs des Großen vor der Schlacht bei Leuthen: Lithographie von Adolph Menzel (1815–1905)

Kurz vor 13 Uhr reißt der Nebel auf. Friedrich hat seine Infanterie in zwei Treffen aufmarschieren lassen und zieht sie im „Schrägmarsch“ vor, bis sie fast im rechten Winkel zum Gegner steht. Nun beginnt der preußische Flankenstoß mit einer Sturmtruppe von drei Bataillonen, die den beherrschenden Kieferberg erobern. Die nachfolgende Infanterie rollt den Südflügel auf, wobei das Korps Nádasdy völlig aufgerieben wird. Er setzt seine Kavallerie zum Gegenangriff an, doch Zietens Reiterei schlägt ihn zurück und vollendet die Umfassung.

Die Österreicher versuchen, so gut es geht, wenigstens das Dorf Leuthen zu verteidigen, und um den ummauerten Kirchhof entspinnt sich ein heftiger Kampf. Erst als Friedrich seine schwere Artillerie einsetzt, wird der Kirchhof unter schweren Verlusten durch ein Gardebataillon genommen. Der Gegner muss aus Leuthen weichen, hat jedoch alle Truppen vom rechten Flügel herangeführt und bildet nochmals eine Kampflinie. Die Schlacht steht, ist noch nicht entschieden, und schon schwindet das Tageslicht. Da setzt die österreichische Kavallerie des rechten Flügels zu einem Flankenstoß an, um die Infanterie zu entlasten, doch die bisher hinter einem Hügel lauernde preußische Reiterei ergreift die Chance, bricht hervor, fasst die gegnerische Kavallerie in der Flanke und zersprengt sie. Die österreichische Armee ergreift die Flucht und zieht sich im Schutz der Nacht zurück. Sie verliert fast 22000 Mann, darunter 12000 Gefangene, wogegen die Verluste der Preußen nur 6400 Mann betragen. Prinz Karl gibt in der Folge Breslau auf und räumt ganz Schlesien.

Es war der berühmteste Sieg, den König Friedrich je errang, ein Sieg, der sogar von Napoleon bewundert wurde. Es war auch das einzige Mal, dass der König die „schiefe Schlachtordnung“ mit Erfolg anwandte. Sie sollte später in den Militärakademien als Musterbeispiel für einen siegreichen Flankenangriff gelehrt werden. Als sich die erschöpften Preußen abends auf dem Weg ins Lager befanden, stimmten sie den Choral „Nun danket alle Gott!“ an. Er wurde später zum „Choral von Leuthen“. *Heinz Magenheimer*

Moskaus Mann in der Gestapo

Dem Berliner Polizisten Willy Lehmann wurde seine Spionage für die UdSSR zum Verhängnis

Mitte Juni 1945 suchte ein gewisser Alexander Erdberg im zerstörten Berlin die Witwe Margarete Lehmann auf, um sich nach seinem Freund Willy Lehmann zu erkundigen, zu dem er bei Kriegsausbruch leider den Kontakt verloren habe. Bei „Erdberg“ handelte es sich um den sowjetischen Geheimdienstoffizier Aleksandr Korotkov, der den Auftrag hatte, das Schicksal des wertvollen Agenten A-201 „Breitenbach“ zu klären.

Die gramgebeugte Witwe erzählte dem vorgeblichen Österreicher, ihr Mann sei am Weihnachtsvorabend 1942 plötzlich in seine Dienststelle gerufen worden und danach nicht mehr zurückgekehrt. Wochen später habe sie seine persönlichen Sachen zurückerhalten und am 29. Januar 1943 sei im „Befehlsblatt des Chefs der Sicherheitspolizei und SD“ die Mitteilung veröffentlicht worden, Willy Lehmann habe im Dezember 1942 sein Leben im Kampf „für Führer und Reich“ gegeben. Angeblich sei der schwer zuckerkranke Gestapobeamte auf der Fahrt nach Warschau bewusstlos aus dem Zug gefallen, doch habe ihr ein Kollege ihres Mannes heimlich gesteckt, man habe ihn im Gestapokeller erschossen.

Willy Lehmann wurde am 30. Mai 1884 in Mehderitzsch bei Leipzig als Sohn eines Grundschullehrers geboren und erlernte den Tischlerberuf. Der abenteuerlustige junge Mann trat 1901 in die Kaiserliche Marine ein, absolvierte seine Ausbildung auf der Kreuzerfregatte „Stein“ und diente als Oberstückmeister auf einem Kreuzer. 1911 wechselte der intelligente Unteroffizier zur Berliner Polizei. Nach kurzem Dienst bei der Kriminalpolizei fand Kriminalkommissar Lehmann ab Juli 1913 in der Berliner „Staatspolizei-Centralstelle“ Beschäftigung, die sich mit Spionageabwehr beschäftigte und ständig auf der Suche nach gewandten Mitarbeitern war. Willy Lehmann erwies sich als geeignet und wurde ins Stammpersonal übernommen. Bei Kriegsende 1918 liebäugelte er kurz mit der Sozialdemokratie, ließ sich sogar zum Vorsitzenden der „Vereinigung der Polizeibeamten“ wählen, blieb dann aber doch seiner Spionageabwehrtätigkeit treu, wobei er sich auf die Überwachung sowjetischer Einrichtungen spezialisierte. Durch einen früheren Kollegen wurde Lehmann der Auslandsabteilung der OGPU, dem Vorgänger des NKWD, zugeführt und Anfang September 1929 erfolgreich angeworben. Lehmann war zwar keineswegs Kommunist, sympathisierte aber seit dem Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 mit Russland. Willy Lehmann war zuckerkrank und der Spionagelohn ermöglichte ihm eine gute medizinische Behandlung. Als seine Ehefrau später ein Hotel in Schlesien erbte, das dem kinderlosen Ehepaar als Altenteil dienen sollte, steckte der Kommissar fortan jede Mark in diese Immobilie.



Willy Lehmann Bild: Archiv

Willy Lehmann erwies sich mit seinem ungehinderten Zugang zu den Karteien der Berliner Geheimpolizei als Glücksgriff für den sowjetischen Geheimdienst. Man investierte deshalb viel Geld in seine angeschlagene Gesundheit und ermöglichte ihm kostspielige Kurreisen. Seinen Kollegen erklärte er, diese Reisen mit größeren Geldgewinnen aus Pferdewetten zu finanzieren. Den Machtantritt der Nationalsozialisten überstand der altgediente Polizeibeamte ohne Probleme, wurde wegen seiner Spezialkenntnisse in die Gestapo übernommen und trat am 20. April 1934 sogar der SS bei. Seine sowjetischen Auftraggeber bediente Willy Lehmann mit der Pflichttreue eines preußischen Beamten alter Schule. Er warnte sie rechtzeitig, wenn wertvolle sowjetische Agenten wie Arnold Deutsch oder Erich Tacke ins Blickfeld der Gestapo gerieten. Arnold Deutsch konnte man deshalb rechtzeitig nach England umsetzen, wo er die berühmten „Cambridge Five“ inklusive Kim Philby anwarb. Brauchte die Sowjetunion Informationen über Wernher von Braun und die deutsche Raketenrüstung, den inhaftierten KPD-Chef Ernst Thälmann oder persönliche Angaben über Gestapochef Heinrich Müller, Willy Lehmann lieferte alles schnell und zuverlässig. Selbst beim letzten Zusammentreffen mit seinem Führungsoffizier am 19. Juni 1941 warnte Willy Lehmann diesen nicht nur vor dem unmittelbar bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion, sondern übergab gleich noch eine Kopie der von Reinhard Heydrich am 10. Juni 1941 angefertigten Studie „Über die sowjetische umstürzlerische Tätigkeit in Deutschland“.

Er warnte die Sowjets 1941 vor dem deutschen Angriff

Als der zum sowjetischen Botschaftspersonal in Berlin gehörende Führungsoffizier nach Kriegsausbruch ausreisen musste, verlor Lehmann allerdings die Verbindung zum sowjetischen Geheimdienst.

Der NKWD-Agent und deutsche Kommunist Heinrich Koenen, als Fallschirmagent über Ostpreußen abgesetzt und am 29. Oktober 1942 in Berlin verhaftet, brachte mit seinen Aussagen die Gestapo auf Willy Lehmanns Spur. Ein junger Gestapokommissar aus Erfurt spielte Willy Lehmann anschließend die Rolle des sowjetischen Fallschirmagenten vor und überführte ihn dadurch. Wahrscheinlich grauste es Heinrich Himmler, Hitler berichten zu müssen, dass die Gestapo vom sowjetischen Geheimdienst unterwandert war und er ließ Lehmann deshalb klammheimlich liquidieren.

Dem sowjetischen Geheimdienst war der Agent Lehmann bis heute keinen Orden wert, aber seine Witwe erhielt später eine goldene Armbanduhr mit der eingravierten Inschrift „Zum Andenken von den sowjetischen Freunden“. *Jürgen W. Schmidt*

Urbild des Junkers

Das Urbild des brandenburgischen Junkers, einer der tapfersten Offiziere und der tollste Reiter in der Armee, grob, schroff und knorrig, ... voll feuriger Vaterlandsliebe, aber auch voll harter Vorurteile, so naiv in seinem Standesstolze, daß er an die rechtliche Meinung seines Gegners kaum je zu glauben vermochte.“ So durchaus differenziert beschrieb ihn der große deutsche Historiker Heinrich von Treitschke. Die Rede ist von Friedrich August Ludwig von der Marwitz. Für einen ostelbischen Adeligen im Hohenzollernstaat typisch war sein Leben geprägt von Großgrundbesitz und Militär. Reaktionär wollte der am 19. Mai 1777 in Berlin geborene und am 6. Dezember 1837 auf seinem brandenburgischen Familiengut Friedersdorf gestorbene Adelige nicht nur vor die bürgerliche Französische Revolution, sondern sogar vor den Absolutismus zurück in die Zeit, als weder das Bürgertum noch der Monarch, sondern sein Stand das Sagen hatte. Seine Forderung nach einer Privilegierung des Adels im Staate ergab sich aus seiner Überzeugung, dass sein Stand Stütze und Träger eben dieses Staates sei. Man muss diesem Adligen zugutehalten, dass er entsprechend diesem Bewusstsein in den napoleonischen Kriegen vollen Einsatz für Preußen gezeigt hat. *Manuel Ruoff*



Wider die Bilderstürmerei

Zu: „Helden“ (Nr. 46)

Dieser Kommentar ist wohl einer der besten, der in den letzten Jahren zum Thema Volkstrauertag geschrieben wurde. Leider aber wird er kaum auf fruchtbaren Boden fallen, was unter anderem im Artikel „Typisch deutsch“ auf derselben Seite deutlich wird, der den Streit über die Definition eines Veteranen aufzeigt. Als am 1. Januar 2008 der letzte deutsche Teilnehmer des Ersten Weltkrieges starb, da tat man sich schon schwer, das Wort Veteran für ihn zu gebrauchen, abgesehen davon, dass die Nachricht den meisten Medien nur wenige Zeilen wert war. Als im selben Zeitraum hingegen auch die letzten französischen und britischen Veteranen des Ersten Weltkrieges starben, wurde in den nationalen Medien jener Staaten umfassend darüber berichtet. Jetzt, da nur noch Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges leben, in Deutschland also Soldaten der Wehrmacht, die von vielen Zeitgenossen per se als „Verbrecher“ angesehen werden, ist das Thema ohnehin obsolet.

Aus diesem Gedankengut speist sich schließlich auch die Definition von Tradition in der Bundeswehr: Da alle deutschen Streitkräfte vor ihr mehr oder weniger auf undemokratischen Grundsätzen aufgebaut waren (wie man glaubt), kann es keine Traditionslinie zu diesen geben. Die „wahre“ deutsche Militärgeschichte beginnt vielmehr erst mit der Gründung der Bundeswehr im Jahre 1955, davor war lediglich „Finsternis“.

Wer etwas in der Welt herumkommt, wird auf vielen deutschen Soldatenfriedhöfen im Ausland mit Erstaunen feststellen, dass diese oft noch mit dem Wort „Heldenfriedhof“ gekennzeichnet sind. Solche Entdeckungen machte ich auf allen Kontinenten dieser Erde, wobei mich am meisten die Tatsache überraschte, dass die Bezeichnung ausgerechnet im südlichen Teil Ostpreußens besonders häufig anzutreffen ist. Viele Soldatenfriedhöfe aus dem Ersten Weltkrieg sind dort mit drei- oder sogar viersprachigen (polnisch, deutsch, russisch, englisch) Hinweistafeln versehen, wobei es im deutschen Text nicht selten „Heldenfriedhof“ heißt.

Die Polen haben dieses Wort, mit dem man die Friedhöfe ja schon vor 1945 bezeichnete, schlichtweg übernommen, und sie sehen darin auch nichts Negatives. Im Gegenteil: Wenn jemand tapfer gekämpft hat, dann ist es gleichgültig, ob er das unter Hitler, unter Stalin oder unter Roosevelt tat – er kämpfte in der Regel für sein Land und war, vor allem, wenn er dafür hoch dekoriert wurde, ein Held. So jedenfalls ist die Sichtweise in allen Staaten dieser Erde, wo man nicht verstehen kann, dass in Deutschland Unterschiede gemacht werden nach der Devise: Wir Deutsche waren in allen Kriegen die Schlechten – und können schon deshalb keine Helden sein –, während die anderen, also die Alliierten, für eine gerechtere Welt kämpften und deshalb zu Helden wurden.

Zum Glück braucht man aber (noch!) nicht ins Ausland zu fahren, um Gefallenen-Denkmäler zu finden, die unseren eigenen deutschen Helden gewidmet sind, wie das aktuelle Foto rechts aus Joachimsthal in Brandenburg zeigt. Überhaupt ist man erstaunt, dass viele solcher Denkmäler die DDR-Zeit unbeschadet überstanden haben, während man im Westen nach 1968 in zunehmendem Maße „Bilderstürmerei“ betrieb und solche zeitgeschichtlichen Dokumente entfernte oder – was noch schlimmer ist – „umwidmete“, das heißt mit einer zusätzlichen Tafel versah, auf der man die Sichtweise jener Zeit zu erklären versuchte, in der das Denkmal errichtet wurde und von der man sich natürlich entschieden distanzierte. Alles Vorgänge, die überall im Ausland nur Kopfschütteln hervorrufen.

Wolfgang Reith, Neuss



Heldengedenken im brandenburgischen Joachimsthal Bild: Reith

Der Crash ist da!

Zu: „Frivoles Rettungstheater“ (Nr. 46)

Wer die Entwicklungen studiert, muss sich wundern ob der Zähigkeit der Prozesse. Aus Sicht eines Ingenieurs sind da viele starke Dämpfer im Einsatz. Aber die Antwort kommt sicher, wenn auch phasenverschoben. Erst wenn die äußeren Kräfte verschwinden oder durch innere Energiedissipation umgelagert wurden, wird ein neues Gleichgewicht erreicht. Kurz: Der Crash ist bereits da, er läuft in Zeitlupe ab und wird noch lange bleiben. Das Ergebnis ist in jedem Falle das gleiche wie bei einem explosiveren Crash.

Marcus Weber, Aachen

Archimedes lesen

Zu: „Wie viel Gold ist noch da?“ (Nr. 43)

Zum Thema, die deutschen Goldreserven im Ausland zurückzuholen und zu überprüfen: Ich verstehe nicht, warum man das Gold zum Überprüfen auf Reinheit einschmelzen will. Nach dem Gesetz des Archimedes geht es doch einfacher. Ist dieses Prinzip vergessen worden bei der Bundesbank?

Karl-Heinz Claaßen, Wülfershausen

Rettung schwächt

Zu: „Frivoles Rettungstheater“ (Nr. 46)

Wie verlogen und heuchlerisch die Griechenland-Rettung ist, sollte jedem bewusst werden, wenn er sich klarmacht, dass Griechenland, zumindest seit Ende der 1940er Jahre, nie mit Nord-Europa wirtschaftlich konkurrieren konnte. Was Flottengeschäft und Touristik hätten ermöglichen können, wurde durch die südländische Mentalität von vornherein zunichte gemacht.

Durch die eigene Währung und deren häufige Abwertung hielt sich Griechenland über Wasser. Und da will man uns weismachen, Griechenland und den Euro retten zu können, indem Griechenland wettbewerbsfähig gemacht wird. Hinzu kommt, dass jede wirtschaftlich-finanzielle Begünstigung dieses chronischen Pleitestaates zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eine Schwächung der deutschen Wirtschaft und eine zusätzliche Belastung unserer Sozialsysteme bedeutet.

Günter A. Frank, Bad Feilnbach

Alibifunktion

Zu: „Den Stier an beiden Hörnern packen“ (Nr. 39)

Alles was Rotislaw Batalow im Gastkommentar schreibt ist richtig und kann in dem „Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror“ (Piper-Verlag 1989) nachgelesen werden. Katyn ist ja in der Political Correctness vollends untergegangen. Was mich bei all den Veröffentlichungen zu diesem Thema stört, ist die Tatsache, dass auf den Hitler-Stalin-Pakt und auf das geheime Zusatzprotokoll zwar abgehoben, aber nie festgehalten wird, dass Großbritannien die polnische Führung über den Inhalt dieses Protokolls nicht unterrichtete, obwohl der Text dem Foreign Office schon Stunden später vorlag. Sollte Polen in das eigene Messer laufen, damit England seinen Krieg bekam? Die Kriegserklärung vom 3.9.1939 erfüllte ja nur eine Alibifunktion; eine Hilfe für Polen konnte die nicht mehr sein. Nachdenken darf man doch über diese Ungereimtheiten, hoffe ich wenigstens.

Dietrich Krüger, Unkel

Qual der Wahl

Zu: *PAZ* 1 bis 47

Durch einen Zufall wurde meine Aufmerksamkeit auf Ihre Zeitung gelenkt. Wo in Deutschland gibt es heute noch solche guten konservativen Blätter mit einer journalistisch hochgradig gepflegten Schreibweise? Jetzt ist mir das Blatt als Wochenend-Freude sehr ans Herz gewachsen. Bitte bleiben Sie so! Aus einer baltendeutschen Familie stammend, habe ich mich erst nach 1990 mit den in Ihrer Zeitung besprochenen Themen befassen können. In der ehemaligen DDR war das nicht möglich. Über meine Kindheit und Jugend habe ich ein Buch geschrieben, das als Enkelbuch unter dem Titel „Wie ich in die Welt kam“ im Verlag Neue Literatur in Jena erschienen ist, der zweite Band kam in diesem Jahr heraus. Gerade in der Zeit der Vorbereitung auf die anstehenden Wahlen im Bund ist nun selbst bei mir Unsicherheit aufgetreten. Wer sollte denn gewählt werden? Die Frage können meine Frau und ich derzeit nicht beantworten.

Frank v. Olszewski, Rostock

Sind Vertriebene kein Teil der Nation mehr?

Zu: „Affront gegen Vertriebene“ (Nr. 45)

Schon wieder ein Tiefschlag nach der unvergessenen Brüskierung der BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach durch die Kanzlerin. Mit den Vertriebenen konnte und kann die politisch-mediale Klasse bislang so verfahren. Denn viel Widerstand scheint von dort nicht mehr zu drohen. Auch aktuell ist der BdV bislang schändlich tatenlos gegenüber dem anvisierten Rauswurf aus dem SWR-Rundfunkrat geblieben. Ist übrigens der BdV nur ein bloßer Satellit der ebenfalls bislang stummen CDU? Viele der nicht organisierten Vertriebenen sind sogar noch besonders stolz darauf, sich nahtlos in die – jedenfalls im badisch-pfälzischen Südwesten traditionell antipreußische – Nachkriegsgesellschaft integriert zu haben.

Dies schreibe ich aus eigener Erfahrung. Eine solche Integration als biedere Staatsbürger, die immer ihre Steuern zahlen und brav sind, bedeutet politisch vor allem Kaltstellung und Ausnutzung einer teils an Masochismus grenzenden Loyalität. Was alles ist man nicht bereit zu schlucken, wenn man nur ein paar freundliche Worthülsen und ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ bekommt! Auch wenn ständig die Vertreibungen besonders gegen die deutsche Besatzungspolitik des Weltkrieges im Osten und generell gegen die „unauslöschliche deutsche Schuld“ aufgerechnet – im Klartext: historisch nahezu legitimiert werden. Wohl, um in der politisch korrekten BRD-Gesellschaft nicht der tödlich wirkenden Rechtsabweichung geziehen zu werden, hat sich der BdV mit der Rolle eines großen historisch-kulturellen Gedächtnisvereins abgefunden, der froh ist, wenn er noch für den Erhalt der in den Vertreibungsgebieten verbliebenen Deutschen und ihrer Kulturdenkmäler tätig werden darf.

Nachdem das historische Ostdeutschland und Sudetenland längst als Verlust abgebucht sind, liegt es nahe, nun auch die Haupt-Vertriebenenorganisation in der Versenkung verschwinden zu lassen. Womöglich bedeutsam für die nächste Bundestagswahl ist die einfache Beantwortung der Frage: Wer schaut mal wieder zu? Die CDU. Und die ganze politische Klasse scheint schwindelfrei in ihrem leichtsinnigen Kalkül, die Vertriebenen und die patriotischen Deutschen würden es dauerhaft bei ihrem Rückzug ins Private und in die Stimmenthaltung belassen. Denn entgegen der Fama sind die Deutschen in der Geschichte nicht immer das bieder autoritätshörige Volk gewesen, sondern haben sich, allen Widrigkeiten zum Trotz, stets einen tiefen Sinn für Gerechtigkeit und Freiheit bewahrt. In der gegenwärtigen Megakrise ist es höchste Zeit für die Anerkennung und politische Umsetzung der Tatsache, dass alle Deutschen gleichermaßen, also auch die Vertriebenen und ihre Nachkommen, eine Nation sind.

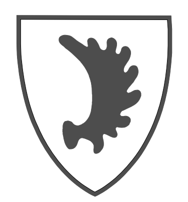
Rudolf Kraffzick, Hainau

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Ski und Rodel gut am Valk-Hotel Wittenburg

Nur 40 Minuten von Hamburg und 90 Minuten von Berlin entfernt, direkt an der A 24, erstreckt sich Europas größte Winter- und Erlebniswelt. Über das ganze Jahr erwartet den Besucher im „alpincenter“ Wittenburg ein Schneevergnügen auf einer Fläche von 30 000 Quadratmetern. Die 330 Meter lange und bis zu 120 Meter breite Piste mit einem Gefälle von bis zu 31 Prozent ist für jede Könnerstufe vom Kinderbereich und Anfängerhügel über die Hauptpiste bis hin zum Funpark für Freestyler das Richtige. Sechs verschiedene Restaurants und Bars ermöglichen dem Gast das Eintauchen in die kulinarisch-alpine Geschmackswelt – vom echten Apfelstrudel bis zur Schweinshaxe. Für Gäste, die nicht genug von dem Freizeitspaß bekommen können und sich dazu entschließen, zwei Tage zu bleiben, lädt das angegliederte Van der Valk Hotel im Flair der Bergwelt zum Übernachten ein. Insgesamt 256 Betten in 124 komfortabel gestalteten Zimmern warten auf Sie. Das „Saunadörfl“ ist direkt an das Hotel angeschlossen und sorgt für zusätzliche Erholung. Aktuell bietet das alpincenter ein einzigartiges „Rundum Sorglospaket“, das all inclusive Angebot. Ab 22 Euro (Abendticket) oder ab 35 Euro (Tagesticket) können Besucher nicht nur Ski fahren, sondern bekommen auch das Material und können Essen und Trinken – all inclusive eben! **Info & Buchung:** alpincenter Hamburg-Wittenburg, „Van der Valk“-Hotel, Hamburg-Wittenburg, Tel.: (038852) 234-0, www.alpincenter.com.

Weitere 13 „Van der Valk“-Hotels laden zur Übernachtung ein in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. **Info:** www.vanderfalk.de.



Das Ostpreußenblatt



Nr. 48 – 1. Dezember 2012

Alte Dorfschule Waldwinkel in neuer Pracht

Private Initiative hat das Gebäude im Kreis Labiau vor dem Verfall gerettet – Seit Juli steht es als Museum für Besucher offen

Im Kreis Labiau bemüht man sich seit einiger Zeit darum, die Schönheit der Landschaft zu nutzen, um Touristen anzulocken. Landrat Igor Bolsun hat Projekte ins Leben gerufen, die den „Öko- und Agrartourismus“ fördern sollen. Diese Projekte werden von der EU unterstützt. Teil des Tourismus-Projekts wurde nun auch die alte Dorfschule Waldwinkel, in der im Sommer ein Museum eröffnet wurde.







Eine typisch ostpreußische Schule: Der Schulkeller (links) gehörte ebenso dazu wie der Ofen im Klassenzimmer (rechts), in der Mitte die Giebelansicht des renovierten Hauses, das 1890 erbaut wurde

Bilder (3): MRK

Die Dorfschule Waldwinkel, bis 1938 Kelladden, wäre längst verfallen und somit heute kein Museum, hätte nicht Anfang der 90er Jahre, als die wirtschaftliche Situation im Gebiet sehr düster war, die engagierte ehemalige Ärztin Inessa Natalitsch das Gebäude gekauft und so vor der sicheren Zerstörung bewahrt. Inessa ist eine gutaussehende, charismatische Frau mittleren Alters, die auch Deutsch spricht. Besucher des Museums empfängt sie herzlich und offen, erzählt mit Begeisterung von ihrer Arbeit als Direktorin, davon, wie alles begann, von ihrer Bienenzucht und dem Obst- und Gemüseanbau im Schulgarten.

Sie berichtet, in welch traurigem Zustand sie das Haus übernommen hatte. Ihr Mann und ihre beiden Söhne halfen bei den erforderlichen Arbeiten. Beim Aufräumen entdeckten sie alte Landkarten, Hefte und sogar die Schulglocke. Zunächst einmal musste das Dach des halb zerfallenen Gebäudes repariert werden. Bei dem Projekt halfen auch andere Dorfbewohner mit Tatkraft und Fachwissen.

„Der Wiederaufbau erfolgte nach Fotos, die wir durch Briefwechsel mit Schülern und Lehrern der Schule, die heute in Deutschland leben, geführt haben. Sie wurden auch ein Teil der Ausstellung: ihre Schulhefte, Tintenfässer und Federnhalter sowie deutsche Lehrbücher“, erzählt Inessa. Darüber hinaus sammelte Inessa alles, was ihr in die Finger kam. Aus deutschen Zeitungen, Schriftwechsel und persönlichen Gesprächen bekam sie eine genaue Vorstellung davon, wie das Leben in Waldwinkel vor und nach dem Zweiten Weltkrieg war. Die daraus entstandene Ausstellung kann sich sehen lassen. Sie ist in zwei Teile gegliedert: Der erste Raum der ehemals zweiklassigen Schule ist als Klassenzimmer eingerichtet. In den Vitrinen am Rand sind Schulutensilien ausgestellt, die Kinder während der hier stattfindenden Veranstaltungen auch einmal in die Hand nehmen dürfen. Der zweite Teil ist der Geschichte der ersten russischen Neusiedler gewidmet, deren Kinder in diesem Gebäude ab dem 2. September 1946 unterrichtet wurden. Diesen zweiten Raum ziert ein Ofen, den Inessa nach der Zeichnung eines ehemaligen Schülers nachbauen ließ. Außen ist der noch original erhaltene und bis heute genutzte Schulkeller (ein Erdwall, in dem eine Tür eingelassen ist, die in einen Keller führt, in dem ideale Temperaturen für die Lagerung von Obst und Gemüse herrschen) erhalten, ebenso wie das Toilettenhäuschen und der Brunnen.

> Viele Ehemalige halfen der Direktorin

Inzwischen ist das Museum eine Sehenswürdigkeit im Kreis Labiau geworden. Es erhielt eine Auszeichnungsurkunde der Europäischen Union, auf die Inessa Natalitsch besonders stolz ist.

Manuela Rosenthal-Kappi

Museum Schule Waldwinkel, ul. Lesnaja 24, 238644 Iljitschewo, Polesskij rajon. Telefon 007-921-2629228. Besichtigung nach vorheriger Anmeldung.

Degradierung zum Verein

Deutsches Bistum Ermland soll aufgelöst werden

Die Deutsche Bischofskonferenz will sich auch vom letzten der bis heute existierenden Bistümer der Vertreibungsgebiete trennen. Noch in diesem Jahr soll sich das deutsche Bistum Ermland auf Druck des Zusammenschlusses der katholischen Bischöfe aller Diözesen in Deutschland auflösen.

Das katholische Bistum Ermland ist bis heute die Obhut aller Katholiken Ostpreußens, der Vertriebenen und der deutschen Volksgruppe vor Ort. Wenn auch heute ohne ein konkretes Territorium, so sind es die Menschen, für die der Bischof der Ermländer, benannt als Apostolischer Visitator Ermland, zuständig ist. In Münster in Westfalen bauten sich die Ermländer nach der Vertreibung ein Zentrum, das bis heute als zentrale Anlaufadresse für alle Ermländer der weltweit dient (www.visitator-ermland.de). Das geistliche Konsistorium als Nachfolge des Domkapitels besteht aus zehn Priestern, die in ihren regionalen Gemeinden deutschlandweit angestellt sind und zusätzlich dem Apostolischen Visitator Ermland zugeordnet sind und beiseite stehen. Zudem gibt es die vierjährig gewählte Ermländervertretung, die sich aus 27 Vertretern aus allen Teilen der Bundesrepublik und dem Ermland zusammensetzt, sowie den daraus berufenen Ermländerrat. Diese seit 67 Jahren funktionierende Organisation pflegt intensive Beziehungen zum polnischen Bistum Warmia (Ermland) und zu Bischof Wojciech Ziemba in Allenstein. Die Gemeinschaft Junges Ermland führt alljährlich Jugendaustauschprogramme zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland durch. Seit der polnischen Erlaubnis 1992 ist ein deutscher Priester im Ermland für die deutsche Volksgruppe tätig. Gerade auf höchster Ebene war der Visitator eine wichtige Instanz, da kirchliche Funktionsträger besonders im Ausland gern mit ihresgleichen korrespondieren, jedoch die Verhandlung mit einem Vereinspräsidenten eher untergeordnet erscheint. Erwähnt seien all die erfolgreichen Arbeiten und Initiativen zur Völkerverständigung zwischen den Ermländern und den Polen, die viele völkerversöhnende Beiträge leisteten. Die zahlreichen finanziellen Hilfen schon seit den 80er Jahren für den Aufbau kirchlicher Einrichtungen im Ermland wurden durch die Ermländerstiftungen ermöglicht. Die unermüdliche Arbeit der letzten Jahre, um die Visitaturen Danzig und Schneidemühl sachlich und menschlich in die Ermlandfamilie zu integrieren, leistete der Visitator Lothar Schlegel mit seinem Team.

> Letztes deutsches Bistum der Vertreibungsgebiete

Aber nun soll sich dies ändern. Der bisherige Visitator Ermland, Schlegel, wurde Ende vergangenen Jahres mit Vollendung seines 70. Lebensjahres in den Ruhestand gezwungen. Und die Ermländervertretung und der Ermländerrat werden angehalten, sich in einen eingetragenen Verein zu wandeln. Das deutsche Bistum Ermland erlischt somit als Teil der Kirche und der neu entstehende Verein Ermlandfamilie e.V. wird beliebigen weltlichen Vereinen gleichgestellt. Als Trostpflaster macht die katholische Kirche das Angebot, den Verein kirchlich anzuerkennen und den Ermländern bis 2016 einen letzten Visitator zu genehmigen. Seit Anfang 2012 sind sämtliche Geldzuwendungen für das Bistum Ermland gesperrt und somit der Druck zur Vereinsgründung gestiegen. Am 17. November dieses Jahres hat die Ermländervertretung die Vereinsgründung eingeleitet. Die Ermländer empfinden es als unstilvoll, ihre jahrhundertelange Treue zur katholischen Kirche auf diese Art und Weise entweiht zu sehen.

Gregor-Maria Röhr

»Duewag« in Königsberg

Deutsche Nachkriegs-Straßenbahn als Museumsfahrzeug

In Königsberg hat die erste Museumsstraßenbahn ihre Route durch die Stadt aufgenommen. Zweijährige Reparaturarbeiten waren der feierlichen Einweihung vorausgegangen, die das Königsberger Straßenbahn- und Trolleybus-Depot ausgeführt hatte. Damit die Straßenbahn ein echtes touristisches Transportmittel wurde, mussten ein Großteil ihrer Mechanik und das historische Interieur wieder hergestellt werden.

Am letzten Tag der diesjährigen Feier zum „Tag der Stadt“ war der historische Straßenbahnwagen den Städtern zwar schon zur Besichtigung vorgestellt worden, aber erst jetzt wurde die Straßenbahn „Duewag“ aus dem Jahr 1963 auch in Betrieb genommen. Sie wird nun für Besichtigungstouren durch Königsberg eingesetzt.

Die Straßenbahn mit den blauen Wagen stammt aus der Bundesrepublik Deutschland. Es handelt sich um ein Fahrzeug der Düsseldorfer Firma „Duewag“, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine marktbeherrschende Stellung beim Bau von Straßenbahnen in der Bundesrepublik und Österreich innehatte. Fast alle Straßenbahn-Fahrzeuge seit Mitte der 50er Jahre stammten von „Duewag“ oder wurden in Lizenz gebaut. Ab 1954 wurden Großraumwagen, aber auch Trieb- und Beiwagen an die Verkehrsbetriebe der Städte Düsseldorf, Duisburg, Essen, Mülheim/Ruhr, Dortmund, Bochum, Bonn, Frankfurt/Main, Kiel und Wuppertal geliefert. Österreichische Lizenznehmer bauten Straßenbahnen, die unter anderem in Wien und Insbruck zum Einsatz kamen. 30 Jahre lang war die Königsberger „Duewag“ auf den Straßen Mannheims unterwegs und danach kam sie nach Königsberg. Hier erlebte sie ihre zweite Geschichte Leben. Zwei Jahre lang war sie auf der Route Nr. 6 eingesetzt, und ab 1997 befand sich die Straßenbahn im Depot.



Lädt zur Mitfahrt ein: Die „Duewag“

Bild: J.T.

Jetzt wird die deutsche Straßenbahn „Duewag“ regelmäßig zwischen der Vorstädtischen Langstraße (Leninskij Prospekt), Hufenallee, Hansaring (Prospekt Mira) und der Juditter/Lawsker Allee (Prospekt Pobedy) verkehren. Beginn und Ende der Rundfahrt ist der Südbahnhof. Eine Fahrt dauert etwa anderthalb Stunden. Während der Fahrt gibt ein Exkursionsleiter Informationen zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt.

Die Straßenbahn „Duewag“ hat ein besonderes Fahrwerk und kann deshalb nicht auf allen Strecken eingesetzt werden. So kann sie zum Beispiel nicht die Kreuzung Königstraße (Frunsestraße) und Jägerhofstraße (Straße des 9. April) überqueren, weil dort der Neigungswinkel zu groß ist.

Es gibt noch weitere alte Straßenbahn im Bestand der Verkehrsbetriebe. Im Depot befindet sich noch eine rote „Duewag“. Es ist gut möglich, dass sie im kommenden Jahr dem Museum „Friedländer Tor“ übergeben wird. Ein „Duewag“-Waggon steht dort bereits.

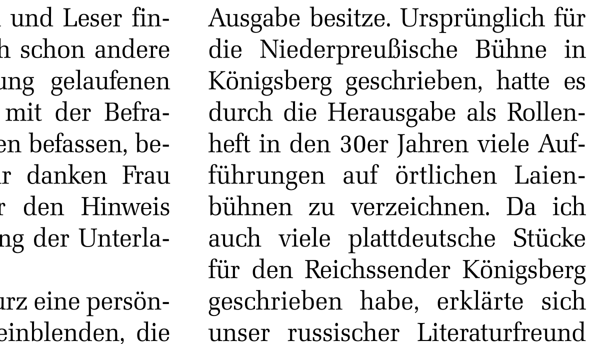
In Kürze werden neben dieser Museums-Straßenbahn hochmoderne Züge der Bezeichnung „Swing“ aus Polen auf den Straßen der Gebietshauptstadt verkehren.

Jurij Tschernyschew

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

diese Mitteilung vorweg, da sie uns so kurzfristig erreichte, dass der angegebene Termin kaum noch einzuhalten ist. Trotzdem wollen wir diese Aufforderung zur Mitarbeit an einem internationalen Projekt veröffentlichen, da es die Leserinnen und Leser interessieren dürfte, die bereit sind, sich als Zeitzeugen für einen geplanten Dokumentarfilm zur Verfügung zu stellen. Das ist auch die Meinung von Frau **Regina Möller**, die diese E-Mail vor einigen Tagen erhielt und sie an uns weiterleitete. Wir veröffentlichen das an Frau Möller persönlich gerichtete Schreiben, das von der Leiterin des Museums „Friedländer Tor“ in Königsberg, **M. A. Jadowa**, unterzeichnet ist, im vollen Wortlaut.

„In diesem Jahr startete das Museum ‚Friedland Gate‘ (Kaliningrad, Russland) zusammen mit dem historisch-archäologischen Museum in Elblag (Polen) das internationale Projekt ‚Museen ohne Grenzen‘ im Rahmen des grenzüberschreitenden Programms der Zusammenarbeit ‚Litauen-Polen-Russland‘, das von dem Europäischen Fonds für Nachbarschaft und Partnerschaft finanziert wird. Das Ziel des vorliegenden Projekts ist unter anderem geschichtliche Forschung. Im Rahmen dieses Projekts ist geplant, den Film ‚Zeugnisse‘ zu erstellen, mit Interviews von ehemaligen Einwohnern Königsbergs, Elbings und ganz Ostpreußens. Das Projekt ist geplant als Film mit Erzählungen von ehemaligen Bewohnern Ostpreußens über das Leben in der Provinz. Wir laden Sie, Zeugen der Geschichte Ostpreußens, zur Teilnahme an diesem Projekt ein. Wenn Sie Ihre Erinnerungen mitteilen mögen, erfüllen Sie die wichtigste Voraussetzung zur Mitarbeit. Wenn Sie an diesem Programm teilnehmen wollen, senden Sie bitte an die angegebene Adresse des Museums Friedländer Tor Ihr Geburtsdatum, Ihren Geburtsort sowie Ihre Kontaktdaten (Telefon, E-Mail, Adresse) für einen weiteren Kontakt. Um einen authentischen Film über das Leben in Ostpreußen zu erstellen, benötigen wir Ihre Teilnahme.“



Friedländer Tor in Königsberg Bild: Tschernyschew

Soweit das ungekürzte Schreiben, das von dem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Museums, **A. P. Martynjuk**, mit unterzeichnet ist. Die Adresse lautet: Museum „Friedländer Tor“, Dserschinskij Straße 30, Kaliningrad 236004, Telefon 007-4012-644-020, E-Mail: friedlander_tor@mail.ru, www.fvmuseum.ru

Als Termin für eine Antwort ist der 1. Dezember angegeben, der aber nicht bindend sein dürfte, da solch ein Projekt ja eine längere Vorbereitungszeit benötigt. Durch die modernen Kommunikationsträger ist ja eine schnelle Verbindung möglich. Es ist anzunehmen, dass diese Mitteilung das Interesse einiger Leserinnen und Leser finden wird, wie auch schon andere über unsere Zeitung gelaufenen Projekte, die sich mit der Befragung von Zeitzeugen befassen, bewiesen haben. Wir danken Frau Regina Möller für den Hinweis und die Überlassung der Unterlagen.

Da möchte ich kurz eine persönliche Verbindung einblenden, die zu dem jungen Russen **Ilja Spesiwsew** aus Königsberg, der mich in diesem Jahr aufgesucht hatte, um mit mir über meine Erstlingswerke zu sprechen, die er in russischer Sprache herausbringen will, darunter auch das in ostpreußischem Platt geschriebene Märchenbuch „De Lewensstruß“, das 1935 im Verlag Holzner, Tilsit, erschien. Anlässlich einer deutsch-russischen Veranstaltung im Stadt-Theater Tilsit (Sowjetsk), an der auch deutsche Gäste aus Kiel teilnahmen, kam er mit der dortigen Leiterin der Kunst-Jugend, **Ira**, ins Gespräch. Dabei erwähnte Ilja meine frühen Arbeiten für den Tilsiter Verlag, darunter auch den Rollentext eines plattdeutschen Lustspiels „Wenn de Musikante koame“, von dem ich noch eine Ausgabe besitze. Ursprünglich für die Niederpreußische Bühne in Königsberg geschrieben, hatte es durch die Herausgabe als Rollenheft in den 30er Jahren viele Aufführungen auf örtlichen Laienbühnen zu verzeichnen. Da ich auch viele plattdeutsche Stücke für den Reichssender Königsberg geschrieben habe, erklärte sich unser russischer Literaturfreund bereit, einige zu übersetzen, damit sie von der von Ira geleiteten Gruppe in russischer Sprache aufgeführt werden können. Sie war begeistert von der Idee, aber so leicht lässt sie sich nicht verwirklichen. Es existiert nämlich kein einziges Hörspiel mehr, weder als Aufnahme noch als Manuskript, und das Lustspiel ist ein abendfüllendes Stück, daher kaum zu übersetzen und noch schwieriger zu spielen. Ich werde Ilja aber vorschlagen, es zuerst mit kleinen Sketchen zu versuchen, die ich vor einigen Jahren für das Heft der Kulturabteilung der LO „So sind wir“ geschrieben habe. Diese lassen sich gut übersetzen und sind leicht zu spielen. Wenn einige von ihnen im Tilsiter Stadt-Theater aufgeführt werden sollten, wäre das im Sinn von Ilja, der die Kultur als große Brücke zwischen dem Einst und Jetzt sieht, wie die Worte beweisen, die seine lange E-Mail beenden: „Doppelte Heimat kann ihre Teile durch Kunst in Harmonie bringen.“

Zeitzeugen sucht auch Herr **Joachim Albrecht** aus Wetzlar, oder vielmehr Augenzeugen, denn es handelt sich um einen Vorgang auf einem Flüchtlingsschiff im Rahmen der größten Rettungsaktion der Geschichte, der „Rettung über See“. Wer diese Flucht aus dem eingekesselten Ostpreußen über die Ostsee miterlebt hat – und dazu gehöre auch ich – hat sie nie vergessen und wird sie auch nicht bis an sein Lebensende. Auch Joachim Albrecht war dabei, und er hat darüber ein Buch geschrieben, „Katjuscha und ihre Folgen. Königsberg im Jahr 1945 und das Rettungsschiff ‚Wullenwever‘“. Auf diesem Schiff war der Autor, der die Vorgänge einer kritischen Situation am 30./31. Januar 1945 in dem Buch so schildert, wie er sie in Erinnerung hat. Ein Leser seines Buches, der sie auch miterlebt hat, legt aber eine andere Version vor, so dass Herr Albrecht sich nun an uns wendet, um weitere Augenzeugen zu finden, die zur Klärung beitragen könnten. Er hofft, dass noch lebende Besatzungsmitglieder oder Mitflüchtlinge sich daran erinnern können, dass sich die „Wullenweber“ in dieser Nacht plötzlich aufbäumte und alles durcheinander flog. Joachim Albrecht beschreibt diesen Vorgang in seinem Buch so:



Ruth Geede Bild: Pawlik

„Als ich am darauf folgenden Morgen wieder wach wurde, musste ich feststellen, dass mir etwas entgangen war. Erregt wurde diskutiert und getuschelt. Eine Mine muss, wahrscheinlich vor unserm Schiff, durch die von Minensuchbooten gezogenen Netze zur Explosion gebracht worden sein. Der Bug des Schiffes war plötzlich in eine extreme Höhenlage versetzt worden, wodurch alle unbefestigten Teile durcheinander geflogen wären. Die in den Regalen oder Nischen in Konservendosen aufbewahrten Essensreste wären nur so umher gewirbelt. Nur ich hatte wie ein Murmeltier geschlafen und von allem nichts mitbekommen. Die Besatzung versuchte wohl zur Beruhigung, dieses Ereignis herunterzuspielen. Sie ließ verlauten, dass diese Schiffsbewegung auf eine große Welle zurückzuführen wäre. Nur, dass diese Welle wohl durch eine mögliche Explosion einer Mine verursacht sein könnte, kam nicht zur Sprache.“

Soweit die Stelle aus seinem Buch, zu der nun der Leser – der übrigens ein Schulkamerad von Joachim Albrecht war und dessen Namen er in dem Bericht erwähnte –, aufgrund der Erinnerungen seiner Familienangehörigen wie folgt Stellung nimmt: „Unser Schiff befand sich im Fahrwasser der ‚Wilhelm Gustloff‘. Durch die Torpedierung der Gustloff mit drei Torpedotreffern hätte sich eine Welle erzeugt, die unser Schiff in der geschilderten Form getroffen hätte.“ Herr Albrecht meint wiederum, dass diese extreme Schiffsbewegung der „Wullenweber“ sich nach der Versenkung der „Gustloff“ am 30. Januar in der Danziger Bucht ereignete, als das Schiff in dem zusammengestellten Konvoi wieder von Gotenhafen aus nach Westen fuhr. Beide waren ja damals noch im Jungenalter und haben den Vorgang nicht bewusst mitbekommen. Aber es dürfte noch Leserinnen und Leser geben, die sich an diese für sie lebensbedrohende Situation erinnern. Vielleicht können auch Marineexperten oder ehemalige Reedereiangehörige zur Klärung beitragen. In der umfassenden Dokumentation über die Rettung von fast drei Millionen Menschen „Sie kamen über das Meer“ von **Ernst Fredmann** ist die „Wullenweber“ ohne Reedereiangabe registriert.

(E-Mail Adresse von Joachim Albrecht aus Wetzlar: albrecht.joachim@web.de)

Nun beginnt die Adventszeit und vielleicht steigt Euch der Duft von Honig, Nelken und Piment in die Nase, wenn Ihr unsere Extra-Familie lest. Und als Übergang möchte ich einen Vers aus dem Gedicht „Peperkoke“ von **Alfred Marquart** bringen, das ich in dem Arbeitsbrief der LO „Läwe und Sproak tohus oppem Land“ gefunden habe: „Eck denk nu an de Wintertied, Advent to Huus, on nich mehr wiet de Klang von Wiehnachtsglocke. Voll Freid und Spannung weer de Luft, dorch alle Stoawe tooch de Duft von frösche Peperkoke“.

Eure

Ruth Geede

Pfeffernuss und Mandelkern

Weihnachtsbäckerei nach ostpreußischen Rezepten

Alljährlich ruft das Fest wieder die Erinnerungen an Ostpreußen hervor“, schreibt ein Leser aus Neuss – nein, schrieb muss ich sagen, denn dieser Brief ist schon etwas abgelagert, er ist genau vom 11. Dezember 2011 datiert. Warum ich ihn erst heute zum Anlass für meine Extra-Familie nehme liegt daran, dass ich ihn erst erhielt, als unsere Weihnachtsausgabe des Jahres 2011 bereits fertig war und eine direkte Bearbeitung erst nach Neujahr erfolgen konnte – und da war es für das Rezept des gesuchten Weihnachtsgebäcks schon zu spät. Aber nach Weihnachten ist vor Weihnachten, und so habe ich es jetzt hervorgeholt, dass unser Leserfreund es rechtzeitig zum Fest nachbacken oder weitergeben kann. Und weil nun der 1. Advent vor der Türe steht, wo bi ons Tohuus der Pfefferkuchenteig angerührt wurde, damit er bis zum Backen noch sanft ruhen konnte, passt dieses Thema so recht in die Zeit und auf unsere Familienseite.

Die Erinnerung führt unseren Leser nach Königsberg in die Vorstädtische Langgasse 73, wo seine Tante wohnte. Sie pflegte den kleinen **Klaus** und seine Geschwister zum Fest mit köstlichem Gebäck zu versorgen, vor allem mit Pfeffernüssen, deren Geschmack ihm unvergessen blieb. Der Neffe hat immer wieder versucht, das Rezept aufzustöbern, vergeblich. Da die Pfefferkuchen meiner Mutter auch unvergleichlich mundeten, nehme ich ein Rezept aus dem alten „Doennigschen“, wie das Standardwerk der ostpreußischen Kochkunst kurz genannt wurde, das als „Doennigs Kochbuch“ vor 110 Jahren in der Ostpreußischen Haushaltsschule in Königsberg entstand. Nach ihm haben ganze Generationen von ostpreußischen Frauen gekocht und gebacken, so auch meine Mutter. Ich habe es als Kind sehr geliebt, denn die damalige Ausgabe war mit Bildern von fleißigen Heinzelmännchen illustriert, die leider in der ersten Nachkriegsausgabe von 1950, die ich besitze, fehlen. Dafür ist diese aber ein Wälzer von 640 Seiten mit über 2300 Rezepten!

Doch nun zu dem Rezept „Pfefferkuchen 1 (Dicker Honigkuchen)“. Benötigt werden 400 bis 500 Gramm Honig, 400 bis 500 Gramm Mehl, acht Gramm Zimt, zwei Gramm Kardamom, zwei Gramm Piment, zwei Gramm Nelken (alle Gewürze pulverisiert), 25 Gramm süße gehackte Mandeln, 20 Gramm kandierte Pomeranzen- oder Orangenschale, 16 Gramm Pottasche, zwei Gramm Hirschhornsalz und 50 Gramm Zitronat. Zu dem Mehl schüttet man die Gewürze und das in Würfel geschnittene Orangeat. Nach und nach gießt man den kochenden Honig hinzu. Man klopft den Teig tüchtig. Ist er abgekühlt, gibt man die in lauwarmem Wasser aufgelöste Pottasche und das Hirschhornsalz hinzu, knetet den Teig gut durch und bestreut ihn mit Mehl. Der Teig muss mindestens acht Tage ruhen. Diesen Teig kann man zu Blechkuchen wie auch zu Pfeffernüssen verwenden.



Es duftet nach Honig und Zimt Bild: privat

Aber es gibt auch Rezepte speziell für Pfeffernüsse in der ostpreußischen Honigkuchenbäckerei. Für „Braune Pfeffernüsse“ benötigt man 600 Gramm Mehl, zehn Gramm Zimt, zwei Gramm Kardamom, zwei Gramm Nelken, drei Gramm Pfefferkuchengewürz, 25 Gramm gehackte süße Mandeln, 15 Gramm Orangeat, 80 Gramm Zucker. Ein achtel Liter Wasser, 500 Gramm Honig oder Sirup, zwei Esslöffel Gänsefett, ein Eigelb, 15 Gramm Pottasche, ein Gramm Hirschhornsalz, drei Esslöffel Wasser. Zu dem Mehl die Gewürze, das Orangeat und das Gänseschmalz geben. Der Zucker wird mit dem Wasser dick gekocht, mit dem Honig noch einmal aufgekocht und gleich unter das Mehl gerührt. Ist er gut durchgeschlagen und etwas abgekühlt, gibt man die in lauwarmem Wasser gelöste Pottasche, Hirschhornsalz und Eigelb hinzu. Dann klopft man den Teig – unsere Großmütter benötigten dafür mit der Hand noch eine Stunde! –, bestreut ihn mit Mehl und lässt ihn acht Tage stehen. Zum Backen rollt man etwa fingerdicke Rollen, schneidet davon die Nüsse und backt sie auf einem gefetteten, leicht mit Mehl bestäubten Blech bei mäßiger Hitze.

Ein anderes Rezept für „Braune Pfeffernüsse“ ist etwas einfacher: Ein halbes bis drei Viertel Kilogramm Mehl wird mit Gewürzen (drei Gramm Nelken, drei Gramm Kardamom, zwei Gramm Zimt, alle pulverisiert) und 15 Gramm geriebenen bitteren Mandeln gemischt, mit je 250 Gramm kochendem Honig und Zucker gebrüht und gut verklopft. Abgekühlt, werden zwei Esslöffel geschmolzenes Fett, ein Ei, und ein Teelöffel Hirschhornsalz in etwas lauwarmem Wasser aufgelöst, hinzu gegeben und gut verknetet. Mit Mehl bestreut muss auch dieser Teig mindestens eine Woche lang ruhen. Tipp: Sehr schön werden Pfeffernüsse, wenn man von diesen beiden Teigen je die Hälfte nimmt und sie miteinander vermischt, wobei der erste länger geklopft werden muss.

So, lieber Landsmann, nun suchen Sie sich ein Rezept heraus, das Sie nachbacken wollen und können, vielleicht ist ja das Ihrer Tante darunter. Ich glaube, meine Mutter wählte das mit Gänseschmalz, denn ihre Pfeffernüsse zergingen wie Schmand auf der Zunge. Sicherlich werden manche Leserinnen auf ihre eigenen Rezepte schwören, die sich in den Familien vererbt haben. Also dann: Auf zur Weihnachtsbäckerei! *R.G.*



ZUM 103. GEBURTSTAG

Ziemmek, Anna, geb. **Fröhlian**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 5. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schulz, Franz, aus Kölm, Gut Neu Streitswalde, Kreis Heiligenbeil, am 5. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Papies, Eva, geb. **Radtke**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember

Sagon, Liesbeth, geb. **Rebinski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Lange, Hildegard, geb. **Wiwianka**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 5. Dezember

Rieck, Hildegard, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 8. Dezember

Spei, Luise, geb. **Pyko**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 3. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Liebig, Albert, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 9. Dezember

Rohrberg, Wilhelm, aus Preußisch Eylau, am 8. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bernotat, Gertrud, geb. **Zimmermann**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 6. Dezember

Lettko, Helene, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 5. Dezember

Singer, Dr. Heinz, aus Ebenrode, am 4. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kohnert, Eva, geb. **Beutler**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember

Krefting, Maria, geb. **Hoffmann**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 6. Dezember

Oswald, Elli, geb. **Jortzik**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

Wulff, Erika, geb. **Modregger**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 6. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brozio, Gertrud, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 7. Dezember

Gliemann, Agathe, geb. **Köster**, aus Lyck, am 5. Dezember

Guse, Lisbeth, geb. **Bromberg**, aus Bartkengut, Kreis Neidenbuerg, am 4. Dezember

Kaukel, Frieda, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Keck, Ruth, geb. **Kattaneck**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember

Kosubek, Ruth, geb. **Reimann**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 7. Dezember

Kumpat, Heinz, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

Maeding, Margarete, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 7. Dezember

Patz, Herbert, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

Radke, Ilse, geb. **Knischewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brozio, Ilse, geb. **Kottowski**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 5. Dezember

Denike, Frieda, geb. **Bogdahn**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 8. Dezember

Gruhn, Gerda, geb. **Keiluweit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember

Kanzler, Frieda, geb. **Kuschmierz**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

Palluch, Helmut, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Wilhelm, Liesbeth, geb. **Schellong**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember

Zech, Betty, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 9. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bielski, Otto, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

Breuer, Emma, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Dittrich, Charlotte, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 3. Dezember

Dlugokinski, Käte, aus Schönwiese, Kreis Neidenburg, am 9. Dezember

Goetzmann, Hedwig, geb. **Stephan**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember

Kays, Charlotte, geb. **Rama**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember

Naujoks, Edith, geb. **Glowienka**, aus Groß Stürlack, am 7. Dezember

Kreisgemeinschaften erteilen Auskunft:

Die Rechtslage schreibt vor, dass Adressen nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen, würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare nicht mehr zu veröffentlichen.

Damit Glückwunsch- und Grußkarten die Jubilare doch noch erreichen könnten, haben die Vertreter der Kreisgemeinschaften bei der diesjährigen Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) sich dazu bereit erklärt, bei der Adressenvermittlung behilflich zu sein. Wer also einem Jubilar persönlich gratulieren möchte, wende sich bitte an die angegebene Kreisgemeinschaft. Ihre *PAZ*

Olschewski, Günter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Schmidt, Gerda, geb. **Gerwien**, aus Peyse, Kreis Samland, am 9. Dezember

Suhr, Paul, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 9. Dezember

Walpuski, Heinrich, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

Weidmann, Edith, geb. **Ganz**, aus Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adomeit, Erika, aus Gerlauken, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. Dezember

Behrend, Karl-Heinz, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 4. Dezember

Böhm, Ilsegret, geb. **Neumann**, aus Insterburg, Kreis Goldap und Lötzen, am 7. Dezember

Chilla, Christel, geb. **Will**, am 9. Dezember

Flach, Gertrud, geb. **Hill**, aus Sekkenburg, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

Greve, Elsa, geb. **Hoffamnn**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 3. Dezember

Olk, Edith, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

Przygoda, Hildegard, aus Ortelsburg, am 6. Dezember

Reihs, Ewald, aus Neidenburg, am 7. Dezember

Stumpf, Charlotte, geb. **Conrad**, aus Mandtkeim, Kreis Samland, am 7. Dezember

Zarbock, Charlotte, geb. **Wengel**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 9. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Antelmann, Else, geb. **Zacharias**, aus Lyck, Danziger Straße 4, am 9. Dezember

Deutschmann, Erich, aus Ebenrode, am 8. Dezember

Gebuhr, Elly, geb. **Krykowski**, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember

Gindler, Esther, geb. **Trudrung**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember

Gollub, Heinz, aus Statzen, Kreis Treuburg, am 7. Dezember

Jesgars, Karl, aus Lötzen, am 8. Dezember

Kniest, Günther, aus Tilsit, am 3. Dezember

Koslowski, Horst, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 9. Dezember

Kreyling, Emmi, geb. **Powerski**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember

Lange, Manfred, aus Warsche, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember

Lauf, Fritz, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 2. Dezember

Liebner, Hannelore, geb. **Rogalla**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember

Losch, Gertrud, geb. **Offel**, aus Kalaushöfen, Kreis Samland, am 5. Dezember

Mroczek, Ursel, geb. **Grzybowski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 5. Dezember

Niemeyer, Waltraut, geb. **King**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 4. Dezember

Nippert, Ursel, geb. **Schulz**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 9. Dezember

Rohde, Anna, geb. **Danjelzik**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember

Schulze, Dieter, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 6. Dezember

Weitkunat, Günther, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 4. Dezember

Witt, Margarete, geb. **Scherello**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Zehdow, Christel, geb. **Samorski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember

Zintarra, Helmut, aus Ortelsburg, am 4. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bladt, Helga, geb. **Walendy**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Boden, Gerda, geb. **Warschull**, aus Galtgarben, Kreis Samland, am 4. Dezember

Jakielski, Hans-George, aus Treuburg, am 9. Dezember

Jeschke, Heinz, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember

Jorzick, Günter, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Kölling, Sigrid, geb. **Palten**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 6. Dezember

Kozian, Dieter, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

Kutschewski, Willy, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

Marholz, Traute, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis treuburg, am 4. Dezember

Masuch, Erna, geb. **Wysk**, aus Neufließ, Kreis Neidenburg und Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember

Möller, Elly, geb. **Schirmacher**, aus Schönwalde, Kreis Heiligenbeil, am 3. Dezember

Wruck, Erwin, Klein Sakrau, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bednarz, Hildegard, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 9. Dezember

Bernecker, Sieglinde, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Dezember

Dormeyer, Dieter, aus Schwalgenort, am 8. Dezember

Gorlo, Horst-Paul, aus Herzogskirchen, am 4. Dezember

Grünheidt, Waltraut, geb. **Doerk**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember

Lerch, Gerhard, aus Batzdorf, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

Loose, Waltraud, geb. **Stachowitz**, aus Pillau, Kreis Samland, am 7. Dezember

Meyer, Peter, aus Ebenrode, am 5. Dezember

Nitzkowski, Gunter, aus Schwentainen, am 5. Dezember

Pawelzik, Alfons, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember

Schüler, Gertrud, aus Labiau, am 5. Dezember

Wagner, Elli, geb. **Krutzinna**, aus Rodental, am 7. Dezember

Zollondz, Günther, aus Osiekau, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember



Struck, Heinz, aus Talken, Kreis Lötzen, und Frau Anita, geb. **Ingwersen**, aus Bargum, am 6. Dezember

Weihnachtskonzert des Ostpreußenchors Hamburg

Freitag, 14. Dezember, 15 Uhr, St. Gabriel-Kirche, Hartzloh-Platz 17, Hamburg: Der Ostpreußenchor gibt sein Weihnachtskonzert. Der Eintritt ist frei.

Die Kirche kann mit dem HVV-Bus vom U-/S-Bahnhof Barmbek mit den Linien 172 oder 7 bis Haltestelle „Hartzloh“ erreicht werden. Von dort aus sind es zirka noch sieben Minuten Fußweg. Weitere Informationen erteilt Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.

Landesmuseum

Dienstag, 15. Januar 2013, 19 Uhr: **Rominter Heide und Memeldelta** – Naturschutzprojekte im heute russischen Ostpreußen. Vortrag von Prof. Dr. Michael Succow, Greifswald

Projekte zur Einrichtung von Großschutzgebieten im Königsberger Gebiet werden vorgestellt, Prof. Succow ist Träger des „Alternativen Nobelpreises“ und Vorsitzender des Stiftungsrats der Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur, Greifswald.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

16./17. März 2013: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).

15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

27. bis 29. September 2013: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.

18. bis 20. Oktober 2013: 6. Deutsch-Russisches Forum. Geschlossener Teilnehmerkreis.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 1. Dezember, 11.30 Uhr, NDR: Norddeutsche Dynastien: Rickmers.

Sonnabend, 1. Dezember, 19 Uhr, Arte: Mit offenen Karten. Zivilisation: Wandel oder Untergang?

Sonnabend, 1. Dezember, 22 Uhr, Vox: Unschuldig im Gefängnis – Justizopfer und ihr Kampf gegen Fehlurteile.

Sonntag, 2. Dezember, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 2. Dezember, 16.15 Uhr, 3sat: Das Erbe des Römischen Reiches. Syrien, Deutschland, Libyen, Frankreich, Albanien und Libanon.

Sonntag, 2. Dezember, 18 Uhr, ZDF: Adventliche Festmusik aus Dresden.

Sonntag, 2. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Ein russischer Sommer. 1910, die letzten Tage des Autors Leo Tolstoi.

Sonntag, 2. Dezember, 21 Uhr, 3sat: Maya – Könige im Regenwald.

Montag, 3. Dezember, 15.15 Uhr, Phoenix: Versichert und verschaukelt.

Montag, 3. Dezember, 17 Uhr, 3sat: Lachs in der Elbe und Hase im Kohl. Dresdens neues Tierleben.

Dienstag, 4. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Frankreich und die deutsche Besatzungsmacht.

Dienstag, 4. Dezember, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte. „Hitlers Schloss in Posen“.

Dienstag, 4. Dezember, 22 Uhr, WDR: 60 Jahre unter der Krone – Ein Leben als Queen.

Dienstag, 4. Dezember, 22.05 Uhr, MDR: Pläne, Pech und Pannen. Wirtschaft unter Honecker.

Dienstag, 4. Dezember, 22.30 Uhr, SWR: Schlecker-Frauen legen los (1/2).

Mittwoch, 5. Dezember, 20.15 Uhr, SWR: betrifft: Wahnsinn Wärmedämmung. Die Industrie verdient sich eine goldene Nase dank staatlicher Förderung.

Mittwoch, 5. Dezember, 20.45 Uhr, MDR: Achtung Störfall. Wie sicher ist unsere Trinkwasserversorgung?

Mittwoch, 5. Dezember, 21.55 Uhr, Arte: Die Deutsche Lady Jazz. Porträt über Inge Brandenburg.

Mittwoch, 5. Dezember, 22.45 Uhr, ARD: Bericht vom Parteitag der CDU.

Donnerstag, 6. Dezember, 21 Uhr, MDR: Hauptsache gesund. Diagnose Bandscheibenschaden.

Donnerstag, 6. Dezember, 22.10 Uhr, Arte: Botox – Ein Gift macht Karriere.

Freitag, 7. Dezember, 15.15 Uhr, RBB: Ostpreußens Norden. D 2008.

Freitag, 7. Dezember, 20.15 Uhr, HR: Zu Gast in Hamburg.

Freitag, 7. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Aus der Mailänder Scala: Lohengrin.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Donnerstag, 20. Dezember, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Vorweihnachtsfeier.

Reutlingen – Sonnabend, 8. Dezember, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6: Weihnachtsfeier der Ost- und Westpreußen. Zu einem weihnachtlichen Programm sind alle Landsleute und Freunde herzlich eingeladen. Die erste Vorsitzende der LO Baden-Württemberg, Uta Lüttich aus Stuttgart, wird erwartet. Der Weihnachtsmann bereitet eine Überraschung vor. – Während des **Herbstfestes am 17. November** wurde die Gruppe mitgenommen auf die Sommer-Busreise in das Südliche Ostpreußen, die das „junge“ Mitglied Peter Jermann mit den Anklamer Insidern Schukat und Schülke unternahm. Jeder Reisetag, jede Ortsbesichtigung war ein Rückblick und ein Ausblick, ein Erinnern an unsere Kindheit und ein Staunen über das Heute zugleich. Viele der anwesenden Mitglieder fühlten sich in ihre damals noch heile Heimatwelt versetzt, wurden aber konfrontiert mit der Wahrheit – der Zerstörung, dem Elend und dem Tod – und sahen mit Genugtuung den Aufbau und die Aufwärtsentwicklung in der zum jetzigen Polen gehörenden Heimat. Zwischendurch spielte die Seniorengruppe der Volkshochschule Pfullingen passende Herbstlieder, aber auch melodische Lieder zum Mitsingen. Die erste Vorsitzende Ilse Hunger begrüßte Gäste anderer Landsmannschaften wie von Metzingen, die kompletten Tübinger, die Vorsitzende der Pommern- und die erste Vorsitzende der Schlesiergruppe Frau Vogel mit weiteren Mitgliedern, führte durch die Veranstaltung, gab Hinweise zum Programm und musste leider auch Kritik zum Gemeinschaftsleben äußern. Die mit dem Vortrag und dem Abschlusslied und -bild Angesprochenen drückten ihre Freude und Dankbarkeit der Vortragenden gegenüber aus. Ein Dankeschön ging auch an die Mundharmonikagruppe. Insgesamt war es eine gelungene Veranstaltung mit viel Gefühl und Nachwirkung.

Stuttgart – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr, Stuttgarter Ratskeller: Adventsfeier mit festlichem Programm.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Erlangen – Donnerstag, 13. Dezember, 16.45 Uhr, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35, Raum 20: Treffen der Gruppe für die Weihnachtsfeier mit Geschichtchens und Weihnachtsliedern. Gäste sind willkommen. – Das **Grützwurstessen** am 8. November konnte leider nicht stattfinden aus technischen Gründen, aber es wird im nächsten Jahr nachgeholt. Klaus-Dieter Gehlhaar war Retter in der Not. Er zeigte den Film „Ostpreußisches Schatzkästchen“ über Trakehnen, Königsberg und die Kurische Nehrung. Der Film ist aus den Dreißiger Jahren, also eine historische Kostbarkeit.

Nürnberg – Sonntag, 9. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser: Adventsfeier der Gruppe. Gut zu erreichen mit der U-Bahn, Endstation Langwasser-Süd. Gegenüber ist das Haus der Heimat (rotes Gebäude). Das Tucherbräu steht im Augenblick wegen Umbaus nicht zur Verfügung.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

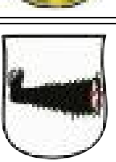


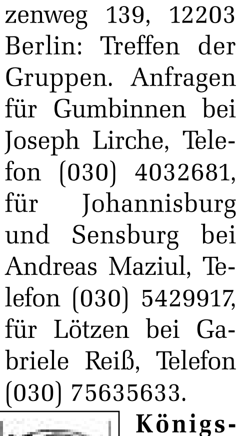


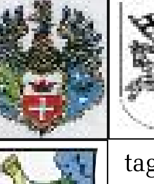


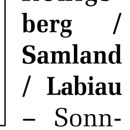


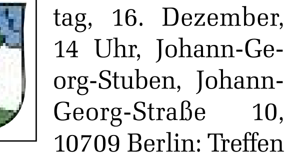
Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Mittwoch, 7. Dezember, 14 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Clubraum, Gradeschützenweg 139, 12203 Berlin: Treffen der Gruppen. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



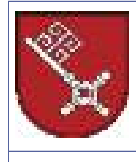








Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 16. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Heimatkreise. Auskunft erteilt Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr, Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen, Haltestelle „Flughafen“, Linie 6: West-/Ostpreußische Adventsfeier. Die Adventsandacht hält unser Mitglied, Pfarrer i.R. Wolfgang Krzizanowski. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt durch den „Arbeitskreis Ostpreußisch Platt“. Die Gruppe möchte mit Ihnen harmonisch und besinnlich zusammensein, Lieder singen und sich an einigen Darbietungen erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen zehn Euro pro Person. Die Teilnahme ist aus organisatorischen Gründen nur nach vorheriger Anmeldung in unserer Geschäftsstelle möglich.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 1. Dezember, 10 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U3-Station Rödingsmarkt): **Christkindlmarkt** der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften mit vielen Angeboten heimatlicher Spezialitäten sowie Literatur. In der Cafeteria wird für das leibliche Wohl gesorgt. Das Ostpreußenzimmer befindet sich im zweiten Stock.

Referat Kultur: Sonnabend, 8. Dezember, 14 bis 17.30 Uhr (Einlass 13 Uhr) Hotel Tomfort, Langenhorner Chaussee 579, 22419 Hamburg, Telefon (040) 5278081: „Adventsfeier Landesgruppe“. Die Veranstaltung wird nach der Begrüßung mit dem gemeinsamen Singen des Heimatliedes „Land der dunklen Wälder“ beginnen. Dann folgt ein kulturelles Weihnachtsprogramm mit dem Ostpreußen-Chor (Vorsitzende Ilse Schmidt) und dem aus dem Memelland stammenden Schauspieler Herbert Tennigkeit. Den Chor dirigiert Hanna Guzinski, sie wird die Gruppe musikalisch in festliche Stimmung bringen. Aber auch das Mitsingen ist angesagt. Herbert Tennigkeit, geboren am 28. Februar 1937 in Gröszpelken, Kreis Tilsit/Ragnit, ein erfahrener Schauspieler, wird literarisch ein lebendes Ostpreußen in voller Poesie und Humor demonstrieren. Auch Nachdenkliches über die Worte unserer Denker und Dichter wird den Teilnehmern nahegebracht werden. Die Veranstaltung leitet Kulturreferent Siegfried Grawitter, 22089 Hamburg, Evastraße 3b, Telefon (040) 205784. Das Hotel ist zu erreichen mit U1 bis Ochsenzoll, dann zirka 400 Meter Fußweg oder Bus 292 bis AK-Ochsenzoll. Übernachtungen sind möglich. DZ 70 Euro, EZ 50 Euro. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen. *H.G.S.*

Westpreußen – Dienstag, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Hotel Tiefenthal, Wandsbeker Marktstraße (1. Etage, Fahrstuhl vorhanden): Festliches Adventstreffen. Die Festansprache hält Pastor i.R. Helmut Brauer, Lübeck. Musikalische Beiträge von Lm. Horst Sombert, Stuhm. Gäste sind willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

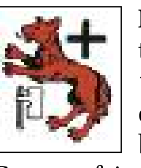
Hamburg/Harburg – Sonntag, 9. Dezember, 11 Uhr, St. Johanneskirche, Bremerstraße 9 (erreichbar mit der S 3 und S 31 bis Station Harburg-Rathaus): Weihnachtsgottesdienst. Die Predigt halten Pastorin Sabine Kaiser-Reis und Ludwig Fetingis aus Plikiai/Litauen. Als Solistin tritt Frau Gaffewitz auf. Im Anschluss lädt die Gruppe bei Kaffee und Gebäck in den Gemeindesaal ein. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 10. Dezember, 14.30 Uhr, Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art. Aus organisatorischen Gründen musste der Beginn der Adventsfeier vorverlegt werden.

KREISGRUPPE



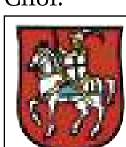
Elchniederung – Mittwoch, 5. Dezember, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, U- und S-Bahn-Haltestelle Ohlsdorf, dann in wenigen Gehminuten zu erreichen: Treffen der Gruppe zu einem Adventsnachmittag mit heimatlichem Schabbern, weihnachtlichem Singen und Julklapp (bitte Päckchen mitbringen). Gäste sind herzlich willkommen.



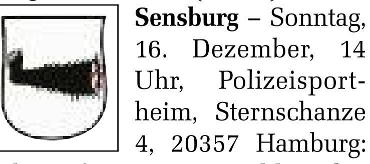
Heiligenbeil – Sonntag, 2. Dezember, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe feiert ihre Weihnachtsfeier. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in und um Hamburg wohnen. Die Gruppe will gemeinsam am Sonntag, dem ersten Advent, mit Gedichten, Liedern, Geschichten und Bildern aus dem „Schätzkästchen Ostpreußen“, auf die Adventszeit und das Weihnachtsfest einstimmen. Der Seniorentreff ist erreichbar mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnhof Billstedt, U-Bahnhof Wandsbek-Markt und U-Bahnhof Hammer Kirche bis Bauerberg. Von hier sind es noch zwei Minuten Fußweg. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen fünf Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254980 bis Freitag, 30. November.



Insterburg – Mittwoch, 5. Dezember, 12 Uhr, Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125: Die Insterburger treffen sich zur Weihnachtsfeier. Vorweihnachtliches Programm mit Liedern und Gedichten zur Einstimmung auf die Weihnachtszeit, mit dem LAB-Chor.



Osterode – Sonnabend, 15. Dezember, 12 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, am Bahnhof Ohlsdorf gelegen: Weihnachtsfeier der Gruppe. Sie beginnt mit einem reichhaltigen Mittagsbüffet. Der Preis für das kalt-warme Büffet beträgt zwölf Euro pro Person. Bitte bis zum 12. Dezember anmelden. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Über zahlreiche Anmeldungen freut sich: Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Sensburg – Sonntag, 16. Dezember, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Adventsfeier. Um Anmeldung bis zum 16. Dezember bei Kurt Budszuhn, Telefon (04101) 72767 wird gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.

Auch Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

FRAUENGRUPPE

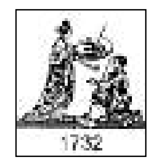


Hamburg-Bergedorf – Montag, 10. Dezember, 14.30 Uhr, Bergedorfer Schloss, Café la note: „Nun kommt für uns eine schöne Zeit“ mit einem bunten Teller voll Adventsgeschichten, Liedern und Gedichten. Bitte anmelden zur Veranstaltung bei Gisela Harder, Telefon (040) 7373220.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 1. Dezember, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Zum Adventstreffen wird herzlich zu folgendem Programm eingeladen: Aktivitäten der Landesgruppe und des Salzburger Vereins 2012. Jahresrückblick mit Bildern. Ostpreußische Texte und Lieder in der Vorweihnachtszeit. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Frankfurt am Main - Am 30. Oktober trafen sich Mitglieder der Kreisgruppe zu einem kulturellen, geselligen Nachmittag. Nach dem ersten **Informations- und Gedankenaustausch** hieß die Vorsitzende Gerlinde Groß die recht zahlreichen Anwesenden herzlich willkommen. Zur Freude aller konnte auch erstmals der hessische Landesvorsitzende der LOW, Wolfgang Warnat, begrüßt werden. Er richtete das Wort an die Anwesenden und stellte sich und seine Aufgaben in der Landsmannschaft vor. Das Hauptthema des Tages lautete: „Heimat in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft". Die Vorsitzende wusste Bemerkenswertes zum Begriff „Heimat" zu sagen. Er kommt interessanterweise in nur in zehn Sprachen vor. Selbst in unseren europäischen Nachbarländern finden wir nichts, was in einem Wort in etwa die Begriffsfülle von „Heimat" wiedergibt. Schon bei den Germanen war es ein Rechtsbegriff für Eigentum, in der Karolingerzeit bedeutete es Familienbesitz und im 9. Jahrhundert freies Eigentum, im Gegensatz zum Lehnsgut und rechtlich gesichertem Eigentum. Im Wort „Heimat" wird der Hausfrieden zum Ausdruck gebracht. Heimat wird uns bei der Geburt geschenkt, sie ist eine Gabe Gottes, ein Naturrecht und ein Menschenrecht zugleich. Heimat wird nicht gewährt, sie ist der Verfügungsgewalt souveräner Staaten entzogen. Die Gegenwart zeigt, wie gedankenlos und leichtfertig mit diesem kostbaren Begriff umgegangen wird. Führend darin sind oftmals die Medien und so manch ein Politiker. Es scheint ihnen erstrebenswert zu sein, entwurzelte Weltbürger zur Verfügung zu haben, die jederzeit bereit sind, sich in neu gewählten oder aufgezwungenen Lebensbereichen einsetzen zu lassen. Traditionen und Heimatgefühle werden dabei zum störenden Kostenfaktor. Jedoch fühlen sich zunehmend gewachsene Familien in ihren lebensnahen Bereichen – also in ihrer Heimat – stärker als sich selbstverwirklichende Fantasten. Das Gehörte stimmte die Anwesenden nachdenklich und es wurden einige weniger erfreuliche Beispiele aus der Arbeitswelt und dem Umgang mit der „Heimat" genannt. Zur Bereicherung dieses Nachmittags mit musikalischer Untermalung war Nelly Neufeld mit ihrem Chor erschienen. Sie erfreute mit Liedern aus der Deutsch-Russischen Kultur. Den Abschluss bildete eine Nachkriegsgeschichte über den Verlust der ostdeutschen Heimat und dem erschütternden Versuch, seine Auswirkungen zu verstehen. Ein großer Teil der Teilnehmer hatte Ähnliches am eigenen Leibe erfahren müssen. Viel zu schnell ging dieser bemerkenswerte Nachmittag zu Ende und man verabschiedete sich bis zum nächsten Mal.

Wetzlar – Sonntag, 2. Dezember, 15.30 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Adventsfeier. – Beim **Monatstreffen im November** schilderte Dr. Peter Wörster die Umwandlung des Deutschordens-Landes zwischen Weichsel und Memel in ein weltliches Herzogtum als einschneidendes Ereignis für die spätere Geschichte der späteren Provinz Ostpreußen. Zu dieser Veränderung habe Martin Luther dem damaligen Hochmeister des Deutschen Ordens, Albrecht von Brandenburg, geraten, führte der Historiker des Marburger Herder-Instituts im Rahmen seines Vortrags über bedeutsame Stationen in der Geschichte Ostpreußens aus. Das einstige Missionsgebiet des Deutschen Ordens sei daraufhin zu einem lutherisch geprägten Herzogtum geworden. Diese Maßnahme habe im damaligen Römischen Reich Deutscher Nation als ein Staatsstreich gegolten, so dass Albrecht das benachbarte Königshaus in Polen veranlasst habe, die Lehnsherrschaft über sein Herzogtum zu übernehmen. In Ermangelung eines regentschaftsfähigen Nachfolgers für Albrecht nach dessen Tod im Jahre 1565 habe dann das Haus Brandenburg-Hohenzollern die Regentschaft übernommen. Mit der Krönung des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. in Königsberg im Jahre 1701 zum König Friedrich I. sei die Vereinigung von Ost- und Westpreußen mit Brandenburg zum Königreich Preußen besiegelt worden. Im Zuge dieser Veränderungen habe Ostpreußen mit seiner im Jahre 1225 als Ordensburg gegründeten Provinzhauptstadt Königsberg für die Ostsee-Anrainerstaaten zunehmend an kultureller und wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Wörster hob die Gründung der Königsberger Universität durch Herzog Albrecht im Jahre 1544 hervor, die heute noch bedeutsame Philosophen und Religionswissenschaftler wie Immanuel Kant (1724–1804), Johann Georg Hamann (1730–1788) und Johann Gottfried Herder (1744–1803) vorzuweisen hatte. Mit Russland habe Preußen immer wieder enge wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen gepflegt. Dabei habe Ostpreußen wegen seiner geografischen Nähe zum Zarenreich eine Brückenfunktion ausgeübt. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Jahre 1914 und dem von den damaligen Siegermächten diktierten Friedensvertrag hätten die preußisch-russischen Beziehungen ein Ende gefunden. Die Nationalsozialisten hätten ihnen mit ihrer Eroberungspolitik schließlich den Todesstoß versetzt. In der Folge wurden der nördliche Teil Ostpreußens nach Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahre 1945 Russland, der Süden Polen zugeschlagen und Königsberg in Kaliningrad umbenannt. Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor 20 Jahren besinne man sich vor allem in der jungen Generation Kaliningrads wieder auf die Geschichte des vormaligen Königsberg und seines Umlandes, beschloss Dr. Peter Wörster seine Ausführungen.





MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

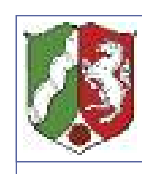
Anklam. – Sonntag, 2. Dezember, 13 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus" Anklam (Baustraße, Nähe Markt): Adventsfeier der Gruppe. Eingeladen sind alle Landsleute von nah und fern, Angehörige und Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen. Auf dem Programm stehen die Jahreshauptversammlung 2012 mit einem Jahresrückblick und die Vorhaben für 2013. Ein Ohrenschmaus wird die „Seemanns-Weihnacht" – ein Konzert des Shanty-Chores Karlshagen – sein. Vorbereitet sind eine gemütliche Kaffeetafel und ein schönes Angebot an Bärenfang und Heimatbüchern. Im Volkshaus ist zugleich die letzte Gelegenheit, noch Weihnachtspäckchen für Ostpreußen zu spenden. Diese sollen wie jedes Jahr im Dezember zu den deutschen Vereinen ins Memelland gebracht werden.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Bevensen – Sonnabend, 15. Dezember, 14.30 Uhr, Kurhaus: Weihnachtsfeier. Die Feier wird umrahmt durch den Kirchenchor der Dreikönigs-Kirchengemeinde Bad Bevensen, wobei die Weihnachtsgeschichte, Weihnachtslieder, Gedichte und Geschichten sowie Kaffee und Kuchen den Nachmittag abrunden werden. Gäste sind herzlich willkommen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Ennepetal – Donnerstag, 20. Dezember, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsveranstaltung mit Gulaschsuppe, belegten Brötchen, Kaffee und Kuchen. Es wird um rege Teilnahme gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.

Essen – Freitag, 14. Dezember, 15 Uhr, Marienheim, katholische Kirchengemeinde St. Maria Himmelfahrt, Schmitzstraße 8, 45143 Essen: Advents- und Weihnachtsfeier der Gruppe. Die Schmitzstraße ist in der Nähe der Kreuzung Altendorfer Straße/Helenenstraße und mit den Straßenbahnen 101, 103, 105, 106 und 109 gut zu erreichen.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

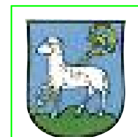
Lippe – Mittwoch, 12. Dezember, 15 Uhr, Stadthalle Detmold, Kleiner Saal: Herbstveranstaltung der Kreisgruppe. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen die Ansprache zum Advent von Gerhard Mörchel, Pfarrer i.R., Weihnachtliche Geschichten von Christel Schrei und Dietlind Silz sowie musikalische Vorträge des Ehepaars Schlingmann. Alle Ostpreußen und Freunde sind herzlich eingeladen.

Siegen – Dienstag, 4. Dezember, 15 Uhr, Weidenau, Bismarckhalle, Kleiner Saal: Der BdV-Kreisverband lädt zur **Feier „50 Jahre Heimatstube"** ein und bittet um Teilnahme, Zurückblenden und Innehalten. Bürgermeister Mues und Landrat Breuer werden mit einem Grußwort dabei sein. – Sonnabend, 8. Dezember, ab 14.30 Uhr, Weidenauer Zimmer, Bismarckhalle: Zur **diesjährigen vorweihnachtlichen Feier** sind alle Landsleute und Gäste herzlich eingeladen. Die Gruppe freut sich über jeden, der kommt. Wer Fahrprobleme hat, kann abgeholt werden. Neben einem heimatbezogenen Progamm mit Liedern und Textbeiträgen bleibt genug Zeit zum Plachandern. Wer ein kurzes Wippchen zu erzählen hat, dem hören die Teilnehmer gerne zu. Die Gruppe bemüht sich auch um einen heimatlichen Filmbeitrag. Werbeexemplare der Haimatzeitungen liegen zur Mitnahme aus. – Auf der letzten **Vorstandssitzung** wurden einige Regularien der Kreisgruppe erörtert: Mitgliederstand, Beiträge sowie heimatliche Büchersammlung in den BdV-Räumen in Siegen im Seilereiweg. In der letzten Zeit erhielt der Vorsitzende Anton Olbrich erneut einige Büchersendungen. Der Buchbestand wurde inzwischen in Regale sortiert und sämtliche Titel sollen katalogisiert werden. Eine stattliche Anzahl gespendeter Heimatbücher, Bilder und Heimatbriefe sind im bisherigen Sammelzeitraum eingegangen. – An der **Spätherbst-Landeskulturtagung** in Oberhausen nahmen der Vorsitzende Olbrich und die frühere Vorsitzende Frau Utikal teil. Herr Olbrich berichtete auf der Vorstandssitzung zusammen mit Professor Penski über die Kulturtagung. Die museale Dauerausstellung zur Geschichte der Heimatvertriebenen aus dem deutschen Osten im Siegerland, vormals Mittel-Ostdeutsche Heimatstube, besteht am 4. Dezember 50 Jahre. Die Sammlung ist zum Thema „Vertreibung der Deutschen – ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitge-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



HEILSBERG

Kreisvertreter: Aloys Steffen, Telefon und Fax (02234) 71906, Am Clarenhof 18, 50859 Köln.

Heimttreffen – Anfang Januar, begann die Vorbereitung des diesjährigen Heimattreffens mit dem Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Heilsberg, Aloys Steffen, Unerwartet erfahren wir, dass das bisherige Standortlokal, das Kolpinghaus International, seine Umbauarbeiten entgegen der ursprünglichen Ankündigung doch nicht rechtzeitig beenden wird. Wir mussten umdisponieren und entschlossen uns, in das Kolpinghaus MesseHotel in Köln-Deutz „umzuziehen“. Wir hofften, dass unsere Landsleute uns am 20. Oktober finden würden. Beim Treffen leuchtete Köln in den schönsten Herbstfarben. Am 19. Oktober trafen die ersten „Freiwilligen“ der Kreisgemeinschaft ein: Jene, die zu den ganz Getreuen – dem Kreistag unserer Kreisgemeinschaft – zählen. Die Sitzung begann um 14 Uhr. Für jene, die es noch nicht wissen: Dieses derzeit etwa 15-köpfige Team (Kreistag) mit einem Vorstand, der sich aus vier Personen zusammensetzt, trifft sich jeweils, um anstehende Fragen und Vorhaben zu besprechen. Unter dem Vorsitz von Aloys Steffen, der seit vielen Jahren dieses Ehrenamt innehat, ging es dann zur Sache. Ein umfangreicher Fragenkatalog und die Tagesordnung, wurden bis zum Abend abgearbeitet. Intensiv und ernsthaft setzte sich dieser kleine Kreis der Teilnehmer mit allen anstehenden Fragen auseinander, die da in etwa lauten: Wie geht es weiter mit unserer Gemeinschaft? Sind unsere Heimattreffen noch zeitgemäß? Wem nützen sie? Was können wir füreinander und miteinander sowie sowie für unsere Heimat mit ihren heutigen Bewohnern überhaupt noch tun? Ist es sinnvoll, wenn wir uns weiter für ein gemeinsames Ziel engagieren und

Neue tragfähige Schultern aufspüren

wie könnten wir diese „Herzenssache“ weitervermitteln? Eine der wichtigsten Fragen: Gibt es genug „Heimaterben“? Wenn wir realistisch sind, erkennen wir sehr schnell, dass genau hier seit Jahren der „Knackpunkt“ zu suchen und zu finden ist. So wie in der Kirche stellt sich hier die gleiche Frage und Aufgabe: jüngere interessierte Menschen sind zu finden, die sich begeistern lassen, die jene Reise in die erinnerungswerte Vergangenheit ihrer Vorfahren wagen und bereit sind, sich hierfür Zeit zu nehmen. Also Menschen, die diese Aufgabe, die bisher vorwiegend von Zeitzeugen wahrgenommen wurde, neue tragfähige Schultern aufzuspüren.

Ein ermutigendes Wort von Aloys Steffen, dem Kreisvertreter: Von Seiten des Vertreters unseres Patenkreises Emsland, der seit über 50 Jahren unsere Sache tatkräftig unterstützt hat, folgt unvermittelt Zustimmung. Partnerschaften zwischen den kommunalen Institutionen des Emslandkreises und dem Kreis Heilsberg [Lidzbark Warminski], haben sich seit etlichen Jahren fortentwickelt. Wir schließen diesen Tag des Kreistags mit der Verabredung, uns im April 2013 in Meppen/Werlte, unserem Patenschaftskreis, wiederzusehen – es muss und wird weitergehen. **Sonnabend, 20. Oktober:** Die großzügige Kapelle des Eduardus-Krankenhauses in Köln Deutz war bis auf den letzten Platz gefüllt. Pfarrer Oskar Müller und Domherr Andre Schmeier waren Zelebranten des Gottesdienstes. Gemeinsam pilgerten wir anschließend zum Kolpinghaus MesseHotel. Das Wetter verführte zu ermländischer Gemütlichkeit. Das beeinflusste natürlich den Ablauf des geplanten Programms. Alle fanden Platz und Aloys Steffen begrüßte die geladenen Gäste. Wie immer gedachten wir jener, die unsere irdische Heimat verlassen haben; jeder hinterlässt eine Lükke, die nicht zu schließen ist. Wir gedachten besonders August Dittrich, der sich nahezu bis zum letzten Atemzug für die im Juli geplante Ermlandreise einsetzte, aber an ihr dann doch nicht teilnehmen konnte. – Im Auftrag und in Vertretung des Landrats Reinhard Winter hörten wir Grußworte von Heiner Schüpp, dem Vertreter des Emsland-Patenschaftskreises. Er ermutigt uns, in unserer Arbeit fortzufahren. Man wird diese auch von dortiger Seite weiter unterstützen. Wir erinnern hier an die Heimatbriefe der Kreisgemeinschaft Heilsberg. Er berichtete auch von jenen Partnerschaften zwischen Städten und Orten im Kreis Heilsberg und dem Emsland, die in den letzten Jahren mit Erfolg abgeschlossen wurden. Aloys Steffen berichtete von den Zielen des BdV (Bund der Vertriebenen). Wir hörten, wie bedeutend der Zusammenhalt unserer Kreisgemeinschaft ist und dass unsere Existenz durchaus noch gefragt ist. Auch in der Heimat wird unser „Dasein“ sehr geschätzt! Des Weiteren schilderte Steffen in Wort und Bild die Einweihung des Gedenksteins in der Bischofs-Allee in Balden / Wutrienen für den in Guttstadt gebürtigen Augustinus Bludau, dem Ermländischen Bischof und Vorgänger von Maximilian Kaller bis 1930. Das Engagement der Kreisgemeinschaft hat zu diesem Stein beigetragen. Erwin Popien trug Neues über die Nutzung der Bibliothek des Historischen Vereins aus Münster vor, die inzwischen nach Herne umgezogen ist. Dirk Vollmer war angereist, um Interessenten über die Möglichkeit der Ahnenforschung in der ermländischen Heimat der Vorfahren zu informieren (www.agoff.de). Roswitha Poschmann gab einen kurzen Bericht über die Heimat der Guttstädter: Über den Verlauf des noch immer währenden erfolgreichen Schüler-Wettbewerbs in deutscher Sprache, der von Joachim Perle in Berlin mit Engagement begleitet wird. Auch in unserer Heimatstadt gibt es Nachwuchsprobleme. In diesem Fall bezog sich diese Sorge vornehmlich auf den Mangel an Schülern, so dass ein Umzug in ein kleineres Gebäude notwendig wird. Des Weiteren: Seit 2007 ist von Dr. Filipkowski mit weiteren Helfern („Verein für Erziehung und Bildung in Dobre Miasto“) ein sogenanntes „Guttstädter Jahrbuch“ (Rocznik Dobromiejski) ins Leben gerufen worden. Diese Beiträge sind teilweise zweisprachig geschrieben und behandeln nicht nur die Vergangenheit Guttstadts, sondern auch aufschlussreiche Biographien von Menschen, die der Stadt viel gegeben haben, wobei die Geschehnisse „unseres 19. Jahrhunderts“ nicht fehlen und auch Ereignisse aus der Gegenwart in Wort und Bild wiedergegeben werden. (E-Mail: snro@snro-dm.net; http://snro-dm.net). Dr. Filipkowski war in diesen Tagen vom Kreis Allenstein [Olsztyn] der Ehrentitel „Freund des Ermlands“ verliehen worden mit der Übergabe einer Messing-Statuette des Nikolaus Copernicus. Besondere Aufmerksamkeit sollte auch einer bedeutenden umfangreichen Bucherscheinung in der Heimat für alle Ermländer in Ost und West geschenkt werden: ein ergreifendes Glaubenszeugnis unserer ermländischen Heimat, zweisprachig dazu, „Ermländische Kapellen“ von Miroslaw „Micia“ Bojenko und Adam Brosch, (für Interessierte: ISBN 978-83-933413-0-6, Copyright: Miroslaw Micia Bojenko 2011, 11-040 Dobre Miasto, Glotowo 72, E-Mail: ramon@interia.pl, Telefon 0048/603084777). – Auch fröhliche Klänge bei gemeinsamem Gesang heimatlicher Lieder und mitreißender Klavierbegleitung durften nicht fehlen! Was aber fehlte, war die Zeit zum Gespräch. Wer es noch schaffte, sich etwas Zeit zu gönnen, übernachtete im Kolpinghaus MesseHotel und nahm am nächsten Tag entweder an der Wallfahrt nach Kevelaer teil oder an einem besonderen Kölner „Kulturausflug“ ins Rautenstrauch-Museum im Zentrum von Köln, das vom Europarat als das „Museum des Jahres 2012“ empfohlen wird. Danke allen, die zum Gelingen dieser Tage beigetragen haben, doch vor allem danke Aloys Steffen, der das Schiff unserer Kreisgemeinschaft seit vielen Jahren so erfolgreich gesteuert hat! Auf diesem Weg heimatliche Grüße der Verbundenheit an jene, denen es versagt blieb, bei uns zu sein!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

schichte“, damals mit vielen geretteten Erinnerungsstücken aus den Heimatgebieten ausgestattet. Im sogenannten „Turmzimmer“ des Siegerlandmuseums fanden die Andenken aus der Heimat die erste Bleibe. Der Kulturwart konnte wieder mehrere Paketsendungen an alte und kranke Landsleute fertigstellen und in die Heimatgebiete mitgeben. Der Landesgruppe unter Herrn Zauner und der Bruderhilfe Ostpreußen sowie Privatspendern sei herzlich für die Unterstützung gedankt. Diese Paketsendungen sind für die genannte Personengruppe eine beachtliche Hilfe, besonders in der kalten Jahreszeit und bedeuten für die Landsleute in der Heimat das Gefühl, nicht vergessen zu sein.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

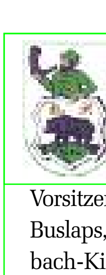
Chemnitz – Ein **Heimatnachmittag** von ganz besonderer Art. Nach 20 Jahren vorbildlicher Arbeit sollte nun Kurt Jurgeit einen besonderen Dank erhalten. Am Sonnabend, 3. November, trafen sich die ostpreußischen Landsleute in Oelsnitz / Vogtland von der Kreisgruppe Auerbach. Fridolin Hergeist aus Goldap begrüßte die Landsleute und Gäste. Er hatte eine besondere Überraschung vorbereitet für Kurt Jurgeit. Nicht nur die Landsleute der Kreisgruppe waren der Einladung gefolgt, sondern es waren auch viele Gäste angereist. Der Landesvorsitzende der Ost - und Westpreußen Landesgruppe Sachsen e. V., Alexander Schulz wurde als Ehrengast besonders herzlich und freudig begrüßt, ebenso der Redakteur unserer Zeitung der Vertriebenen und Spätaussiedler in Sachsen, Mario Morgner aus Rodewisch. Von Chemnitz und Limbach / Oberfrohne konnten ostpreußische Landsleute begrüßt werden. Alle wollten gerne an diesem Tag dabei sein. Kurt Jurgeit konnte schon in allen Kreisgruppen mit seiner Mundart Freude bereiten. An so manchen gelungenen Auftritt mit viel Charme und Humor konnten wir uns erinnern. Das Allerbeste davon ist, Kurt Jurgeit hat alles im Kopf gespeichert. Von den Frauen von Nidden bis hin zu den Sehenswürdigkeiten der Heimat ist er bestens informiert. – Der Landesvorsitzende der Ostpreußen in Sachsen, Alexander Schulz, verlas die **Laudatio für Kurt Jurgeit** und überreichte die silberne Ehrennadel der Ostpreußen. Er bedankte sich herzlich für die geleistete Arbeit und wünschte auch weiterhin viel Kraft, Gesundheit und Gottes Segen für die Zukunft. Marie Morgner schloss sich den guten Wünschen an. Das Ostpreußenlied sangen anschließend alle Landsleute. Von Chemnitz überreichte Hannelore Kedzierski, ein Ehrenmitglied der Landesgruppe, doppelt selbst gestrickte Socken mit Trakehner Pferdchen, damit Kurt Jurgeit keine kalten Füße bei der ehrenamtlichen Arbeit bekommt, und Ostpreußensen damit er immer und überall seinen Senf dazu geben kann: Irmgard Gläser, Mitglied der fleißigen Frauengruppe Limbach / Oberfrohna übergab ein gewebtes Jostenband als Geschenk, das in der Werkwoche in Bad Pyrmont hergestellt wurde, mit dem Namenszug „Lorbass“, was sehr zutreffend für den fröhlichen Kurt Jurgeit ist. Harald Kedzierski hatte Bernsteinsplitter in einem selbst gebastelten Kästchen mitgebracht als Gruß aus der Heimat. Es gab Blumen und Gratulationen die alle von Herzen kamen. An diesem Nachmittag berichteten die Landsleute von Flucht und Vertreibung und wie wir uns verbunden fühlten durch die verlorene Heimat und die furchtbaren Erlebnisse. Wir hörten erschüttert zu wie Barbara Schardt, Maria Hennig und Irmgard Stockburger von ihrer Flucht berichteten. Es war so stil,l man konnte eine Stecknadel fallen hören. Nach den Berichten wurden alle mit Kaffee und Kuchen bewirtet und wir hatten Gelegenheit zu guten Gesprächen. Alexander Schulz und Mario Morgner hatten Zeitungen der Vertriebenen mitgebracht und Broschüren von unserem Museum in Reichenbach bei Görlitz. Dieser schöne Heimatnachmittag klang harmonisch aus und er hat uns gezeigt wie wichtig die jahrelange Freundschaft ist. Auf dem Heimweg regnete es in Strömen und doch hatten wir im tiefsten Herzen Sonnenschein. Wer nun den Kurt Jurgeit gerne bei seinen Vorträgen hören möchte, der kann ihn erleben am 8. Dezember um 14 Uhr in Chemnitz im Gasthaus Platner Hof, denn dort wird er die Landsleute Ost- und Westpreußen von der Kreisgruppe Chemnitz erfreuen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Adventsfeier der Ost-, Westpreußen und Danziger. Pastor Kark-Carlson wird besinnliche Worte zum bevorstehenden Weihnachtsfest sprechen. Für die musikalische Umrahmung sorgt Kathrin Kark aus Landkirchen mit ihrer Flötengruppe. Aber auch das Kulinarische wird an diesem Nachmittag nicht zu kurz kommen. Weihnachtliche Geschichten sowie Lieder werden die Mitglieder unterhalten.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

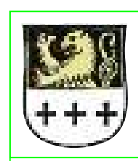
Darmstadt – Sonntag, 9. Dezember, Bürgerhaus, kleiner Saal, Rodenseestraße 5, 64390 Erzhausen: Weihnachtsfeier. Zur jährlichen vorweihnachtlichen Zusammenkunft sind alle Angehörigen und Freunde herzlich eingeladen. Gäste sind willkommen. Telefon (06150) 866666. Parkplätze sind vorhanden. Königsberg-Stadt



KÖNIGSBERG– STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Zehntägige Busreise nach Königsberg vom 16. bis 25. Juli 2013 – Die Fahrt geht von Duisburg, Hauptbahnhof, Westeingang, ab 6 Uhr, Hannover 10 Uhr, Berlin-Schönefeld 14–14.30 Uhr. Dann Richtung Schneidemühl, Hotel Gromada/Rodlo mit Übernachtung. Am Mittwoch, 27. Juli, geht es weiter über Schlochau, Marienburg mit Fotostopp über Braunsberg an die polnisch-russische Grenze. Weiter geht es nach Königsberg, Hotel Kaliningrad. Tagesfahrten ab 18. bis 23. Juli nach Waldau mit Folklore, Arnau, Heiligenwalde. Am 19. Juli nach Labiau, Tilsit, Breitenstein Museum, Insterburg, Tapiau. Am 20. Juli nach Gumbinnen zur Rominter Heide und zurück über Angerapp, Insterburg, Königsberg. 21. Juli: Tag zur freien Verfügung. 22. Juli: Palmnicken, Rauschen, Neukuhren. 23. Juli: Kurische Nehrung mit zwei Stunden Möglichkeit zum Baden, Vogelwarte und Dünen. 24. Juli: Rükkreise über Kolberg nach Stettin, Hotel Panorama. 25. Juli: Rückreise auf der Strecke der Hinreise. Weitere Informationen und das komplette Programm sowie die Anmeldung erhältlich bei Willi Skulimma, Aaakerfährstraße 59, 47058 Duisburg.



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Besuch des Stadtfestes in Preußisch Eylau – In der Zeit vom 5. bis 12. September fuhr eine kleine Delegation mit einem VW-Bus des Landkreises Verden nach Preußisch Eylau zum Stadtfest. Von der Kreisgemeinschaft nahmen der Kreisvorsitzende Rüdiger Herzberg und der Geschäftsführer Manfred Klein an der Reise teil. Die Reiseroute führte über Berlin – Stettin – Köslin – Stolp nach Danzig. Gegen 18 Uhr trafen wir im Hotel „Amber“ im Außenbezirk von Danzig ein. Am Donnerstagvormittag besuchte die Delegation bei schönem Spätsommerwetter die Innenstadt Danzigs mit ihren Sehenswürdigkeiten. Gegen Mittag fuhren wir über Elbing zum neuen Grenzübergang Mamonowo 2 (Heiligenbeil). Die Abfertigung an der Grenze nach Russland verlief ohne Schwierigkeiten. Bereits um 15 Uhr konnten wir unser Hotel „Skipper“ in der Nähe der Dominsel am Pregel in Königsberg beziehen. Leider gibt es zur Zeit in Preußisch Eylau keine Übernachtungsmöglichkeiten, so dass wir in Königsberg übernachten mussten. Am Sonnabend, 8. September, nahm die Delegation am Stadtfest in Preußisch Eylau teil. Der Landrat von Preußisch Eylau [Rayon Bagrationowsk], Herr Neskoromnij, gab zum Auftakt des Stadtfestes für die angereisten Patenschaftsdelegationen im Saal des ehemaligen Landratsamtes einen Empfang. An dem Empfang nahmen neben zahlreichen Mitgliedern der Oblastverwaltung aus Königsberg noch weitere Patenschaftsdelegationen aus Polen, Litauen und Dagistan (am Kaspischen Meer) teil. Der Vor- und Nachmittag des Stadtfestes wurde gestaltet von den Schulen und Jugendorganisationen aus Preußisch Eylau. Tanz und Gesangsgruppen traten auf einer großen Bühne auf. Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein Umzug von Schülerinnen und Schülern in historischen Gewändern und Bekleidungen. Gegen 17 Uhr verließen wir Pr. Eylau und fuhren nach Allenstein, um dort zu übernachten. Am Sonntag, 9. September, traten wir gegen 8.30 Uhr die Heimreise nach Verden an.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Erinnerung an die ehemalige Kirche von Großlenkenau – Auf ihre diesjährige Reise in ihre Heimat Großlenkenau nahm die Kirchspielvertreterin Gerda Friz eine Gedenktafel mit, auf der die Geschichte der zerstörten Kirche auf Deutsch und Russisch beschrieben wird. Ein Bild der Kirche ist auch vorhanden. Die Tafel wurde in Anwesenheit des Bürgermeisters der Stadt Ragnit (Neman), W. Klenjowski, der Leiterin des örtlichen Kindergartens „Lesowitschok“, T. Lomakina, übergeben. In einer Verordnung hat Bürgermeister Klenjowski die Aufstellung der Gedenktafel am Gebäude des Kindergartens offiziell genehmigt und mit der Durchführung den Vorsitzenden der örtlichen Freundschaftsgesellschaft „Neman-Plön“, R. Frangulјan, und die Direktorin des Kulturhauses, O. Alauna, beauftragt. Für den Erhalt der Gedenktafel als Objekt kulturellen Erbes erklärte er die Leiterin des Kindergartens für zuständig. So können sich die heutigen Bewohner des Dorfes über die Geschichte der Kirche informieren, und Gerda Friz ist sich sicher, dass Reisende aus Deutschland sich darüber freuen werden, ihre Kirche noch einmal vor Augen zu haben. Die Glocken der Kirche, die erst 1904 im Stile der Ordensgotik erbaut wurde, läuteten zum letzten Mal im Oktober 1944, als das Kirchspiel auf die Flucht ging. Die Kirche wurde als „Jubiläumskirche“

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Ostheim Bad Pyrmont

Weihnachtsfreizeit für Senioren im Ostheim Bad Pyrmont – Vom 19. Dezember 2012 bis 2. Januar 2013 bietet das Ostheim eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen, der Gymnastik oder Diameditationen nach dem Frühstück, über Spaziergänge, einem ostpreußischen Filmabend, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel und natürlich echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen, findet jeder Gast etwas Passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der alten Heimat ist. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein.

Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 679 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier und die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

dank vieler Einzelspenden und einer kaiserlichen Geldzuwendung aus Anlass des 200-jährigen Bestehens des preußischen Königtums erbaut. Sie bot insgesamt 654 Besuchern Platz, war 25 Meter lang, 15 Meter breit und hatte sogar schon eine Fußbodenheizung. Der Taufstein, der von den ersten Besuchern nach der Wende in den Trümmern der Kirche gefunden wurde, befindet sich heute auf dem alten Standort der Kirche. Der letzte Pfarrer war Gerhard Walter.

Wand der Erinnerung – In der Bücherei von Großlenkenau soll eine „Wand der Erinnerung“ entstehen. Die beiden Leiterinnen der Bücherei sind sehr an der Vergangenheit ihres Dorfes interessiert. Gerda Friz konnte während ihres Besuches als „Startkapital“ einige alte Fotos übereichen, die dankbar angenommen wurden. Für die Kirchspielvertreterin sind das Erinnern und das Wissen der jetzigen Bewohner sehr wichtig.

Kant, Kollwitz und Bernstein

Das Museum Stadt Königsberg in Duisburg wird 20 Jahre alt

Im Dezember erfüllen sich 20 Jahre seit der Eröffnung des modernen Stadtmuseums Königsberg im Kultur- und Stadthistorischen Museum Duisburg am Johannes-Corputius-Platz. Die Einrichtung löste das alte, 1968 eingerichtete Museum „Haus Königsberg“ ab. Für die Stiftung Königsberg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, die in Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) und der Stadt Duisburg das Museum betreut und verwaltet, war das 60-jährige Jubiläum der Städtepatenschaft im September dieses Jahres ein passender Anlass, um die Dauerausstellung „Königsberg – eine europäische Metropole“ zu erweitern und die Sonderschau „Bilder zur Geschichte der Patenschaft“ einzurichten.

Bei einem Rundgang durch die Museumsräume kann sich der Besucher einen Überblick über die geschichtlichen und kulturellen Meilensteine in der Entwicklung Königsbergs verschaffen. Die Dauerausstellung erinnert mit facettenreichen Exponaten an besondere Ereignisse der über 700-jährigen deutschen Geschichte der Stadt. Dabei werden Aspekte des Handels und der Wirtschaft ebenso hervorgehoben wie die Bedeutung der Universität und großer Persönlichkeiten der Kultur- und Geistesgeschichte. Berücksichtigt wird darüber hinaus auch die russische Geschichte der Stadt, die seit 1946 offiziell Kaliningrad heißt.

Reiche Geschichte der ostpreußischen Hauptstadt beleuchtet

Anhand von Landkarten, Stadtplänen von Königsberg, Archivbildern zur Stadtgeschichte, Malereien, Grafiken und Skulpturen sowie Bernstein-, Porzellan- und Goldschmiedearbeiten und nicht zuletzt mit einer beachtlichen Münzen- und Medaillensammlung werden in der Ausstellung die Höhepunkte der europäischen Metropole veranschaulicht. Aus der Vorgeschichte wird unter anderem festgehalten, dass die ersten Bewohner des Samlandes und der Region um das spätere Königsberg Jäger und Sammler aus dem Osten waren. Es folgten Zuwanderer aus Norddeutschland und Skandinavien. Königsberg wird als eine Schöpfung des Deutschen Ritterordens vorgestellt, die 1255 gegründet wurde.



Illustrierte Chronik: Schautafeln in den Ausstellungsräumen Bild: D.G.

Nach der rund 300-jährigen Herrschaft des Ritterordens entstand ein im Hause Hohenzollern erbliches, evangelisches, von Polen lehnsabhängiges Herzogtum. Von 1457 bis 1945 war Königsberg Hauptstadt und kulturelles sowie wirtschaftliches Zentrum des östlichen Preußens und die östlichste und nördlichste Großstadt des Deutschen Reiches.

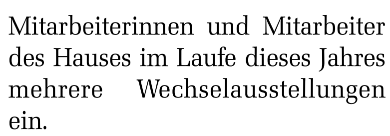
Berücksichtigt werden historische Höhepunkte wie die Gründung der Universität „Albertina“ (1544) sowie die Krönungen der Preußenkönige Friedrich I. (1701) und Wilhelm I. (1861).

Besuchermagnete sind nach wie vor die Bernstein-Exponate, die aus hauseigenen Beständen beziehungsweise von Leihgebern stammen. Einzigartig sind die Jugendstil-Bernsteinmöbel aus dem Jahre 1900, die für die Pariser Weltausstellung gefertigt wurden.

Im Mittelpunkt weiterer Sammlungsschwerpunkte stehen Persönlichkeiten wie Immanuel Kant, E.T.A. Hoffmann, Ernst Wiechert, Otto Besch und Käthe Kollwitz sowie Maler der Königsberger Kunstakademie. Aus der kartographischen Sammlung sind Preußenkarten von Gerhard Mercator zu sehen.

Das Museum verfügt über eine Bibliothek mit rund 4500 Büchern und eine Königsberger Adressdatei mit 300000 Namen früherer Königsberger Bürger und ihrer Nachkommen.

Wie der langjährige Betreuer des Museums, Lorenz Grimoni, verriet, richteten die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses im Laufe dieses Jahres mehrere Wechselausstellungen ein.



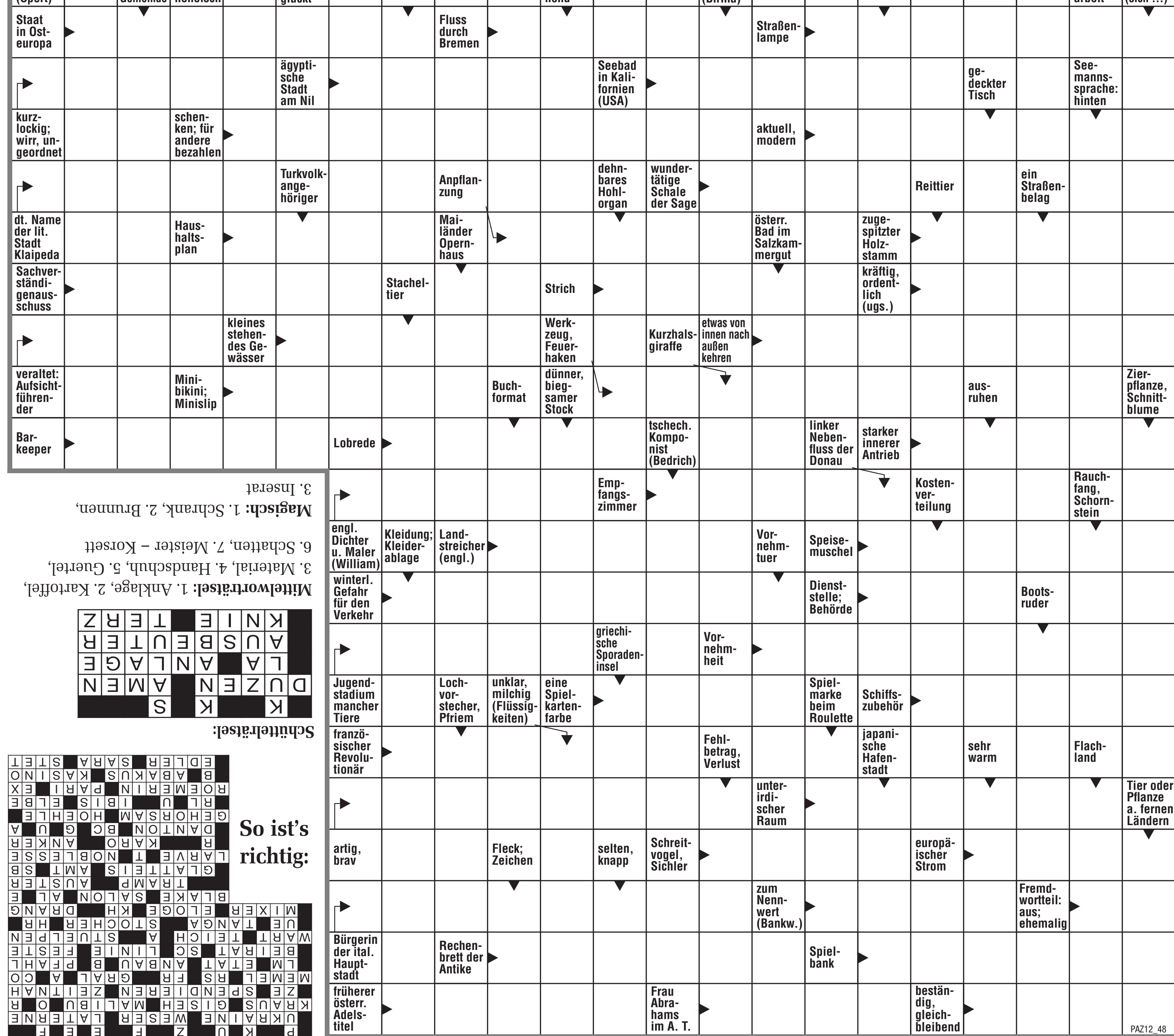
Zu besichtigen waren Präsentationen unter dem Motto „Im Dienste der Demokratie – Eduard von Simson aus Königsberg“, „Gerhard Mercator und seine Darstellungen von Preußen“ sowie „Vor 125 Jahren geboren: Ernst Wiechert“.

Bis zum 31. Dezember ist im Museum Stadt Königsberg die Wechselausstellung „Bilder zur Geschichte der Patenschaft“ geöffnet. Anhand einer Zeitleiste lassen sich die wichtigsten Etappen der 60-jährigen Patenschaft der Stadt Duisburg für Königsberg nachvollziehen. Archivbilder, Dokumente, Zeitungsausschnitte sowie Bücher und historische Plakate sind chronologisch angeordnet, so dass der Besucher im Zeitraffer die Höhepunkte der zahlreichen Begegnungen kennenlernen kann.

Herausragende Exponate sind die Patenschaftsurkunde aus dem Jahre 1952, das restaurierte Königsberger Wappen von 1958 und die Königsberger Bürgermedaille, die im September 2012 den Bürgern der Stadt Duisburg verliehen wurde.

Erinnert wird in der Schau auch an große Ausstellungen des Museums, darunter an die herausragende Präsentation zum Thema „Kant der Europäer“, die als Veranstaltung der „Ruhr 2010-Kulturhauptstadt Europas“ gezeigt wurde.

Dieter Göllner



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

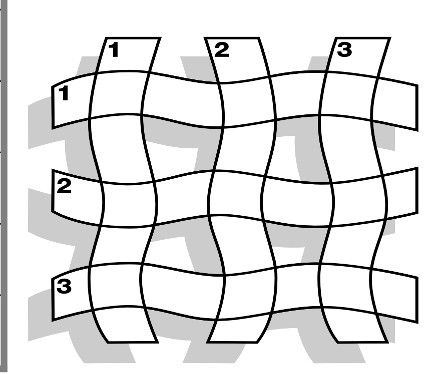
AKKLU		ANUZ	ABEKN		ALSTU		AEMT	EEGR	ENRZ
					AEMN				
DENUZ			AAEGLN						
ABEERSTUU									
EIKN					ERTZ				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein versteiftes Mieder.

1	SELBST		BANK
2	FRUEH		MEHL
3	ROH		FEHLER
4	FAUST		FACH
5	LEDER		REIFEN
6	LID		MORELLE
7	HAUS		STUECK

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Möbelstück
2 Wasserförderanlage
3 Zeitungsanzeige

Ehre für Peter Pott

LO würdigt Kreisgruppenvorsitzenden



Auftritt bei der 60-Jahrfeier der Kreisgruppe Neuss: Der Vorsitzende Peter Pott Bild: P.W.

Peter Pott wurde am 9. April 1942 in Grünau im Kreis Lötzen geboren. Die Flucht seiner Mutter mit vier Söhnen, unter denen Pott der jüngste war, endete in Niedersachsen. 1956 begann er eine Tischlerlehre in Hamburg. Dem Umzug nach Neuss im Jahre 1964 folgte vier Jahre später die Meisterprüfung als Tischler. Im Jahre 1971 wechselte Peter Pott in einen kaufmännischen Beruf und arbeitete zunächst für die Kaufhof AG und zuletzt für eine Holz- und Werkstoffhandlung.

Seit neun Jahren ist Peter Pott der überaus rührige Vorsitzende der Kreisgruppe Neuss in der Landsmannschaft Ostpreußen. Seit seinem Amtsantritt unterstützt er die Ostpreußen in Neuss und Umgebung und hält die Landsleute in beispielhafter Art und Weise zusammen. Die Kreisgruppe Neuss zeichnet sich durch ein aktives Vereinsleben aus, das den üblichen Rahmen einer örtlichen Gruppe sprengt.

Auf Initiative von Peter Pott wurde im November 2007 ein „Heimatwald der Landsmannschaften“ angepflanzt, für den die Stadt Neuss eine Fläche von 1,8 Hektar zur Verfügung stellte. Mit diesem Wald leisteten die Vertriebenenverbände einen Beitrag zur Weitergabe einer intakten Umwelt an die nächste Generation, da der Rhein-Kreis Neuss einer der waldärmsten Kreise der Bundesrepublik Deutschland ist. Zudem demonstrieren die Neusser Heimatvertriebenen auf diese Weise, dass sie im neuen Kreis zu Hause sind. Das Vorhaben wurde auch von der deutschen Volksgruppe im Kreis Lötzen im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt. Die Vorsitzende des Deutschen Vereins der masurischen Kreisstadt erhielt Kenntnis von diesem Projekt und spendete einen Geldbetrag. Zur Einweihung des Heimatwaldes brachte Frau Jolanta Piotrowska, die offiziell von der Stadt Neuss eingeladene Bürgermeisterin von Lötzen, einen Baum aus der Heimat mit.

Im Januar 2011 fand auf Anregung von Peter Pott ein Ökumenischer Gottesdienst der Neusser Landsmannschaften in der Quirinus-Basilika am Neusser Markt statt.

Auch die in der Lötzener Heimat verbliebenen deutschen Landsleute werden von Peter Pott unterstützt. Anfang 2011 wurden beispielsweise 25 elektrisch verstellbare Krankenbetten für das Lötzener Hospiz auf den Weg gebracht.

Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Neusser Gruppe organisierte Peter Pott eine Ausstellung mit Exponaten aus dem Kulturzentrum Ostpreußen in der Stadtsparkasse Neuss.

Für seinen langjährigen Einsatz für Ostpreußen ist Pott bereits mit dem Silbernen Ehrenzeichen der LO ausgezeichnet worden.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Peter Pott das Goldene Ehrenzeichen. *P.W.*

Ein wunderbarer Nikolaus

Geheimnis um den Spender der Gebetsbücher wurde erst im nächsten Jahr gelüftet

Es gab einmal ein Weihnachtsfest, das war ganz anders als die Feste, die man sonst kennt, denn jeder – ob jung oder alt – hatte am Nikolaustag ein Gebetbuch vor seiner Tür liegen. Es war kostbar, denn es zeigte im Gegensatz zu den herkömmlichen Gebetbüchern viele Bilder in leuchtend bunten Farben, sogar mit Blattgold verziert, und seine Schrift war auserlesen wie in den Bibeln aus früheren Jahrhunderten.

Am nächsten Tag konnte man es schon im Fernsehen hören: Die Welt stand Kopf, weil die Menschen gern wissen wollten, wer sie so reich beschenkt hatte, ohne dass es jemandem aufgefallen war. Der eine oder andere hatte sich tatsächlich ein Gebetbuch gewünscht und freute sich nun darüber; die meisten Leute hätten sich ein solch teures nie kaufen können. Aber auch denen, die nicht in die Kirche gingen, war es sehr Recht, weil es so außergewöhnlich war. „Wer kennt den geheimnisvollen Spender der Gebetbücher?“, fragten nun täglich die Nachrichtensprecher, aber niemand wusste etwas.

Das alte Jahr ging zu Ende und das Geheimnis wurde nicht gelüftet. Real waren nur die Gebetbücher, die die Gottesdienstbesucher in aller Welt fleißig benutzten, weil jeder sie in seiner eigenen Sprache lesen konnte. Selbst diejenigen, die nicht religiös waren, warfen sie nicht weg, sondern stellten sie in ihre Regale und erfreuten sich an ihnen, weil sie wirkliche Kunstwerke darstellten.

Bild: privat

Das nächste Weihnachtsfest stand bevor. Am Nikolaustag gab sich der geheimnisvolle Geber im Rahmen einer Fernsehgala zu erkennen. Der lang Gesuchte war ein älterer Herr, der den Wunsch hatte, mit seinem Geld noch etwas Sinnvolles zu tun, und so kam er auf die Idee, die Bücher auf seine Kosten drucken und verbreiten zu lassen. Wenigstens erklärte er das so. „Warum haben Sie denn ausgerechnet Gebetbücher unter die Leute gebracht“, fragte der Moderator, „und wie haben Sie es nur geschafft, sie so schnell an so viele Menschen zu verteilen, ohne dass irgendjemand etwas mitkriegte? Das erscheint mir wie ein Wunder!“ Der als Nikolaus angezogene Mann lächelte fein und wischte sich mit einem durchsichtigen Taschentuch, das wie Nebelgespinst aussah, die Stirn. „Ganz einfach“, seine Stimme war tief und klangvoll, „ich wollte, dass die Menschen wieder beten. Sie brauchen das Gebet so nötig, sie wissen es nur nicht.“

In dem allgemeinen Festtrubel verschwand der freundliche Spender, lief die Treppe hinunter ins Freie und bestieg einen weißen Esel, der gerade angaloppiert kam und ihn mit freudigem „Ia“ begrüßte. Mit wunderbarer Leichtigkeit erhoben sie sich in die klare Luft hinauf. Die Leute, die draußen standen, sahen erstaunt, wie der Nikolaus seinen

Die Menschen besannen sich auf vergessene Werte

roten Mantel abwarf, der sich wie von Geisterhand gezogen langsam ausbreitete und als Abendröte über den ganzen Himmel flammte, dann verschwanden Tier und Reiter.

An diesem Abend nahmen Viele ihre wunderschönen Bücher in die Hand, betrachteten die bunten Bilder und fingen an zu beten und die Lieder zu singen, von denen sie manche noch aus ihrer Kindheit kannten. Da war auf einmal eine große Freude und Stille unter den Menschen, es schien, als hielte die Welt einen Augenblick den Atem an. *Gabriele Lins*

Goldap – Tor zur Rominter Heide

Neue Publikation über die Stadt Goldap erschienen

Die Zeiten der Besiedelung des Goldaper Landes um die Wende des 15./16. Jahrhunderts von Insterburg und Angerburg aus, die erstmalige urkundliche Erwähnung des Ortes „Goldap“ als Jagdhof im Jahre 1551, den Auftrag von Herzog Albrecht von Preußen, eine Stadt zu gründen, und die Verleihung des kulmischen Stadtrechtes durch Herzog Albrecht II. Friedrich am 14. Mai 1570 an das „Städtlein Goldappe“ – diese geschichtliche Daten enthält das neue Heft „Die Stadt Goldap – das Tor zur Rominter Heide“, welches nun vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen aufgelegt wurde.



Die Autoren Roman Gogan und Bernhard Denga haben die 14-seitige Broschüre in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Goldap ausgearbeitet. Neben den Geschehnissen durch die Jahrhunderte Kriegswirren mit Polen und Tartaren, mehreren Stadtbränden und der industriellen Entwicklung der Stadt bis zur Zerstörung durch die russischen Truppen im Zweiten Weltkrieg sind auch die Geschichte der Garnison, die der Kirchen in der Stadt und im umliegenden Kreis sowie der einzelnen Schulen beschrieben.

Zusammenarbeit der Kreisgemeinschaft Goldap mit Autoren

Ein Abriss über Handwerk, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft der Region rundet die Beschreibung ab. Ergänzt wird das im Eigenverlag des Kulturzentrums erschienene Buch mit einem Blick auf das Kultur-, Gesellschafts- und Vereinsleben Goldaps und nicht zuletzt auf die an die Stadt grenzende Rominter Heide.

Das auf hochwertigem Kunstdruckpapier hergestellte Werk enthält zahlreiche historische, teilweise farbige Abbildungen. Der gesamte Text ist zweisprachig in Polnisch und Deutsch gehalten und entspricht im Wesentlichen der gleichnamigen, im „Haus der Heimat“ in Goldap Mitte dieses Jahres eröffneten Dauerausstellung des Kulturzentrums Ellingen. *Manfred E. Fritsche*

Das Heft kann vom Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von drei Euro zuzüglich Porto und Versandkosten bezogen werden. Weitere Informationen gibt es auch im Internet unter http://www.kulturzentrum-ostpreussen.de.

Eberswaldes goldige Zeiten

PAZ-Thema Archäologie: Schon in der Bronzezeit wurde um Bernstein reger Handel betrieben

Zu den bedeutendsten Funden der Bronzezeit in Mitteleuropa zählt der Goldschatz von Eberwalde, Brandenburgs und Deutschlands größter Goldfund. Auf dem Gelände des Messingwerks im Ortsteil Finow stießen Bauarbeiter am 13. Mai 1913 bei Ausschachtungsarbeiten auf ein großes Tongefäß, in dem Gegenstände aus gelblichem Metall steckten.

Überrascht soll einer der glücklichen Finder ausgerufen haben: „Da haben se jar eenen alten Pott mit Messing injebuddelt!“ Doch was da noch ein wenig glänzte, war tatsächlich Gold: acht reich verzierte Schalen, dazu Hals- und Armschmuck, Barren und Drähte, insgesamt 81 Teile mit einem Gewicht von 2,6 Kilogramm. Der Messingwerkbesitzer Gustav Hirsch belohnte die Finder großzügig und schenkte den aufsehenerregenden Goldschatz dem Kaiser, der ihn dem Berliner Völkerkundemuseum überließ.

Archäologen stellten fest, dass es sich um einen Hortfund aus der jüngeren Bronzezeit handelt, der im 10. oder 9. Jahrhundert v. Chr. vergraben wurde. Darüber hinaus warf der Fund Fragen auf, die kontrovers diskutiert wurden, was einen Zwist in der gesamten Archäologenzunft zur Folge hatte.

Nach Ende des Ersten Weltkriegs kam der Eberswalder Goldschatz in das neu eröffnete Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte. Zusammen mit sämtlichen Edelmetallfunden des Museums, darunter weitere Goldfunde aus der Mark Brandenburg, wurde er nach Kriegsende 1945 als Kriegsbeute nach Russland transportiert. Jahrzehntelang galt der Goldschatz als verschollen. Erst 1991 führten Nachforschungen von deutscher Seite zur Gewissheit, dass er sich, ebenso wie der Schatz des Priamos, in einem Geheimdepot des Moskauer Puschkin-Museums befindet. Eine Reporterin von Spiegel TV durfte 2004 überraschend die spektakulären Objekte in Augenschein nehmen. Über die Rückführung der Beutekunst wird seitdem zwischen Deutschland und Russland verhandelt, bisher allerdings ergebnislos. Eine Nachbildung der Goldschalen befindet sich heute im Stadt- und Kreismuseum Eberswalde, eine weitere wird seit Oktober 2009 im Neuen Museum auf der Berliner Museumsinsel gezeigt.



Wertlose Repliken am Fundort: Der originale Schatz liegt in Moskau Bild: Stadt- und Kreismuseum Eberswalde

Die bedeutendsten Gegenstände des Eberswalder Goldschatzes sind die Schalen aus dünnem, getriebenen Goldblech mit Ornamenten, die in Treibtechnik mit Stempeln eingeschlagen wurden. Vergleicht man die Verzierungen mit denjenigen von Bronzegefäßen aus West- und Mitteleuropa, so ergeben sich Übereinstimmungen. Kein Zweifel, die Goldschalen sind Importe aus dem Kulturkreis, der den Kelten zugeschrieben wird. Inzwischen wird angenommen, dass sich die Preziosen einst im Besitz eines Fürsten befanden. Eine große Zahl von Deponierungen kennzeichnet die Endstufe der jüngeren Bronzezeit, wobei es große Unterschiede zwischen den Landschaften bezüglich der Häufigkeit gibt. Man verzeichnet in dieser Epoche des Umbruchs eine zunehmende soziale Gliederung der Gesellschaft. Religiöse und weltliche Macht waren ausgeprägt. Nicht nur in den Bronze- und Edelmetallfunden der Hortfunde spiegeln sich weitreichende kulturelle Beziehungen wieder.

Schon länger wird in der Fachwelt der mögliche Zusammenhang zwischen den relativ zahlreichen Goldfunden in Nordeuropa und dem Bernsteinhandel erörtert. Auf verschiedenen Handelsrouten gelangte der Bernstein in vorgeschichtlicher Zeit von der Ostsee in den Alpenraum und in die Reiche am Mittelmeer, sogar nach Ägypten. Überwiegend dürfte der baltische Bernstein gehandelt worden sein. Doch auch in Talsandflächen des Thorn-Eberswalder-Urstromtales wurden im Zuge von Regulierungs- und Dammbauarbeiten Bernstein-Lagerstätten entdeckt. Durch Tektonik wurde der Bernstein aus dem Norden hierher verschoben.

Archäologen vermuten in Polen in dieser Region ein vorgeschichtliches Handelszentrum. Auf deutschem Gebiet gibt es Lagerstätten im westlichen Teil des Urstromtals zwischen Berlin und Stettin, so im Naturpark Barnim und bei Eberswalde. Auf die reichen Bernsteinlager stieß man beim Bau des Finowkanals. Es braucht nicht viel Phantasie, um bei Eberswalde ein Zentrum des Bernsteinabbaus und -handels zu vermuten, das von einer mächtigen Elite beherrscht wurde. Daher ist es durchaus möglich, dass von vielen einst durch den Fernhandel mit Bernstein angehäuften Wertgegenständen der Eberswalder Goldschatz die Zeiten überdauert hat.

Dagmar Jestrzemski

Springen und Ringen zu Ehren Zeus’

Kultur und Spiele: Ausgrabungsfunde des antiken Heiligtums Olympia sind in Berlin zu sehen

Über 1000 Jahre lang fanden im antiken Heiligtum Olympia alle vier Jahre Wettspiele zu Ehren des griechischen Göttervaters Zeus statt. Bis zu ihrem Verbot durch den christlichen römischen Kaiser Theodosius I. 393 nach Christus brachten sie es auf 293 Ausgaben! Spektakuläre Ausgrabungsfunde aus dem griechischen Heiligtum sind noch bis zum 7. Januar 2013 im Berliner Martin-Gropius-Bau zu sehen. Über 500 Leihgaben kommen aus Griechenland. So viele durften das Land noch nie verlassen. Hinzu treten Kostbarkeiten aus dem Vatikan, aus Rom, Paris, Dresden und München.

Die Wiederentdeckung des unter Sand und Schlamm verschütteten Heiligtums gelang 1766 dem Engländer Richard Chandler. Der Archäologe und Althistoriker Ernst Curtius besuchte 1838 erstmals Olympia. Fortan warb er für die Ausgrabung. Curtius war von 1844 bis 1850 Hauslehrer des Prinzen und späteren Kaisers Friedrich III. Mit seiner Begeisterung für Olympia steckte Curtius den Thronfolger an. Auf dessen Initiative beauftragte Kaiser Wilhelm I. die deutsche Botschaft in Athen, mit der griechischen Regierung einen Vertrag für Ausgrabungen auszuarbeiten.

Dieser 1875 ratifizierte „Vertrag wegen Ausführungen von archäologischen Ausgrabungen auf dem Boden des alten Olympia“ ist ausgestellt. Deutschland übernahm unter Leitung von Curtius die Grabungen und deren Kosten, alle Fundstücke aber sollten Griechenland gehören. Solch ein „selbstloser“ Vertrag war in der Geschichte der Archäologie etwas völlig Neues. Normalerweise teilten Ausgräber und der Staat, auf dessen Gebiet gegraben wurde, die Funde untereinander auf.

Eine der Attraktionen sind Überreste des im 5. Jahrhundert v. Chr. erbauten Zeustempels, dessen längst untergegangene Monumentalstatue des Zeus zu den Sieben Weltwundern der Antike gehörte. Imposant besetzen die je 30 Meter langen Gipskopien des Ost- und Westgiebels des Zeustempels den Lichthof des Gropius-Baus. Zu verdanken sind sie dem Vertrag von 1875: Deutschland hatte für fünf Jahre das alleinige Recht, von den Fundstücken Kopien und Abformungen herstellen zu dürfen. Im Zentrum der Skulpturen des Ostgiebels steht der über drei Meter hohe Zeus, flankiert von Pelops und Oinomaos, die sich zur Wettfahrt mit dem Pferdewagen rüsten. Durch Bestechung und Sabotage wird Pelops das Rennen gewinnen. Dargestellt ist damit ein Gründungsmythos der antiken Olympischen Spiele: Das Wagenrennen soll auf dem Gelände des späteren Heiligtums stattgefunden haben.

Im Heiligtum fanden sich zahlreiche Statuetten in Menschen- und Tiergestalt, von Pilgern als Weihegaben für den Zeuskult abgelegt. In großer Menge sind auch Waffen und Rüstungen ausgestellt, die von den griechischen Stadtstaaten nach ihren erfolgreichen Kriegszügen gestiftet worden waren.

Doch wenigstens während der alle vier Jahre ausgetragenen Olympischen Spiele gaben sich die streitlustigen Griechen friedlich, wie Gereon Sievernich, Direktor des Gropius-Baus, berichtet: „Das politische Gewicht des Heiligtums zeigte sich im Olympischen Frieden, während dessen alle kriegerischen Handlungen eingestellt wurden. Im panhellenischen Heiligtum Olympia trafen sich Sportler wie Politiker aller griechischen Poleis (Stadtstaaten). Viele Städte aus den verschiedensten Gebieten – von Unteritalien bis ans Schwarze Meer – bauten Schatzhäuser für ihre Weihegaben in Olympia.“

Bild: National Archaeological Museum, Athen

Modellathleten: Marmorrelief mit Ringern (zirka 510 v. Chr.)

Höhepunkt der Schau ist die Darstellung der antiken Wettkämpfe. Aber aus welchen Kreisen rekrutierten sich die Teilnehmer überhaupt? Sievernich erklärt: „Teilnehmen durften alle freien Griechen. Einer der ersten Sieger soll ein Koch gewesen sein.“ Durften auch Frauen teilnehmen? Sievernich: „Frauen durften am Fest der Hera einen eigenen Laufwettkampf durchführen, nicht jedoch bei den Olympischen Spielen.“

Eine berühmte Ausnahme war die spartanische Königstochter Kyniska. Sie „gewann“ 396 und 392 v. Chr. mit einem Fohlen-Viergespann bei den hippischen Wettbewerben. Denn bei den Pferdewettkämpfen wurden nicht etwa Wagenlenker und Reiter, sondern die Rennstallbesitzer als Sieger ausgerufen. Auf diese Weise wurde auch der spätere römische Kaiser Tiberius zum Olympiasieger. Zur Zeit der Römerherrschaft dominierten dann die Berufsathleten das Wettkampfgeschehen.

In der Frühzeit der antiken Spiele dauerten die sportlichen Wettkämpfe vermutlich maximal nur 30 Sekunden – dann war Schluss. Denn der einzige Wettbewerb war der 192 Meter lange Stadionlauf. Nach und nach kamen weitere Sportarten hinzu, so dass sich die Dauer der Spiele auf fünf Tage erweiterte. Eine wichtige Rolle spielten dabei Kulthandlungen. Deren Höhepunkt fand am dritten Tag statt: Zu Ehren von Zeus wurden 100 Ochsen geopfert.

Skulpturen und Kleinplastiken, Reliefs und Vasenmalerei stellen uns die verschiedenen Sportarten vor. Den besten Körperbau hatten die Athleten des Fünfkampfes. Die vier ersten Disziplinen waren Ausscheidungswettkämpfe: Diskuswerfen, Wettlauf, Speerwurf und Weitsprung, der in beiden Händen mit Gewichten zum Schwungholen aus dem Stand in fünf Sätzen hintereinander durchgeführt wurde. Die beiden letzten verbliebenen Athleten ermittelten im abschließenden Ringkampf den Sieger. Ein linker Arm ist das eindrucksvolle Relikt der Bronzestatue (2. bis 1. Jahrhundert v. Chr.) eines Faustkämpfers. Gelenke und Hände sind mit Lederstreifen umwickelt und rings um die Fingerknöchel mit Wolle und Lederbändern verstärkt. Brutalste Disziplin war der Allkampf, „Pankration“ genannt. Die Malerei auf einer Amphora (um 440 v. Chr.) zeigt uns zwei Pankratiasten in Ausgangsstellung. Beim Wettkampf war bis hin zum Knochenbrechen und Luftabdrücken fast alles erlaubt.

Die Olympiasieger wurden mit einem Kranz aus Zweigen des heiligen Olivenbaumes ausgezeichnet. Reiche Ehrungen erwarteten die Gewinner in ihren Heimatgemeinden, etwa politische Ämter, Steuerbefreiung oder freie Kost und Logis bis zum Lebensende. Andere bekamen von ihren Stadtstaaten eine Siegerstatue bezahlt, die in Olympia aufgestellt wurde. Ausgestellt sind Überreste solcher Statuen: Bronzene Olivenblätter und Aststücke von Siegerkränzen sowie die marmorne Statuenbasis (Anfang 4. Jahrhundert v. Chr.) des Theogenes von Thasos, der als Faustkämpfer und Pankratiast zu den berühmtesten Athleten der Antike gehörte.

Veit-Mario Thiede

Öffnungszeiten: Mittwochs bis montags 10–19 Uhr, Dienstag geschlossen. Eintritt: 13 Euro. Info: www.gropiusbau.de.

In Kürze

Adventsstollen in Königstein



Königstein – Pünktlich zum 1. Advent öffnet am 1. Dezember der historisch-romantische Weihnachtsmarkt auf der Festung Königstein. Das Wintermärchen auf der 250 Meter über dem Elbtal der Sächsischen Schweiz gelegenen Bergfestung gilt als einer der beliebtesten Weihnachtsmärkte Deutschlands, werden dort doch bis Weihnachten zirka 35 000 Besucher erwartet. Auf dem Marktplatz und an weiteren Orten beziehen Händler und Kunsthandwerker Stellung. Hier kann man Schmied und Hofmaler bei der Arbeit zusehen, Feuerzangenbowle, Festungspunsch, gebrannte Mandeln, Wild- und andere Spezialitäten verkosten. Dazu gehört auch ein Riesenstollen der Festungsbäckerei, der dieses Jahr über zehn Meter misst. In der Garnisonskirche erklingt sonntags ab 12 Uhr Adventsmusik. Auch die Ausstellungen haben regulär geöffnet. *tws*

Was taten Römer in Masuren?

Sensburg – Im Boden einer schlammigen Kuhweide bei Sensburg machten polnische Archäologen vergangenes Jahr einen merkwürdigen Fund: antiker römischer Schmuck, zerbrochene Waffen und Befestigungsbeschläge. Laut der deutschen Ausgabe der Zeitschrift „National Geographic“ sind sich die Forscher sicher, dass der Fund aus der Zeit zwischen 250 und 450 n. Chr. stammt. Es wird vermutet, das die fein gearbeiteten Teile aus Gold und Silber einem römischen Offizier gehört haben könnten. Außerdem fand man mehr als 500 Gegenstände aus Eisen wie Speere, Schwerter und ein Stück aus einem Kettenhemd.

Bekanntlich hörte der militärische Einfluss der Römer im Norden am Limes auf. Dass siegreiche Pruzzen-Stämme den Römern die Ausrüstung abnahmen, um sie den Göttern zu opfern, wie es die Germanen taten, gilt daher als vollkommen ausgeschlossen. Die Funde sind vielmehr ein Beleg dafür, dass die wirtschaftliche Einflussnahme der Römer weit über die germanische Grenzbefestigung hinausreichte.

Denkbar ist, dass sich Ostpreußens „Gold des Nordens“, wie der Bernstein genannt wird, bis nach Rom herumgesprochen hatte und man aus diesem Grund einen regen Tauschhandel mit den nordöstlichen Völkern betrieb. Vielleicht waren Waffen und Schmuck aber auch Geschenke für befreundete Stämme, die den römischen Sklavenmarkt mit Dienern, Soldaten, Galeerenruderern oder sogar Gladiatoren belieferten. In jedem Fall hat Sensburg jetzt einen Rekord sicher: Die Stadt gilt als eine der am nordöstlichsten gelegenen Fundorte für römische Artefakte. *tws*



Die neue Erzählung von Christa Wolf, 2011 entstanden

Christa Wolfs Nachlass

Eine Vertriebenenerzählung

Die Schülerin Christa Ihlenfeld war fast 16 Jahre alt, als sie mit Eltern und Bruder aus ihrer Heimatstadt Landsberg an der Warthe in der Neumark über die Oder nach Mecklenburg floh. Unter dem Titel „Blickwechsel“ schrieb sie 1970, als sie schon die bekannte Schriftstellerin Christa Wolf war, über diesen Tag: „Es war jener kalte Januarmorgen, als ich in aller Hast auf einem Lastwagen meine Stadt in Richtung Küstrin verließ und als ich mich sehr wundern musste, wie grau diese Stadt war, in der ich immer alles Licht und alle Farben gefunden hatte, die ich brauchte. Da sagte jemand in mir langsam und deutlich: Das siehst du niemals wieder.“ Vier Jahre später, 1976, hat Christa Wolf ihre Erfahrung des Heimatverlusts im Roman „Kindheitsmuster“ verarbeitet, der von der Literaturkritik ihres Landes heftig kritisiert wurde, weil sie auch das Thema Vergewaltigung deutscher Frauen durch Rotarmisten berührt hatte.

Wolf starb am 1. Dezember 2011. Ein halbes Jahr zuvor hatte sie, als Geschenk für ihren Ehemann Gerhard zum 60. Hochzeitstag, die Erzählung „August“ abgeschlossen, worin ein Erzählstrang des Romans von 1976 fortgeführt wurde. August ist ein achtjähriger Flüchtlingsjunge aus einem ostpreußischen Dorf, der seinen Nachnamen nicht kennt, dessen Vater vermisst ist und dessen Mutter bei einem Angriff feindlicher Flieger in Hinterpommern auf den Flüchtlingszug getötet wurde. Er kommt als Waisenkind nach Mecklenburg, wo er in einer Lungenheilstätte unterkommt. Das Schloss, dessen Bewohner geflohen sind und in dem das Notkrankenhaus untergebracht ist, liegt in der Nähe des Ostseebades Boltenhagen.

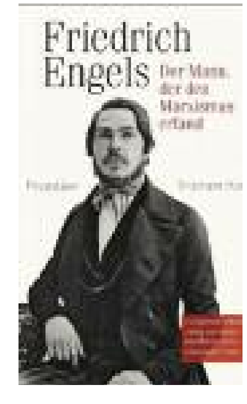
Das alles wird aus der Erinnerung eines 65-jährigen Busfahrers erzähl. Er ist das einstige Flüchtlingskind, das 2002 mit einer Ladung fröhlicher Rentner von Prag über Dresden nach Ost-Berlin unterwegs ist. Was die Reiseleiterin im Bus an Geschichtswissen zu vermitteln hätte, interessiert keinen: Die Leute der Rentnertruppe wollen einander nur zeigen, was sie in Prag billig eingekauft haben!

In Berlin angekommen, stellt August den Bus ins Depot und fährt mit seinem alten „Volkswagen“ nach Berlin-Marzahn in die „Platte“, wo er seit Jahrzehnten wohnt. Er ist kinderlos, seine Frau Trude ist vor zwei Jahren gestorben, er ist einsam, dennoch wird über ihn gesagt, dass er „Glück“ empfände, wenn er es denn ausdrücken könnte.

Ostpreußen spielt nur eine kleine Rolle

Das ostpreußische Kolorit in diesem offensichtlich rasch und unreflektiert niedergeschriebenen Text bleibt weitgehend ausgespart: August ist kein „Heimwehtourist“, wie viele andere aus seiner Generation. Seine ein Jahr ältere Frau Trude, die aus dem Spreewald stammt und in der Kaufhalle arbeitete, machte ihm einmal Königsberger Klopse, das ist alles. Nur am Anfang des Erinnerungsstroms, der August auf der Rückfahrt nach Berlin begleitet, wird öfter Ostpreußen erwähnt, aber die Erinnerung schwindet zusehends. Im Frühjahr 1946 wird August in ein Waisenhaus gebracht, sein weiterer Lebensweg bis zum Jahr 2002 wird nur angedeutet. Das ist herzlich wenig für ein ostpreußisches Schicksal und für eine bedeutende Schriftstellerin, die sich dessen angenommen hat. *Jörg Bilke*

***Christa Wolf: „August“**, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/Main 2012, broschiert, 45 Seiten, 14,95 Euro*



Revolutionär als Sympathieträger

Einseitige Biografie betont nur die guten Seiten von Friedrich Engels

Die bisher erschienenen Besprechungen zu Tristram Hunts „Friedrich Engels. Der Mann, der den Marxismus erfand“ sind voll des Lobes. Fritz Raddatz, dem wir eine vorzügliche Marx-Biografie verdanken, nennt das Werk Hunts „ein großartig komponiertes, spannend erzähltes, mit erstaunlicher Faktenkenntnis geradezu brillierendes Buch“.

Da fällt es dem Rezensenten nicht leicht, massive Vorbehalte anzumelden. Doch das Ringen um die rechte Erkenntnis hat Vorrang. Zunächst Positives: Wie Engels selbst so hat auch die Biografie viele gute Seiten. Engels war ein treuer Freund, ein vielseitig interessierter polyglotter Mann, ein Kämpfer für seine Überzeugung. Das Buch gibt fundierten Einblick in die Zeitumstände, in Menschen und Mächte, vermittelt Einsichten in das Leben des Helden, die bisher so gut wie unbekannt waren.

Freilich, manches davon bleibt unbelegt, so dass Zweifel nicht ausgeräumt werden. Umgekehrt schenkt Hunt Menschen blindes Vertrauen, vor denen sogar Engels gewarnt hat, beispielsweise Eleanor Marx und Wilhelm Liebknecht. Doch das sind Nebensächlichkeiten.

Engels sei kein Dogmatiker gewesen, betont Hunt mehrmals. Doch gleichzeitig ist immer wieder von Engels' wissenschaftlichem Sozialismus und seinen allseits gültigen „Gesetzen“ die Rede. Engels ließ daran nicht rütteln, obwohl sie alle Humbug sind und sogar von den Sowjets ins Reich der Philosophie verwiesen wurden.

Wichtiger ist der Mann an Marxens Seite. Beide sind die obersten Heiligen des kommunistischen Götterhimmels. „Das Schwarzbuch des Kommunismus“ beweist, dass Kommunisten weltweit den Tod von über 100 Millionen Menschenleben zu verantworten haben. Können da die Verfasser des „Manifests der Kommunistischen Partei“, jenes Pamphlets, das die weiteste Verbreitung gefunden hat, ihre Hände in Unschuld waschen?

„Die Antwort muss selbst in unserem modernen Zeitalter der historischen Rechtfertigungen Nein lauten. Weder Engels noch Marx kann man vernünftigerweise die Schuld an Verbrechen geben, die Generationen nach ihnen verübt wurden, auch wenn sich die Täter auf sie beriefen“, schreibt Hunt.

Kommunismus verantwortet Tod von Millionen Menschen

Doch das überzeugt nicht! Lenin war immerhin schon 25 Jahre alt, als Engels starb. Auch der Hauptherausgeber des Schwarzbuches, Stéphane Courtois, nimmt in seiner Einleitung Marx und Engels in Schutz. Vom Gegenteil überzeugt, stellte ich ihn zur Rede und zitierte einschlägige Texte der Freunde, so aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ die Passage: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, dass ihre Ziele nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“ Und ich fügte hinzu, dass die Umsetzung dieses Vorhabens Berge von Leichen und Ströme von Blut verursachen musste. Darauf Courtois: Ich revidiere meine Sicht! Gesagt, getan. Er schrieb das Vorwort zu meinem „Rotbuch der kommunistischen Ideologie. Karl Marx & Friedrich Engels. Die Väter des Terrors“.

Zitat um Zitat der beiden füllen über 300 Seiten. Doch bei Hunt suchen wir nahezu alle unheilschwangeren Äußerungen Engels' vergebens. So gelingt es, aus den skrupellosen Revolutionären humanistische Sympathieträger zu machen. Darf man das? Muss man das nach dem Ende des Kalten Krieges? Auch während des Kalten Krieges hätten die Gegner der Sowjetideologie gerne Marx und Engels gegen Stalin und seine Nachfolger in Stellung gebracht. Aber das war auf seriöse Weise nicht gut möglich. *Konrad Löw*

***Tristram Hunt: „Friedrich Engels. Der Mann, der den Marxismus erfand“**, Ullstein Buchverlage, Berlin 2012, geb., 575 Seiten, 24,99 Euro*



Ideal für Truppentransporte

Geschichte des Fährhafens Mukran während des Kalten Krieges

Erst 30 Jahre ist es her, dass mit dem Bau des Fährhafens Mukran auf Rügen begonnen wurde, und die Beschäftigung mit seiner Geschichte erscheint schon wie der Einblick in eine fremde Welt. Lange fand der Transitverkehr zwischen der DDR und der Sowjetunion durch Polen statt. Dabei gab es bereits 1848 Überlegungen, einen großen Hafen auf Rügen zu bauen, und vor dem Zweiten Weltkrieg wurden sogar Bauaktivitäten gestartet, die 1940 eingestellt wurden, da der Seekrieg im Atlantik und damals noch nicht in der Ostsee stattfand. Nach weiteren Planungen wurde dann in Mukran auf Rügen von 1982 bis 1986 ein Fährhafen gebaut, der mehr als zwei Milliarden DDR-Mark gekostet hat. Im Gegenzug wurden die Transitgebühren durch Polen gespart. Durch die Fährverbindung Mukran–Memel [Klaipeda] wurde ein direktes Bindeglied mit wichtigen militärischen Funktionen zum großen Bruder UdSSR geschaffen,. Das Ganze fand unter großem Interesse der westlichen Geheimdienste statt.

Wolfgang Klietz ist es gelungen, das Thema „Ostseefähren im Kalten Krieg“ von vielen Seiten interessant darzustellen. Er gibt einen tiefen Einblick in die historischen, technischen und geheimdienstlichen Aspekte und lässt Zeitzeugen zu Wort kommen. So berichten der Projektleiter, ein Kapitän, ein Offizier und ein Bausoldat von den Bedingungen, unter denen das Projekt „Fährhafen Mukran“ durchgeführt wurde.

In Mukran kamen „im westlichsten Bahnhof der Transsibirischen Eisenbahn“ die russischen Breitspurgleise mit 1520 mm an und wurden dort auf die im Westen üblichen 1453 Millimeter umgespurt. Der Transport wurde mit fünf 190 Meter langen Eisenbahnfähren abgewickelt, die größten Fähren, die je in der DDR gebaut wurden und die es 1991 als größte Eisenbahnfähren der Welt sogar in das Guinness-Buch der Rekorde schafften. Die Fähren waren so konstruiert, dass sie problemlos für schwere militärische Gerätschaften und auch für Truppentransporte verwendet werden konnten. In dieser Eigenschaft wurden sie 1994 für den Abzug der sowjetischen Truppen genutzt.

Während der Bahnhof Mukran und die alten Güterbahnhofanlagen heute vor sich hin rotten, wurde ein neues Fährterminal gebaut und vom Sassnitzer Stadthafen hierher verlegt. Der Fährhafen Sassnitz, so die heutige Bezeichnung, bietet gute Verbindungen über die Ostsee nach Skandinavien und Russland.

Das empfehlenswerte Buch ist interessant zu lesen, abwechslungsreich gestaltet und gibt einen Einblick in die Zeit des Kalten Krieges. *Britta Heitmann*

***Wolfgang Klietz: „Ostseefähren im Kalten Krieg“**, Ch. Links, Berlin 2012, 192 Seiten, 29,90 Euro*

Von »Derrick« zu Friedrich II.

Fernsehjournalist nimmt sich des preußischen Monarchen an

Jahrelang war Claus Legal mitverantwortlich für die ZDF-Krimiserien „Derrick“, „Der Alte“ und „Siska“ und arbeitete in der Redaktion von Eduard Zimmermanns „Aktenzeichen XY ungelöst“. Nun hat sich der pensionierte Fernsehjournalist zusammen mit seinem Bruder Gert Legal auf die Spur der letzten Geheimnisse des „Alten Fritz“ gemacht. Intensiv recherchierten die beiden Autoren in Kirchenbüchern, Geburtsurkunden, historischen Dokumenten und Staatsarchiven. Herausgekommen ist zum 300. Geburtstag des selbsternannten „ersten Diener des Staates“ das umfangreiche Werk „Friedrich II. - Preußens König – Sachsens Feind – Regent auf Schloss Dahlen“.

In der Ruine der sächsischen spätbarocken Schlossanlage in Dahlen fanden die Brüder markante Details des Innenhofes und der Gebäudearchitektur, die bisher noch nicht veröffentlicht worden waren. Historische Bedeutung erlangte das Schloss als Nabel der preußischen Welt während der Friedensverhandlungen im nahen Schloss Hubertusburg bei Wermsdorf, die den Siebenjährigen Krieg beendeten. Friedrich der Große bewohnte in dieser Zeit vom 19. Februar bis zum 13. März 1763 zwei kleine Zimmer in Dahlen und unterzeichnete dort auch das Schlussabkommen. Etwa zeitgleich vollzogen diesen bedeutsamen Staatsakt seine damaligen Gegner Maria Theresia von Österreich in Wien und Friedrich August II. von Polen in Warschau.

Der König schätzte die Annehmlichkeiten des Anwesens als „wirklich ganz kapabel, fast schon exquisit“. Schlossverwalter Reubig empörte sich hingegen über dessen Unordnung und Unruhe in einem Brief vom 14. März 1763 an die Schlossherrin, Gräfin von Bünau. In den drei Wochen seines Aufenthalts habe „Ihre Majestät ... ein ziemliches Andenken hinter sich gelassen, die Zimmer und Möbel sehr unscheinbar gemacht und beinahe gar ruiniert“.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden ein Kinderferienlager, später eine Polizeischule sowie eine Fachschule für Bäcker und Konditoren, zuletzt eine Ingenieurschule für Fleischwirtschaft im Schlossgebäude untergebracht.

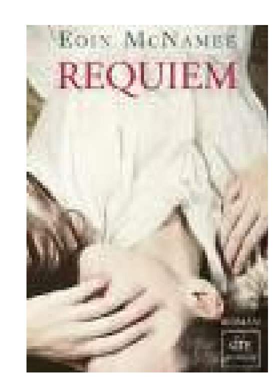
Alles dreht sich um Schloss Dahlen

Bei Renovierungs- und Restaurierungsarbeiten brach in der Nacht des 20. März 1973 ein Feuer aus, ausgelöst durch einen defekten Ofenrohranschluss. Der Verein „Schloss- und Parkverein Dahlen e.V.“ hat den Schlossbau letztes Jahr wieder für Besucher zugänglich gemacht und will bis 2013 auch das Friedenszimmer instand setzen.

Noch bedeutsamer sind die neuen Erkenntnisse der beiden Autoren über die Plünderung des Jagdschlosses Hubertusburg, das im Jahre 1761 auf Befehl Friedrich II. ausgeraubt wurde: „150 000 Taler flossen durch die Plünderung des Schlosses Hubertusburg in die Taschen des preußischen Staates, den Rest konnten sich drei Händler aus Leipzig aufteilen“. Ein Augenzeugenbericht des ehemaligen Schlossverwalters George Samuel Götze präzisiert und widerlegt die bisherigen Punkte in vielen Details. Darin beschreibt der Zeitgenosse die erschreckenden Zustände im Kriegsalltag, verbunden mit den vielfachen Entbehrungen, die die Bevölkerung in Sachsens Städten und auf dem Lande stark belasteten.

Spannend und akribisch recherchiert liefert das Werk neue Forschungskenntnisse zur preußischen und sächsischen Landesgeschichte sowie ein beeindruckendes Spiegelbild der Lebensbedingungen der Menschen im Kriegsalltag und bereichert das Friedrich-Bild um weitere Facetten. *Sophia E. Gerber*

***Claus und Gert Legal: „Friedrich II. – Preußens König – Sachsens Feind – Regent auf Schloss Dahlen“**, Burghügel Editionsverlag Rudolstadt, Rudolstadt 2012, 300*



Fehlurteil?

Der Fall McGladdery

Als „Leckerbissen“ und als feinsinniger Krimi vorab bereits gefeiert, kommt dieser Tage das Buch „Requiem“ des irischen Autors Eoin McNamee in die deutschen Buchläden. Doch was soll man von einer Lektüre halten, in der die gesamte Handlung auf dem Buchdeckel und im Vorwort derart umfassend zusammengefasst ist, dass im Grunde alle Fakten genannt sind, die der Autor dann im Folgenden nur noch in sehr viele Worte kleidet?

In „Requiem“ geht es um den Fall des letzten, der 1961 in Irland gehenkt wurde. Robert McGladdery soll nach einer Tanzveranstaltung eine 19-jährige Verkäuferin ermordet haben, weil sie ihn zuvor abgewiesen hatte. Der Autor schildert ausführlich die Hintergründe zu dem Fall. Betont, dass McGladdery ein aus Sicht der Polizei idealer Täter war, sein kleinkrimineller Unterschichten-Hintergrund entsprach dem Klischee. Erst bestreitet er die Tat, macht aber dann am Abend vor seiner Hinrichtung ein Geständnis. Und um den Griff in die Klischeekiste perfekt zu machen, war der Richter eigentlich befangen, da wenige Jahre zuvor seine 19-jährige Tochter ermordet worden war.

Für den Mord an Mädchen gehenkt

„Halb Fallstudie, halb Fiktion, ist dies eine Expedition in ein menschliches und soziales Drama. Nordirland, ein dunkler Planet, Brachland einer verlorenen Gesellschaft, die dem Filz in Verwaltung, Justiz, Regierung und Klerus nichts entgegenzusetzen weiß“, lobt der Verlag das Werk. Die Rezensentin allerdings mag sich diesem Lob nicht anschließen. *Bel*

***Eoin McNamee: „Requiem“**, dtv premium, München 2012, kartoniert, 340 Seiten, 14,90 Euro*



DVD

Mit Bonusfilm

„Wolfskinder“
erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten“ zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

statt € 14,95 nur noch € 9,95



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99

Der Deutsche Osten in alten Bildern
Eine einzigartige filmische Reise führt uns nach Masuren, Oberschlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Bessarabien, Ostpreußen und ins Sudetenland.
Die ehemaligen deutschen Ostgebiete gehören heute zu Polen, der tschechischen Republik, Litauen, Rußland und Moldawien. In zum Teil noch nie gezeigten Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition dieser Regionen wieder lebendig. Über viele Jahrhunderte haben Deutsche die Landschaft, die Arbeit und das kulturelle Leben geprägt, haben Dörfer und Burgen,
Kirchen und Schlösser errichtet. Vor 700 Jahren kamen die deutschen Ordensritter, um das Land zu christianisieren. Ihre stolzen Ordenssitze sind stumme Zeugen dieser längst vergangenen Zeit.

DVD

Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207

Der Zweite Weltkrieg hat die Landschaft jedoch für immer verändert. Millionen flohen in Richtung Westen. Viele Häuser wurden zerstört, Kunstschätze und Monumente sind unwiederbringlich ausgelöscht. Die Filmaufnahmen dokumentieren ein Stück unvergessener deutscher Heimat im Osten und sind zugleich ein Zeugnis für die wechselvolle Geschichte Osteuropas.



€ 9,95



DVD

Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00

statt € 20,00 nur € 9,95

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen u. Livland.
Kart., 217 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 2354

Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 2
The Entertainer, Avant de mourir, Poloetzer Tanz, Auf einem persischen Markt, Intermezzo sinfonico, Rusticanella, Alexander's Ragtimeband, Gebet einer Jungfrau, Hindulied, Japanischer Laternentanz, Einsamer Sonntag, Ständchen

12. Titel
Spieldauer: 46:37 Minuten
Best.-Nr.: 7195



CD

€ 17,95

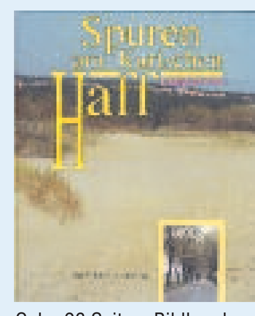


DVD

Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95



Barbara Mai
Spuren am Kurischen Haff
Die Reise an das Kurische Haff ist für viele eine Reise in die Vergangenheit. Sie wird zu einer Spurensuche in der alten Heimat, denn selten finden die in Ostpreußen Geborenen die vertrauten Bilder aus der Kindheit und Jugend wieder. Schmerzlich bruchstückhaft zeigt sich die Heimat dem Suchenden, übrig geblieben sind oft nur Spuren.
Barbara Mai geht den Spuren ihrer Herkunft in diesem Bild-/ Textband in einfühlsamer Textund Bildsprache nach.



Geb., 96 Seiten, Bildband, 96 Abb.
Best.-Nr.: 3172

statt € 19,00 nur € 12,95



DVD

Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger





Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 1
Schöner Gigolo , Püppchen, du bist mein Augenstern, Plaisir d'amour, Petersburger Schlittenfahrt , Narcissus , Jealousy, Zigeunerlager, Oh, Donna Clara, Minuetto, Barcarole, Das alte Lied, Mondnacht auf der Alster

12 Titel
Spieldauer 46:40 Minuten
Best.-Nr.: 7194



CD

€ 17,95

Pro Patria, Märsche und Lieder
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13

CD

€ 17,95



22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

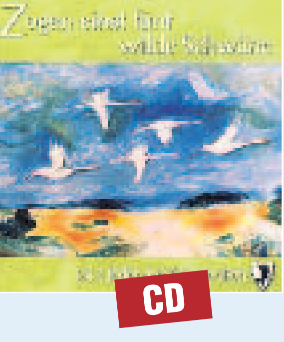
Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945- 1948 Christel Wels, geb. Faust aus Groß Pöppeln im Kreis Labiau, Ostpreußen, am Kurischen Haff, beschreibt das Schicksal ihrer Familie in den Jahren 1945 bis 1948 im seit 1945 russischen Teil Ostpreußens. Unbeschreiblich Schlimmes haben die Zwillinge Christel und Alice, ihre Mutter sowie die Geschwister Elfriede und Gerhard erleiden müssen. Jahre, die für da ganze Leben prägend waren und Geschehnisse, die erst im Laufe der Jahrzehnte aufgearbeitet werden konnten. Eine Dokumentation die es wert ist, von vielen Menschen gelesen zu werden.
Man kann das Erlebte in einem Satz zusammenfassen: Vergeben ja, vergessen niemals.





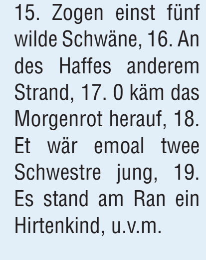
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. O käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, u.v.m.



CD

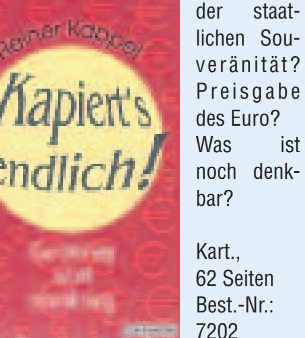
Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite





€ 12,95

Heiner Kappel
Kapiert's endlich! Geldkrieg statt Weltkrieg
Gibt es eine Alternative zu dem, was sich da zusammenbraut?
Heiner Kappel durchdachte scharf, dass mit der Einführung des Euro die Transferunion von langer Hand geplant war. Unter dem Dach des Euro ist Deutschland an die Kette gelegt. Die Mächtigen dieser Welt ziehen an den Strippen. Die Folgen für unser Land sind katastrophal. Welche Auswege sind möglich? Aufgabe der staatlichen Souveränität? Preisgabe des Euro? Was ist noch denkbar?



Kart., 62 Seiten
Best.-Nr.: 7202



€ 6,99

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze

Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, das Land der Elche und der Trakehner Pferde, das Land, das in unzähligen Büchern und Bildbänden seine Geschichte und seine Geschichten erzählt. Seine Lieder aber kennt man vielleicht aus dem Zupfgeigenhansl, aus dem Brummtopf, dem Liederschrein oder dem Wilden Schwan.
Als in den Jahren 1969 und 1970 die Schallplattendokumentation »Volkslieder aus den deutschen Vertreibungsgebieten« erschien, schrieb Professor Herbert Wilhelmi in den Begleittext über die Lieder aus Ostpreußen: »Der Liedergarten Ostpreußens aber ist besonders reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memellande in ihrer transparenten Balladendichtung, die mit wenigen Strichen zeichnend ganze Lebensbilder erstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis, die Kürze der Melodieaussage, alles weist auf Urtypen des Balladengesanges hin, die im mitteleuropäischen Raume längst verklungen sind. Lieder wie ‚An des Haffes ander'm Strand', ‚O käm das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit, die diesem Volksstamme ganz besonders gut steht. Die Lieder der Masuren zeigen ähnliche Kürze in der Form. Häufig nur 6 Takte. Mehrere Lieder sind durch Liedblätter, Liederbücher in der letzten Zeit bekannter geworden, so die Abendlieder ‚Laßt uns all nach Hause gehen' oder ‚Zeit zu geh'n ist's'.
Der Polyrhythmus in diesen Liedern ist eine besondere Eigenart der getragen Liedgattung Masurens, während in den heiteren und bewegten Liedern der Mazurka-Rhythmus mit dem anspringenden Volltakt vorherrscht.« Die Liedauswahl dieser CD beginnt mit dem titelgebenden Lied der Schwäne »…sing, sing, was geschah….« und steht damit gewissermaßen für das Schicksal des besungenen Landstrichs. Jenseits der akademischen Betrachtung soll diese Platte aber vor allem Freude bereiten – ob es nun die Erinnerung an die alte Heimat oder einfach nur die Freude am besonderen Volkslied und an besonderen Interpreten ist.

CD



€ 12,95

1) Zogen einst fünf wilde Schwäne 2:11 min
2) Das Feld ist weiß 1:56 min
3) Flogen einst drei wilde Tauben 1:35 min
4) Hab durchs Fenster einst gesehen 2:25 min
5) Reiter, schmuck und fein 2:57 min
6) Steig ein, Liebste mein, komm, du Schöne 3:17 min
7) Dort jenes Brünnlein 1:19 min
8) Ja da fahren viele Wagen den Berg hinauf 2:07 min
9) Spielt, ihr Musikanten, flink auf allen Saiten 2:44 min
10) Ei, du Vogel Stieglitz 1:22 min
11) De Oadeboar 2:50 min
12) Ging ein Weiblein Nüsse schütteln 1:09 min
13) Hinterm See bei den vier Eichen 1:44 min
14) Auf des Sees anderer Seit' 2:01 min
15) Hüpft die kleine Lerche 1:40 min
16) O käm das Morgenrot herauf 3:05 min
17) Feinslieb, ich habs erfahren 3:33 min
18) O Herz, mein Herze, so gib mir doch Antwort 2:12 min
19) Die Erde braucht Regen 1:41 min
20) Singen, tanzen und fröhlich sein 1:40 min
21) Et weer moal e scheener Friejer 2:53 min
22) Welch großes Wunder 2:21 min
23) Wunschlied (Wir treten herein) 2:12 min
24) Überm Wasser, überm See weiß ich eine Linde stehn 3:10 min
25) An des Haffes ander'n Strand 1:46 min
26) Es dunkelt schon in der Heide 2:18 min
27) Abends treten Elche aus den Dünen 2:30 min
28) Laßt uns all nach Hause gehen 1:54 min
29) Schloap, mien Kindke, lange 1:55 min
Gesamt: 66 min
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203



statt € 6,90 nur noch € 3,95

Herbert Martin Taday
Unbeschwerte Kindertage in Masuren
Ferienerinnerungen an die Kruttina
Kart., 94 Seiten, Best.-Nr.: 5260

statt € 19,00 nur noch € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser ≈ 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
48/12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Ramadan statt Weihnachten

Brüssel – Die EU-Kommission hat drei Millionen Schülerkalender drucken lassen, in denen weder Weihnachten noch Ostern vermerkt sind. Stattdessen finden sich Hinweise auf den islamischen Fastenmonat Ramadan, das Lichterfest der Sikhs und Hindus oder das chinesische Neujahr. Dies meldet das Magazin „Compact“ in seiner gerade erschienenen Dezember-Ausgabe. *H.H.*

Asylbewerber folgen dem Geld

Berlin/Bern – Während sich die Zahl der Asylbewerber vom Balkan in der Schweiz seit dem Sommer halbiert hat, hat sie sich in Deutschland verdoppelt. Laut dem Sprecher des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Christoph Sander, spielen hierfür „auch wirtschaftliche Gründe eine Rolle“. Seit August erhalten die Asylbewerber, in der Mehrheit Roma, in Deutschland deutlich mehr Geld, während die Schweiz seit dem Sommer abgelehnte Bewerber binnen 48 Stunden in ihre Heimatländer zurückschickt. *H.H.*

ZUR PERSON

Sein Abgang gibt Rätsel auf

Vor wenigen Tagen erklärte einer der über Jahrzehnte bestimmenden Politiker Israels, Verteidigungsminister **Ehud Barak**, bei der auf Januar 2013 vorgezogenen Parlamentswahl nicht wieder antreten zu wollen. Diese Ankündigung kam völlig überraschend. Als Grund gab der geschiedene 70-Jährige an, sich mehr um seine Familie, bestehend aus seinen drei Töchtern und mehreren Enkelkindern, widmen zu wollen.

Über die wirklichen Hintergründe für seinen Rückzug aus der Politik kann nur spekuliert werden. Nach dem jüngsten Gaza-Konflikt waren seine Umfragewerte sogar noch gestiegen. Barak, der im Laufe seiner politischen Karriere eine Reihe hoher Ämter bekleidet hatte, darunter das des Außenministers unter Schimon Peres und des Ministerpräsidenten des Staates Israel von 1999 bis 2001, stieg zudem in der israelischen Armee zum Generalstabschef auf. Er gilt als der am



höchsten dekorierte Soldat in Israel. Während seiner Amtszeit als Ministerpräsident machte Barak sich um den Friedensprozess mit den Palästinensern verdient. Die derzeitige Entwicklung könnte dem gemäßigten Politiker zu heiß geworden sein und sein Einfluss auf die Ereignisse zu gering.

Im vergangenen Jahr verließ Barak nach einem heftigen Richtungsstreit die Arbeiterpartei Awoda, der er viele Jahre angehört hatte und deren Vorsitzender er bis 2011 war. Gemeinsam mit vier weiteren Fraktionskollegen gründete er die zentristisch-zionistische Atzma'ut-Partei (Unabhängigkeit), die weiterhin der Regierung Netanjahu angehört. Für die Wahl am 22. Januar 2013 werden der Partei trotz Baraks Beliebtheit jedoch keine großen Chancen eingeräumt.

Manuela Rosenthal-Kappi



Zeichnung: Mohr

Mit eigenen Augen

Wie weit sich Klimadeutschland noch veräppeln lässt, wie untergehende Inseln plötzlich größer wurden, und wie grüner Rassismus klingt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Es ist wieder Klimagipfel, diesmal im vollklimatisierten Ölmirat Katar. Wie passend: Kein Land der Welt jagt pro Kopf so viel Kohlendioxid in die Luft wie eben jenes kleine, steinreiche Land am Persischen Golf. Hinter der Wahl des Tagungsortes blitzt feine Ironie auf: Mal sehen, wie weit sich die Klimatöffel aus Europa noch veralbern lassen! Grenzenlos, wie es scheint.

Es ist so, als würde Nord-Korea zur Welt-Menschenrechtskonferenz einladen. Da würden die Deutschen bestimmt auch hinfahren und hinterher feststellen, dass in den kommunistischen Konzentrationslagern des Landes schon „messbare Fortschritte bei der Einhaltung der elementaren Menschenrechte“ erzielt worden seien, weshalb es nun darauf ankomme, das „auch Deutschland einen Beitrag leistet“, sprich: Geld nach Pjöngjang überweist.

Denn genau darum geht es natürlich auch in Katar, um Geld. Zur Jahreswende bekommen die deutschen Stromkunden ohnehin schon ganz klimagerecht eins übergezogen bei den Strompreisen. Doch es soll noch viel besser kommen: Zusätzlich zu den politisch verursachten Mehrkosten innerhalb Deutschlands soll in der Katar-Konferenz ein „Grüner Klimafonds“ auf den Weg gebracht werden, der ab 2020 mit jährlich (!) 100 Milliarden US-Dollar gefüllt wird.

Wieso eigentlich US-Dollar? Die USA halten sich beim „Klimaschutz“ ebenso vornehm zurück wie eine wachsende Mehrheit von Industriestaaten. Die Schar der Klimaretter schrumpft zunehmend auf die Mitglieder der EU zusammen. Wer hier den größten Batzen trägt, ist uns nicht erst mit der Euro-Krise aufgegangen. Die deutschen Steuerzahler dürfen sich also auf die nächste Rechnung gefasst machen.

Ist es nicht atemberaubend, in welchem Tempo unsere Politiker immer neue Löcher finden, in die sie unser Geld schmeißen können? Na ja, es ist ja kein Loch. Das Geld soll den armen Ländern zugutekommen, die aus eigener Kraft keine Klimarettung machen können, weil ihr eigenes Geld von den reichen, mächtigen Familien des Landes benötigt wird. Die werden ihre klebrigen Finger natürlich auch nach dem Klimageld aus Deutschland ausstrecken. Aber das geht uns nichts an. Schließlich handelt es sich um souveräne Staaten, die unter „unserem“ Kolonialismus schon genug gelitten haben und sich daher zu Recht jede Einmischung verbitten. Wenn die Projekte nicht vorankommen, weil die Knete irgendwo anders gelandet ist, müssen unsere Anstrengungen eben verstärkt, muss also noch mehr gezahlt werden.

Wenn sich die deutschen Steuerzahler uneinsichtig zeigen, dann zeigen wir ihnen eben Bilder von untergehenden Pazifik-Inseln mit weinenden Kindern und winselnden Alten, die ihre in Jahrhunderten gewachsene Kultur im Meer versinken sehen. Warum? Weil die Deutschen zu geizig sind, Tausenden von Drittwelt-Potentaten blitzneue, abgasreduzierte Staatskarossen zu spendieren. Zu der Suada blenden die findigen Kameraleute dann ein Stück Insel ein, über das gerade eine Welle schwappt: „Da geht sie schon unter, die Insel! Hab ich mit eigenen Augen im Fernsehen gesehen, schrecklich!“

> Wetterberichte sollten abgeschafft werden – sie stören nur das Bild der globalen Erwärmung

Dass „mit eigenen Augen“ und „im Fernsehen“ ein Widerspruch in sich ist, merken bekanntlich nur die wenigsten. Zum Glück, denn sonst wäre der Kampf um die deutschen Klimadollars um einiges komplizierter. Wie Satellitenaufnahmen belegen, schrumpfen die Pazifik-Inseln nämlich gar nicht, sondern wachsen sogar. Dass es trotzdem langsam eng wird, könnte eher etwas mit dem Bevölkerungswachstum zu tun haben als mit dem „Klima“. Wie in Bangladesch, wo sich die Bevölkerung seit 1960 mehr als verdreifacht hat und die Leute deshalb in niedrig gelegenen Ecken siedeln, in denen ihre Vorfahren lieber keine Häuser gebaut haben.

Es ist die Aufgabe klimabewusster Medien, dafür zu sorgen, dass solche Einsichten nicht um sich greifen und damit den „Klima-Konsens“ gefährden. Überhaupt die Medien: Wird es nicht langsam Zeit, den Wetterbericht abzuschaffen? Als seien böse Mächte am Werk: Pünktlich zur Katar-Konferenz sagen uns die Wetterfrösche einen Kälteeinbruch voraus. Muss denn das sein? Ach, wenn das alles wäre: Seit 15 Jahren schon verweigert die Erdatmosphäre ihre planmäßige Erwärmung, die wir benötigen, um die Milliarden-Eintreibungen für die Klima-Industrie zu rechtfertigen. Die Wetterberichte bestätigen also nur, was Langzeitmessungen untermauern: Es wird einfach nicht wärmer, verdammt!

Die Klimawarner sind indes nicht auf den Kopf gefallen und haben eine Lösung gefunden: Die Folge der Erwärmung kann auch eine Zunahme von „Extremwetterlagen“ sein. Also beispielsweise Schnee im Januar oder 30 Grad im Juli. Gab's ja früher auch nicht, oder? Solche „Extremwetterlagen“ könnten die Deutschen schon sehr bald bis in ihr Heim verfolgen, wenn sie morgens die Eiszapfen vom Wohnzimmertisch schlagen müssen, weil seit Tagen der Strom ausgefallen ist, nachdem die rasante Energiewende zum Schutze des Klimas das deutsche Stromnetz in den Kollaps manövriert hat. Was uns die Bundesnetzagentur über die Sicherheit der Stromversorgung nach der Instant-Abschaltung etlicher Kernkraftwerke berichtet, hört sich in der Tat sehr kalt und dunkel an.

Was die Grünen wohl sagen, wenn plötzlich der Strom weg ist? Kein Problem: Sie werden einfach das Thema wechseln, wie beim „Biokraftstoff E 10“. Vor Jahren priesen uns Trittin, Roth, Künast und Co. das Zeug als wahren Wundersaft. Seitdem sich „E 10“ stattdessen als Desaster in jeder Hinsicht erwiesen hat, verlieren sie kein Wort mehr darüber.

Es ist immer interessant, wenn Ideologie auf Realität prallt, nicht bloß beim Thema „Klima“. Bekanntlich erschallt die Forderung nach Öffnung aller Grenzen gerade in jenen Vierteln unserer Städte am lautesten, wo man sich relativ sicher ist, dass die hereinströmenden „Flüchtlinge“ weit weg von der eigenen Haustür siedeln werden.

Dumm nur, wenn es einmal anders kommt. Wie im Bremer Stadtteil Ostertor, der ist so eine Art Prenzlauer Berg der Hansestadt, wo Studenten, Akademiker, Lehrer und Lebenskünstler den Ton angeben, wo früher Häuser besetzt wurden und heute grün gewählt wird. Und wo man erschüttert ist darüber, wie viel Rassismus unter der deutschen Restbevölkerung der Wohnsilo-Vorstädte grassiert. Ebendort sollen ab Januar 60 Asylbewerber in eine Sammelunterkunft einziehen, was nachgerade bezaubernde Reaktionen zur Folge hatte auf einer Anhörung, zu der 150 „AnwohnerInnen“ erschienen waren.

Ja, also gegen Flüchtlinge habe man natürlich nichts. Aber „belastet“ sei der Stadtteil doch schon genug, klagt ein Anwohner. Belastet? Heißt es nicht „bereichert“, wenn es um Migrantinnen und Migranten ging? Aber nein, so war das nicht gemeint: Wegen der „Belastung“ sei es „nicht die richtige Gegend für die Flüchtlinge“. Man ist also nur in Sorge um die armen Neuankömmlinge!

Wenn sie nun aber hierher sollen, hat man ein paar Vorschläge: Weil der Straßenverkehr vor der Sammelunterkunft Gefahren für die Flüchtlinge berge, möge man im Inneren genügend Räume für „gemeinsame Aktivitäten“ vorsehen, fordern die Anwohner. Für eine optimale Betreuung sollten zudem Heimleitung und Hausmeister mit im Haus wohnen. Klingt ein wenig wie: Wenn das Gesocks schon kommt, dann sorgt wenigstens dafür, dass es drinnen und vor allem – unter Aufsicht bleibt! Eine Anwohnerin berichtete nämlich schon, dass ihrem Enkel von einem „Schwarzafrikaner“ (wie wichtig auf einmal die Hautfarbe wieder wird!) Drogen angeboten worden seien. Ein Vermieter fragt schließlich, ob „Lager am Rande der Stadt“ nicht ohnehin viel sinnvoller wären. Es hieß wirklich „Lager“.

Und morgen marschieren sie wieder auf die „Kein Mensch ist illegal“-Demo gegen eine Verschärfung des Asylrechts! Wetten?

MEINUNGEN

*US-Schauspieler **Sylvester Stallone** stöhnte nach seinem Auftritt in der quälend langweiligen ARD-Talkshow von Reinhold **Beckmann**:*

„Es war Horror, die schlimmste halbe Stunde meines Lebens. Schaut ihr Euch so was freiwillig an?“

*Der Publizist **Günter Lachmann** beklagt im „Deutschlandradio Kultur“ am 23. November einen **Angriff der Politiker auf die Freiheit** der Europäer:*

„Ein Kennzeichen dieser von Krisen geschüttelten Zeit ist eine zunehmende Furcht der Politik vor der Freiheit. Viele der Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, beschneiden auf eklatante Weise die Selbstbestimmungsrechte von Bürgern, Unternehmern und sogar Staaten. Statt ihnen Möglichkeiten der Mitsprache einzuräumen, entzieht die Politik die Regierungsgewalt mehr und mehr der Kontrolle derer, die sie gewählt haben und denen sie verantwortlich sind, und verlagert sie auf den Rat der Staats- und Regierungschefs in Europa.“

*Der Chefredakteur des Magazins „eigentümlich frei“, **André F. Lichtschlag**, nimmt Verleumdungen der „Wikipedia“-Redaktion gegen sein Blatt zum Anlass für eine **Generalabrechnung mit den Sozialisten**:*

„Während Liberale, Konservative und Libertäre im Idealfall Kraft ihrer Persönlichkeit nach dem Wahren, Schönen und Guten streben und gedanklich wie real aufrichtig aufzubauen trachten, Werte in beiderlei Bedeutung schaffen wollen, liegt die Berufung des gemeinen roten oder braunen Sozis von jeher nicht zufällig im Destruktiven – ‚macht kaputt, was euch kaputt macht‘ –, im Verbrauch (‚Nachfrageorientierung‘) und letztlich der Zerstörung von Substanz (nicht nur Wikipedia scheitert dann von innen heraus), in Lüge und Denunziation, in Formlosigkeit, Anonymität und Masse.“

***Uli Baur**, Chefredakteur des „Focus“, fragt sich in seiner Kolumne vom 26. November, warum Unionspolitiker eine Koalition mit den **Grünen** ins Auge fassen:*

„Das Programm der Grünen ist ein Desaster. Die Leistung des Einzelnen wäre weniger wert, Eigentum weniger geschützt, Eigenverantwortung weniger gefragt. Dies alles aber hat Deutschland und seine Menschen erfolgreich gemacht, das verstehe ich unter bürgerlich-verantwortlich. Entsprechend verstehe ich nicht, wie man die Grünen für die neuen Bürgerlichen halten kann. Die Partei ist einfach links ... Die Linkspartei passt besser zu den Grünen als die Union.“

*Der französische Schriftsteller **Richard Millet** fordert in der „Jungen Freiheit“ (23. November) ein **Gegenkonzept zum „Multikulturalismus“**:*

„Man muss zur republikanischen Verschmelzung zurückkehren, zur Französisierung – so wie man auch von Amerikanisierung in den USA spricht. Ich finde es normal, dass wer emigriert auch versucht, mit diesem Land zu verschmelzen. Man muss seiner Herkunftskultur entsagen, kann nicht alles auf einmal sein: Türke und Deutscher, Algerier und Franzose. Man muss wählen. Der Multikulturalismus ist die Ablehnung dieser Wahl. Die Wahl erfordert eine Annäherung, die die Kultur des Landes, in das man emigriert, wertschätzt.“